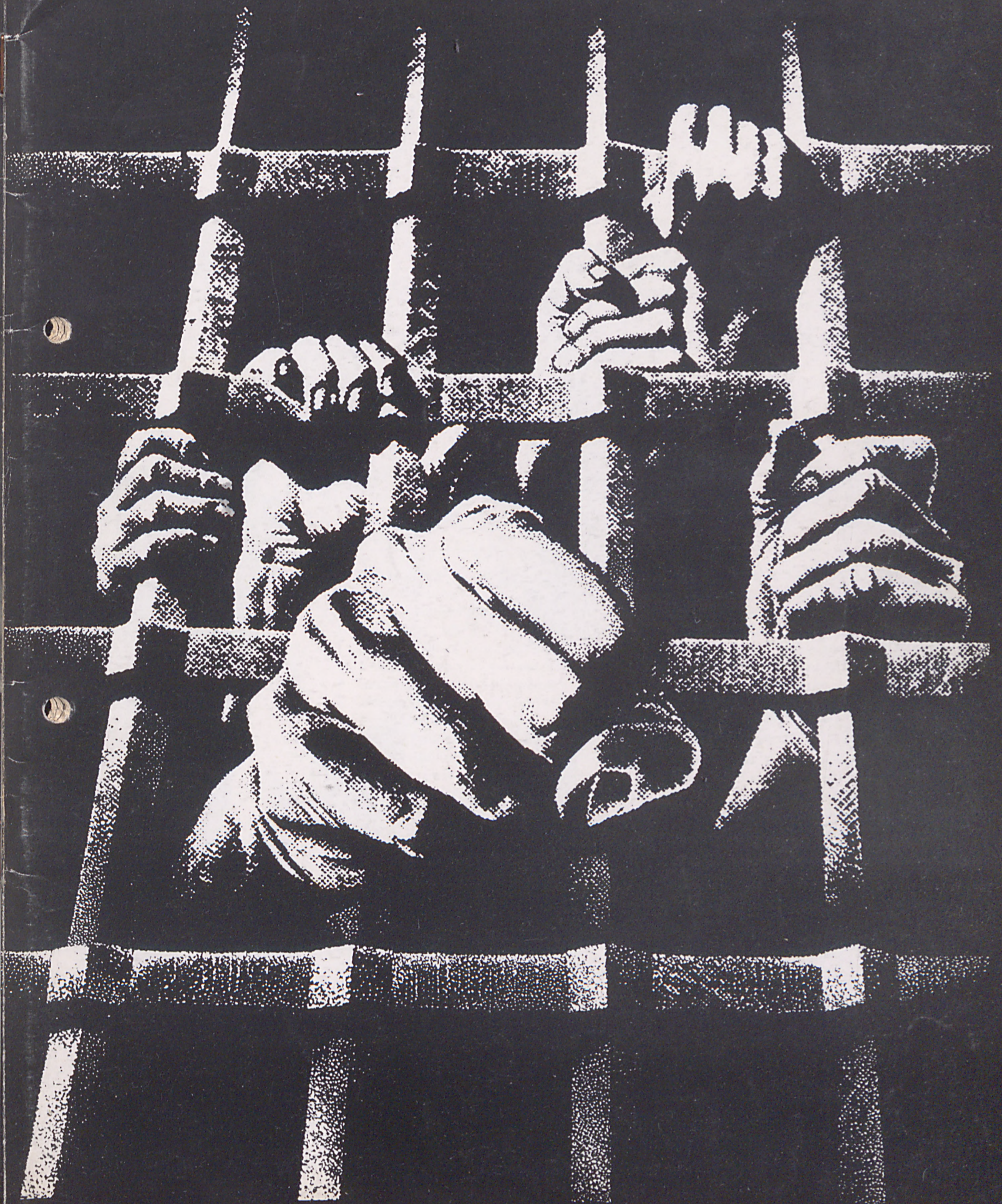
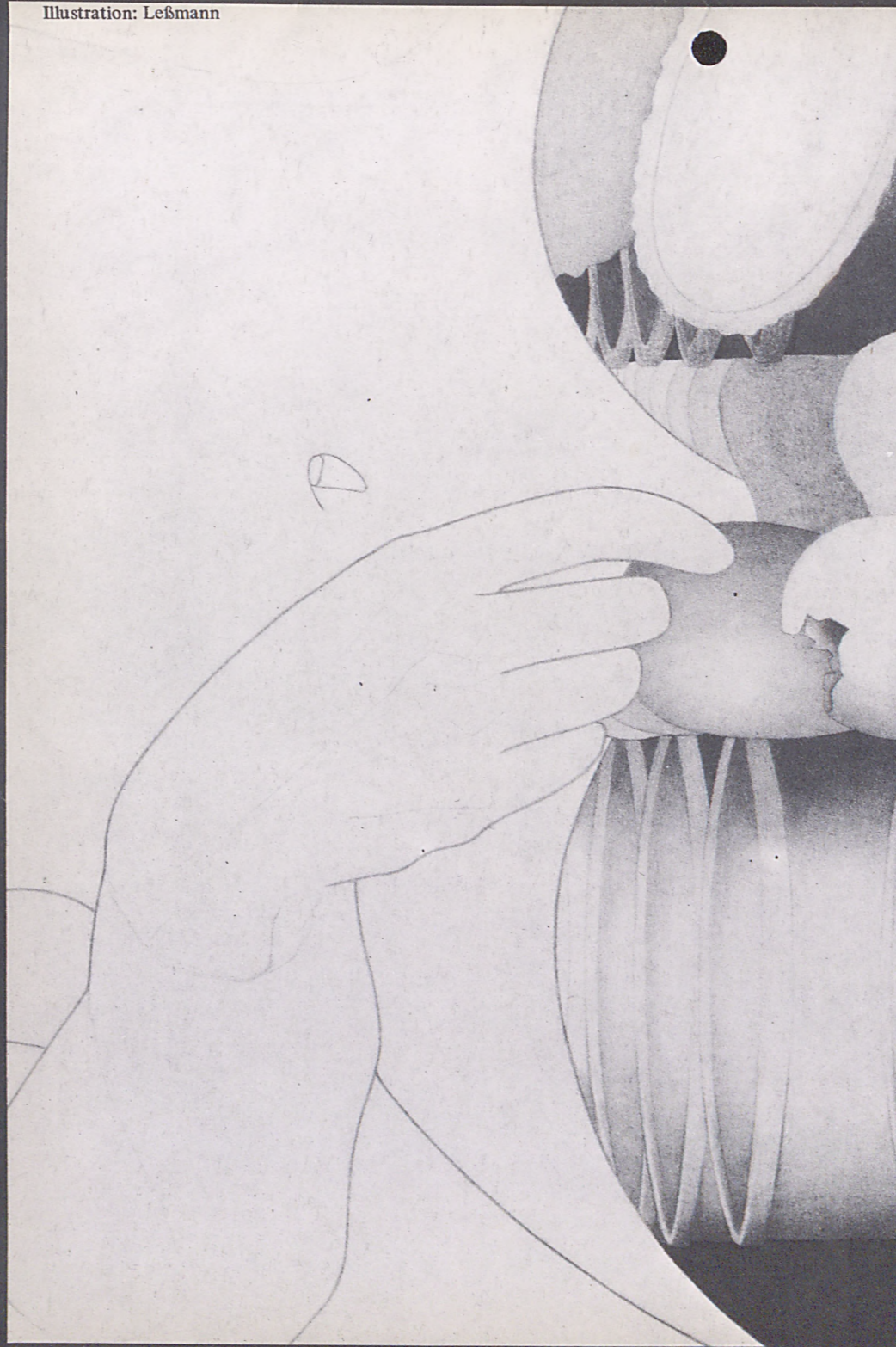
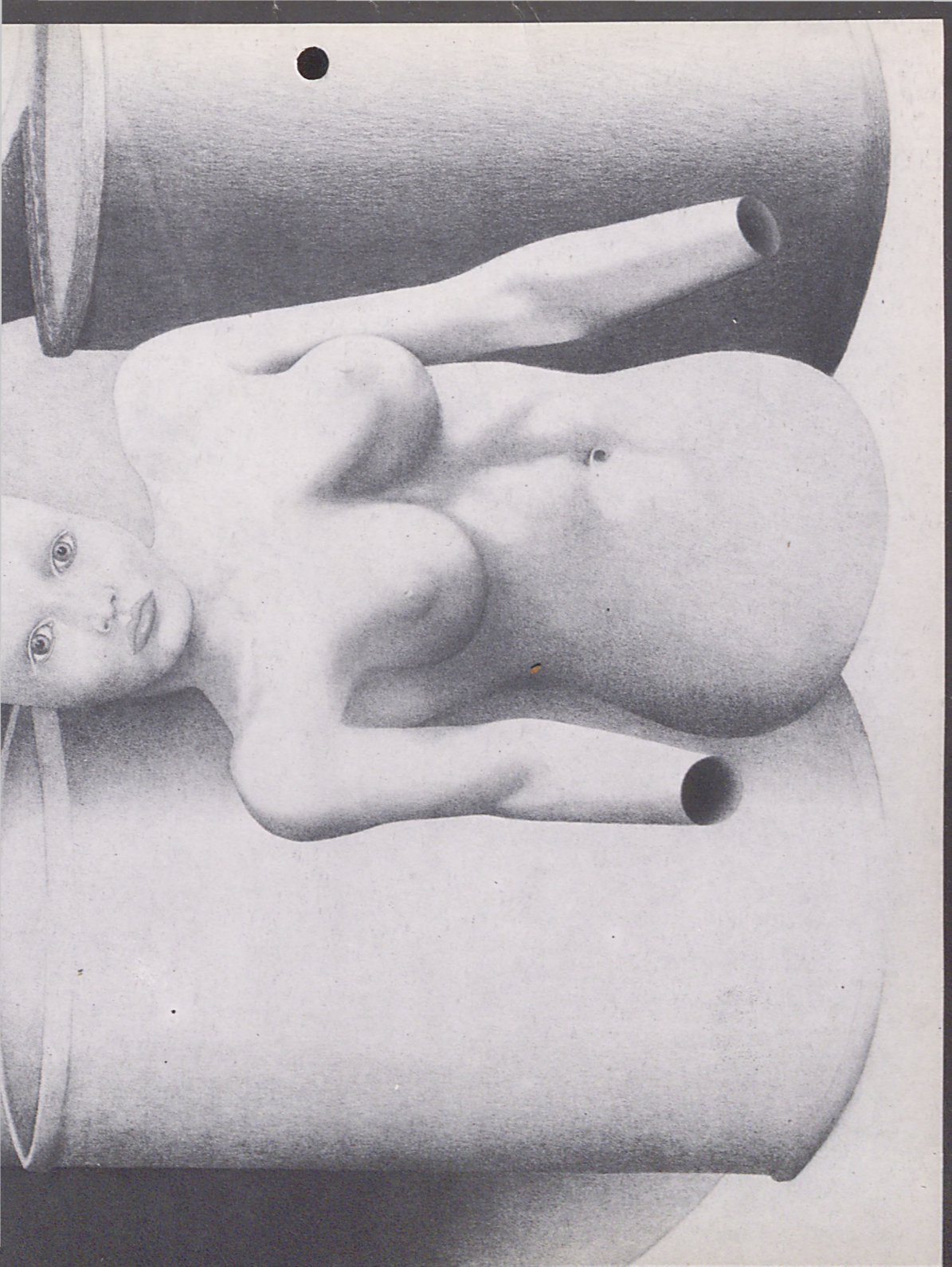


frankfurter
studentenzeitung

diskus







Zur Rolle der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft.

Wenn man dem bundesdeutschen Blätterwald glauben könnte, so wäre das Frau-sein das Herrlichste in unserer Gesellschaft. Es gab ein „Jahr der Frau“ (1972). Eine Unzahl von Publikationen beraten die Frauen in ihren Sorgen und Nöten. Sie benutzen ungehindert die gleichen Lokale wie Männer. Sie besuchen ungestört die öffentlichen Bildungsanstalten. Sie verdienen ihr Geld in Fabriken, Großraumbüros und Dienstleistungsbetrieben. Sie stehen ihren Mann in Unternehmerpositionen (Sternserie 1971). Demnächst werden Rosa Luxemburg, Helene Lange und Luise Otto-Peters auf Sondermarken der Bundespost zu sehen sein. Sie können sich den Mann fürs Leben selber aussuchen. Und um das wichtigste nicht zu vergessen, Frauen haben das passive und aktive Wahlrecht. Es scheint, als sei die Emanzipation der Frau voll im Gange.

„Die Befreiung der Frau wird erst möglich, sobald diese auf großem, gesellschaftlichem Maßstab an der Produktion sich selbst beteiligen kann und die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maße in Anspruch nimmt. Und dies ist erst möglich geworden durch die moderne große Industrie, die nicht nur Frauenarbeit auf großer Stufenleiter zuläßt, sondern förmlich nach ihr verlangt.“ (F. Engels, Ursprung der Familie)

Mit keinem Wort erwähnt Engels, daß keine Kausalität zwischen großer Beteiligung an der Produktion und Verringerung der häuslichen Arbeit besteht. Mit keiner Silbe werden die gesellschaftlichen Werte und Normen, mit denen Frauen zu Frauen erzogen werden, angesprochen. Keine bundesrepublikanische Publikation stellt die Frauenrolle in Frage. Kaum jemand versucht, die Frau als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu begreifen. Der Haushalt, die Familie und die damit verbundenen Sorgen der Frau werden in den „Erfolgsmeldungen“ von der Emazipationsfront nicht tangiert. Unter welchen Bedingungen sie in den Betrieben arbeiten, unter welchen Schwierigkeiten sie das „Familienleben“ führen und wie sie mit ihrer weiblichen Rolle zurecht kommen, interessiert die Propagandisten der Chancengleichheit nicht. Keiner wird auf die Idee kommen, daß Frauen nur unter Aufgabe ihrer eigenen Bedürfnisse diese ihr zugeschriebene Rolle zu erfüllen versuchen. Denn trotz der vermeintlichen Erfolge der Frauenbewegungen werden Frauen immer noch nach folgenden lutherischen Beurteilungsprämissen bewertet. „Weiber tragen Kinder und ziehen sie auf, regieren das Haus und teilen ordentlich aus, was der Mann hineingeschaffet oder er Fortsetzung auf Seite 16

Proletarische Familie.

Dieses Papier entstand aus den Diskussionen, die im RK im Zusammenhang des "Proletarischen Lebenszusammenhangs" eingeleitet und in der Familiengruppe des RK weitergeführt wurden. Es wurde im April 1971 geschrieben. Wir brachen die damals erst beginnende programmatisch-theoretische Diskussion alsbald wieder ab, als sich die Gruppe die Politisierung der praktischen Untersuchungstätigkeit im Betrieb und die Vorbereitung der Arbeit in einem Frauenbetrieb zum Ziel machte.

Absicht dieser Initiative ist es, erstens die im "Proletarischen Lebenszusammenhang" angedeutete Programmatik zu konkretisieren und in die Richtung zu diskutieren, in der der dort formulierte Anspruch in der theoretischen Untersuchungsarbeit fruchtbar werden könnte, und zweitens die politischen Voraussetzungen weiter aufzuhellen, unter denen wir gegenwärtig die Untersuchung im Betrieb führen. Und zwar nicht nur im Frauenbetrieb. Der Stand der Diskussion in der Frauengruppe ist nur der aktuelle Anlaß für die jetzige Veröffentlichung dieses Papiers. Darum sollte es auch als eine Initiative gelesen und kritisiert werden, nicht als eine abgeschlossene politische Position zur Einschätzung von Familienzusammenhang und Betriebsarbeit.

Reimut Reiche, 9.7.71

Seite

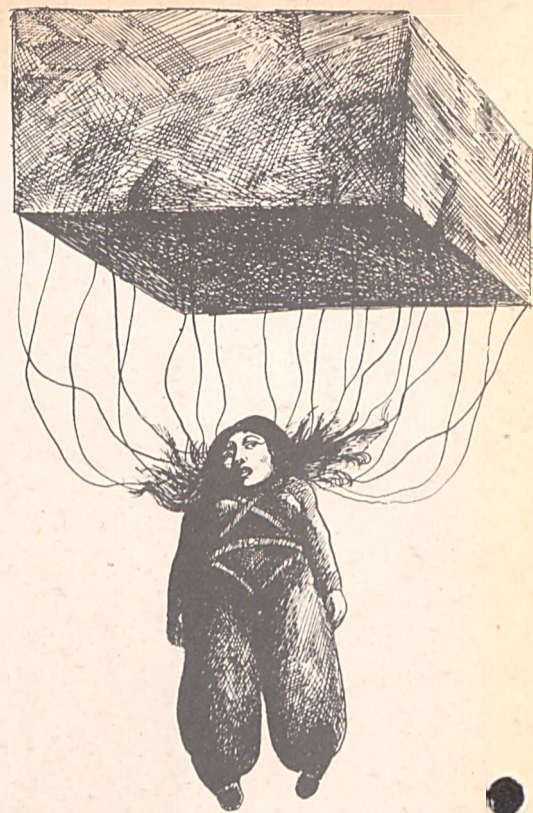
9

Folter.

In den vergangenen Wochen sind in der BRD zahlreiche Häftlinge in Hungerstreik getreten, um auf die menschenunwürdigen Haftbedingungen aufmerksam zu machen und um zu erreichen, daß die Isolierung aufgehoben wird. Auch dieser Hungerstreik wird bisher in der bürgerlichen Presse überwiegend verschwiegen. Stattdessen hat das Bundesverfassungsgericht die Aufrechterhaltung der Isolierung und damit die Einschränkung entscheidender Grundrechte von Gefangenen legalisiert und sich damit seines verfassungsmäßigen Auftrages, nämlich das Grundgesetz zu wahren und die Menschenrechte zu sichern, selbst entzogen. Mit der vagen Begründung, hier handle es sich um eine "reale Gefährdung des öffentlichen Interesses", ist eine beliebige Ausdehnung und phantasievolle Anwendung des Isolierungsmaßnahmen möglich geworden.

Inzwischen haben sich in allen Großstädten der BRD Initiativen zur Unterstützung des Hungerstreiks der Gefangenen, zur Aufklärung über die Knaste und Initiativen gegen die Isolationsfolter gebildet, zumal überall "moderne" Haftanstalten eröffnet, im Bau befindlich oder geplant sind, die bisher vereinzelt praktizierte Isolationsfolter allgemein institutionalisieren sollen.

Im folgenden druckt der diskus einige Beiträge zur Situation in den Gefängnissen ab. Vorangestellt haben wir ein Interview mit Heinz Brandt, der als Widerstandskämpfer gegen den Faschismus viele Jahre lang in deutschen KZ's verbrachte und später



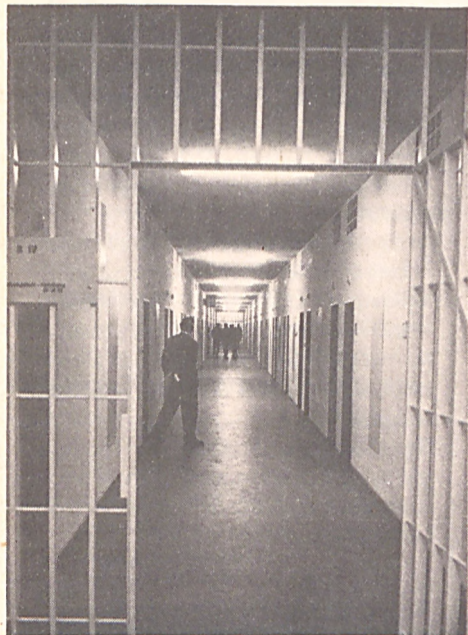
in DDR-Gefängnissen jahrelang isoliert war. Heute ist Heinz Brandt SPD-Mitglied und Mitarbeiter der Zeitung "Metall". Auf dem Hintergrund dieses Interviews veröffentlichten wir eine Erklärung zum Hungerstreik politischer Gefangener. Die Erklärung erhält schon deswegen ihre besondere Authentizität und damit politische Brisanz, weil die Erklärung selbst schon spürbar Produkt einer perfekt isolierten Situation der Gefangenen ist. Isolier-

Thema	Titel	Verfasser	Foto/Grafik
Nachrichten			
4	Nachrichten-Magazin	Redaktion; Lothar Leßmann	
Gesellschaft			
1	Zur Rolle der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft	Eva Braun	Lothar Leßmann
9	Proletarische Familie	Reimut Reiche	Sem Presser
30	Bürgerinitiativen	Erich Klein	
48	Mietstreiks in Italien	Unione Inquilini	
43	Typen . . .	Harry Oberländer	F.-K. Wachter
Justiz			
18	Klassenjustiz	Berliner Anzünder	Frank Horvat
24	Politische Gefangene im Hungerstreik: Erklärung	Politische Gefangene	Lothar Leßmann
26	Andreas Baader im Hungerstreik		
27	diskus-interview mit Heinz Brandt		dpa
15	Waffeneinsatz, Plädoyer der Anklage		G. Seyfried
Hochschule			
23	Die Rolle des SHB bei den AStA-Verhandlungen	W. Scholem	
36	Offener Brief an Kultusminister v. Friedeburg	Lothar Leßmann	Roland Topor
20	Seminar "Emanzipation"	Heinz Funke	
Bildungspolitik			
38	"Nicht jeder Studienwillige kann auch studieren"	Heiner Heseler	dpa
40	Lenkungsinstrument Numerus clausus	GEW-Frankfurt	
Internationalismus			
45	Der US-Terror in Indochina geht weiter	Brigitte Heinrich	dpa

ten erscheinen beispielsweise partielle Reformen im Knast notwendigerweise nur als Differenzierungsversuch zu ihren Ungunsten, für isoliert Gehaltene sind Forderungen nach tariflicher Bezahlung von Knastarbeit, Selbstverwaltung usw. inhaltslose Begriffe, gleichwohl sind sie deswegen nicht irrelevant; im Gegenteil! Der gelegentlich undifferenzierte und hohle Radikalismus als zwangsläufige Folge totaler Isolierung schwächt die Erklärung allerdings nicht ab, sondern verschärft nur noch die Anklage gegen die Anwendung "moderner" Foltermethoden in westdeutschen Gefängnissen.

Seite

24, 26, 27



diskus

Frankfurter studentenzeitung
2/3, 23. Jahrgang, Juni 1973

diskus-Verlag

6000 Frankfurt am Main, Jügelstraße 1
Telefon 0611 / 7 98 31 88

Herausgeber

Joachim Klein, Hannsjörg Prella,
Edil Tokmar

Redaktion

Wolfgang Bertelsmeier, Brigitte Heinrich,
Heiner Heseler, Til Schulz,
Eberhard Zimmermann

Gestaltung/Produktion

Lothar Lefsmann

Verlagsleiter/Anzeigen/Vertrieb

H. Heinz Funke

Verlagsbüro

Renate Prella

Druck

Offsetdruckerei Karlheinz Freidhof
6291 Heckholzhausen, Borngasse 9

Auflage

15 000

Erscheinungsweise

8mal im Jahr

Gerichtsstand

Frankfurt am Main

Stadtteilarbeit.

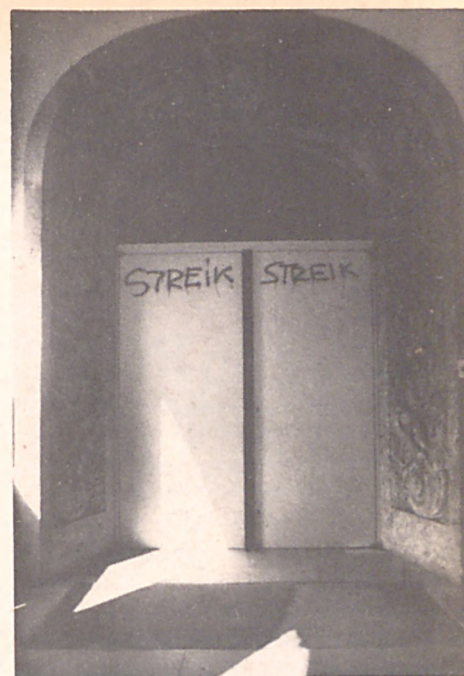
Seit der Studentenrevolte geistert innerhalb der Linken das Wort von der Stadtteilarbeit herum. Es steht im Gegensatz zur sog. 'Betriebarbeit'; die Bemühungen der Genossen soll sich nicht nur auf den klassischen Produktionsbereich, sondern auch auf den der Reproduktion, des Lebens im Stadtteil, der Freizeit, des Wohnens und der Kinder. Gerade weil im Betrieb die Normen des kapitalistischen Produktionsprozesses tief verinnerlicht sind, wollen gerade eine Reihe von undogmatischen Gruppen an den 'unmittelbaren Interessen' anknüpfen – Bedürfnisse, die sich im Betrieb nicht artikulieren können (aus welchen Gründen auch immer).

Problematisch ist bei der Fülle dieser Ansätze zweierlei. Das erste ist der Begriff des Stadtteils überhaupt. Von den arbeitenden Gruppen wird er teilweise geographisch, teilweise soziologisch angewendet. Aber Geographie und gesellschaftlicher Ort sind heute nicht mehr, wie in der Zeit des vor dem Faschismus, deckungsgleich. Das reine Arbeiterviertel ('Der rote Wedding') oder das reine Bourgeoisviertel (die Westends vieler großer Städte) sind selten geworden. Während die Stadtkerne immer mehr ihrer Bewohner verlustig gehen, etablieren sich am Rande der Städte neue Mischviertel, die klassenmäßig kaum noch homogen oder zu bestimmen sind. Die Tendenz, die Masse der Lohnabhängigen, vom Bürolehrling über den Hilfsarbeiter bis zum Amtmann in geplanten neuen Stadtvierteln zusammenzulegen – wenn auch in nach dem Einkommen gestaffelten Wohnungen oder Häusern – ist durchgängig.

Aktionsgruppen sozialistischer Provenienz und biedere Bürgerinitiativen setzen praktisch nicht mehr an der soziographischen Einheitsstadtteil an, sondern an dem Gegensatz von öffentlicher Armut und privatem Reichtum (Sanierung, Kindergärten etc.) sowie an tieferliegenden Disparitäten (Frauenfrage, Rechtsberatung, Homosexuelle). Problematisch dabei ist der vorgängig unbestimmte Begriff des Bedürfnisses. Daß Bedürfnisse unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen nicht etwa elementares, urwüchsiges sind, sondern etwas vielfach präformiertes, in das abzuschaffende gesellschaftliche Realität eingegangen ist, wird dabei leicht übersehen. Es ist klar, daß dieser Bedürfnisbegriff in berechtigter Abgrenzung zur Rigidität dogmatischer Gruppen mit ihrem historisch überholten Askesebegriff entstanden ist. Zwischen den beiden Polen aber, der Befriedigung von elementar begriffenen Bedürfnissen und notwendiger politischer Arbeitsmoral, ist zu vermitteln. Nur ein auf seine Ursprünge reflektierter Bedürfnisbegriff, der inhaltlich gefüllt ist, erweist sich als ein Weg zur "Revolution radikaler Bedürfnisse" (Marx)

Seite

30, 48



Hochschule für Gestaltung.

Am 8. Februar beschloß die Studentenschaft der Hochschule für Gestaltung Offenbach einen aktiven und unbefristeten Streik wegen der "katastrophalen Lage der Ausbildung an der HfG". Per Akklamation erklärte ein Teil der Studenten den Willen, "aktiv" für eine Veränderung der Situation zu arbeiten. Die anfängliche Hektik wich der Lethargie, die kennzeichnend ist, für die Haltung der Studenten: politische Ignoranz und individueller Opportunismus.

Da der Streik keinerlei Reaktion provozierte, folgt jetzt die Verweigerung der Mitarbeit der Studenten in den Gremien der Hochschule. Zur Wahl der studentischen Vertreter in die Fachbereichskonferenzen gibt es im Fachbereich Grafik (mit etwa 230 Studenten der stärkste Fachbereich an der HfG) keine Kandidatenliste, in den Fachbereichen Produktgestaltung und Architektur je eine Einheitsliste. Zur Wahl der studentischen Vertreter in den Konvent ist ebenfalls eine Einheitsliste aufgestellt worden. Das Quorum wird den Rest besorgen.

Die "Reaktion" der Studenten auf die restaurative Politik von Rektor Voss und den Dozenten, die zudem noch vom Kultusministerium unterstützt wird, wird sich nicht auf die Gremien der Hochschule beschränken – der Boykott von Lehrveranstaltungen muß folgen ...

Der Exodus der Lehrbeauftragten, Theorie-Alibi der Design-Handwerker, hat im Fachbereich Grafik schon begonnen. Damit steht das Kartenhaus HfG vor dem Zusammenbruch.

Seite

36

Absage an Rechte, Trinker und Dogmatiker:

Vom 5. bis 7.6.73 fanden die Wahlen zum Studentenparlament, verbunden mit einer Urabstimmung über die neue Studentenschaftssatzung statt.

Erwartungsgemäß entschieden sich die meisten Studenten für linke Gruppen. Klarer Gewinner ist die Sozialistische Bündnisliste von SHB/SF und SHI, das ist nicht zuletzt auch ein Zeichen dafür, daß ein großer Teil der Studenten sich mit dem Frankfurter Wohnungskampf solidarisiert und die Unterstützung des Häuserats durch den AStA für richtig hält.

Gleichzeitig ist das Wahlergebnis auch eine klare Absage der Studenten an die Politik der UNI-Spitze, denn die studentischen Gruppen, die die Politik der Kantzenbach-Krupp-Clique unterstützen, haben wieder deutliche Stimmenverluste hinnehmen müssen. ADS/RCDS erhielten eine deutliche Antwort auf ihre Gremienpolitik. Größter Verlierer der Wahl ist der

SHB, der mehr als ein Drittel seiner Wähler verloren hat. Die Studenten haben deutlich erkannt, daß der SHB nichts anderes als ein trauriges Anhängsel an den Spartakus darstellt.

Während sich der KSB stabilisiert hat, stellt für den KSV der Wahlausgang eine Schlappe dar. In Frankfurt, das hat diese Wahl wieder gezeigt, haben kommunistische Zirkel und studentische Mini-Parteien keine Chance.

Nicht beeindruckt ließ sich die Liste der "Biertrinkenden Studenten" von ihrer erschütternden Wahlniederlage. Bereits kurze Zeit nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses konnte man das erste Listenmitglied volltrunken auf dem Campus liegen sehen.

Nur knapp kam die erforderliche 50% Mehrheit für die Satzung zustande. Zu viele Studenten sind durch die demagogischen Lügen von KSV und KSB verwirrt worden und haben sich der Stimme enthalten.

Sozialistische Liste erfolgreich.

	Stupa-Wahl 1973	Stupa-Wahl 1972	Konventswahl 1973
ADS	1382 (20,46 %)	2272 (27,86 %)	1502 (21,7 %)
SF/SHI	1885 (27,91 %)	1950 (23,91 %)	1826 (26,3 %)
SHB	927 (13,72 %)	1650 (20,23 %)	1368 (19,7 %)
RCDS	774 (11,46 %)	860 (10,55 %)	767 (11,1 %)
KSB	683 (10,11 %)	763 (9,60 %)	718 (10,3 %)
Spartakus	539 (7,98 %)	455 (5,58 %)	373 (5,4 %)
KSV	238 (3,52 %)	185 (2,27 %)	-
Promed	201 (2,98 %)	-	380 (5,5 %)
Biertrinker	126 (1,87 %)	-	-

Regensburg: Studenten wollen streiken!

In einer Urabstimmung hat die Studentenschaft der Universität Regensburg beschlossen, aus Potest gegen das geplante bayerische Hochschulgesetz vom 18. bis 28. Juni in den Streik zu treten. Der Streik fällt zusammen mit den von allen bayerischen Studentenschaften gemeinsam durchgeführten Aktionswochen gegen den Gesetzentwurf.

Bei der Regensburger Urabstimmung hatten sich bei einer für studentische Urabstimmungen hohen Wahlbeteiligung von 62 Prozent mehr als 66 Prozent der abstimmenden Studenten für den Streik ausgesprochen. Dieses Abstimmungsergebnis widerlegt die Äußerungen Kultusministers Hans Maiers, nach denen die Opposition gegen seine Hochschulpolitik lediglich von einer kleinen Minderheit unter den Studenten getragen werde.

Streikbeschluß am Otto-Suhr-Institut aufgehoben.

Am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin (Fachbereich Politische Wissenschaften) geht der Lehrbetrieb bis zum Semesterende weiter. Auf einer Versammlung des Instituts wurde am 6. Juni ein eine Woche vorher gefaßter Beschluß einer studentischen Vollversammlung revidiert, auf der Streikmaßnahmen bis zum Ende des Sommersemesters beschlossen worden waren. Der derzeitige Fachbereichsvorsitzende Wold Dieter Narr hatte angesichts der geringen Beteiligung (200 von rund 3000 Studenten) die Gültigkeit des Beschlusses bezweifelt und zu einer Institutsvollversammlung mit strenger Einlaßkontrolle eingeladen.

Die rund 750 Teilnehmer auf der Vollversammlung einigten darauf, daß in den Lehrveranstaltungen die Probleme der Berufspraxis für Politologen diskutiert werden sollten. Gegen den Willen der Dozenten und Studenten dürfen Vorlesungen und Seminare jedoch nicht „umfunktioniert“ werden.

Meinungsbildung:



Kooperation zwischen MSB Spartakus und der Polizei?

Im Hamburger MSB/SGB-AStA wurde von Genossen eine Akte entwendet, die über die Modalitäten der Vermietung von Altbauten (später für den Abriss vorgesehene Altbauten) an Studenten durch das Studentenwerk informierte. In Kündigungsschreiben des Studentenwerks (Vorstandsvorsitzender Homfeld, MSB Spartakus) wird beispielsweise wie folgt argumentiert: "Entgegen unseren mehrfach vorgetragenen Anordnungen haben Sie den von Ihnen genutzten Wohnraum erneut ande-

ren Personen überlassen. In Zusammenhang mit dieser Überlassung haben diese Personen die Wohnungen zur Ausführung von strafbaren Handlungen benutzt" oder "in unserem Schreiben haben wir Sie eindringlich aufgefordert, die von Ihnen genutzte Wohnung unverzüglich in einen Zustand zu versetzen, der den Anforderungen im Blick auf Ordnung und Sauberkeit in einem zivilisierten Land genügt."

Über Homfeld hat der MSB/SGB-AStA entscheidenden Einfluß im Studentenwerk, mindestens läuft nichts ohne Kenntnis des AStA-Sozialreferent Pflüger, was hier dokumentarisch belegt ist. (aus: Dem Volke dienen, 2.Jg. Nr.15, KSV)

Kündigungsschreiben des Studentenwerks Hamburg e.V. an Clement Zanco: Beweis für die Handlungertätigkeit des MSB-AStA beim Vollzug des Terrors gegen Ausländer!

Massenaustritt aus der DKP!

Ein Sprecher der Butzbacher DKP-Gruppe, der Stadtverordnete Edgar Schmidt, bezifferte die Zahl der Mitglieder, die aus der Partei ausgetreten sind, auf "über sechzig". Darunter sei die gesamte Ortsgruppe Butzbach mit 43 Mitglieder, drei Butzbacher Stadtverordnete der KPD und mehrere Mitglieder des Kreissekretariats der Partei. Die Butzbacher Gruppe, die bei den letzten Kommunalwahlen mit einem Stimmenanteil von neun Prozent erfolgreich abgeschnitten hatte, wurde nach eigener Auffassung innerhalb der DKP als "linke Opposition" betrachtet.

"Heute ist die DKP-Ortsgruppe Butzbach (45 Genossen) bis auf 2 Personen, sowie Parteimitglieder der Gruppe Bad-Nauheim, Karben und Bad-Vilbel aus der DKP ausgetreten.

Dieser Schritt ist für die Butzbacher Bevölkerung bestimmt überraschend. Er ist für uns Butzbacher Kommunisten jedoch die einzige Konsequenz aus einer Entwicklung, die schon seit einiger Zeit andauert.

Die ehemalige Ortsgruppe Butzbach wird ihre seitherige Politik für die Arbeiterklasse fortsetzen. Die Stadtverordnetenfraktion, die Genossen Elga Velten, Kurt Adbram und Edgar Schmidt arbeiten weiter und werden im Stadtparlament auch weiterhin und verstärkt sich nur von den Interessen der Arbeiter, Angestellten, kleiner und mittlerer Beamten leiten lassen.

Der "Proletarier" erscheint weiterhin und wird nun endlich auch keine Partei-rücksichten mehr nehmen müssen, d.h., er wird noch mehr über Korruption und Schiebereien und Mauseheien berichten können und braucht keine Namen mehr zu verschweigen. Es werden weiterhin Flugblätter vor den Betrieben verteilt und dortige Mißstände aufgedeckt, das gleiche gilt für die Innenstadt. Kurzum: Wir waren Kommunisten, wir sind Kommunisten und wir werden Kommunisten (BDK). Warum sind wir ausgetreten; die drei wichtigsten Gründe:

Die DKP versuchte, seit wir das erste Mal ins Stadtparlament gewählt wurden, unsere Arbeit mehr und mehr einzuschränken. Wir Butzbacher Kommunisten haben immer erklärt: Es gibt für uns keine Tabus. Wir werden alles beim Namen nennen, jede Mausehelei und Schieberei, die wir erfahren, veröffentlichen. Das aber paßte der

AStA - Herr Pflüger -
zur Kenntnis

Studentenwerk Hamburg e.V.
2 Hamburg 13, Beneckestr. 13

EINSCHREIBEN

Herrn
Clement Zanco
u.St. Untersuchungshaftanstalt
2 Hamburg 13
Holstenglacis 3

27. Juni 1972
ms/vs/gr

Betr.: Mietvertrag

Sehr geehrter Herr Zanco!

Hiermit kündigen wir das zwischen Ihnen und dem Studentenwerk Hamburg e.V. am 18. Mai 1972 begründete Mietverhältnis fristlos. Wir fordern Sie auf, den von Ihnen genutzten Wohnraum unverzüglich, spätestens bis zum

30. Juni 1972, 12.00 Uhr

zu räumen.

WICHTIG!

Es wurde uns mitgeteilt, daß Sie sich illegal in der Bundesrepublik aufhalten. Unter diesen Umständen kann Ihnen das Studentenwerk einen Wohnraum nicht mehr zur Verfügung stellen. Die Ihnen zusätzliche Kosten zu ersparen - falls Ihnen die Räumung selbst nicht möglich ist - werden wir Ihre Sachen in einem anderen Raum sicherstellen. Der Schlüssel hierfür kann vom Studentenwerk Hamburg e.V. - Wohnraumsentrale - 2 Hamburg 13, Beneckestr. 13 abgeholt werden.

hochachtungsvoll
Studentenwerk Hamburg e.V.
- Wohnraumsentrale -

(Handwritten signature)
(Foschadel)



DKP nicht. Wir sollten mit den kleinen und mittleren Kapitalisten zusammenarbeiten und erklären, daß Leute wie Rumpf, Tröster, Heil und Co. potentielle Verbündete der Arbeiter und Angestellten seien, und daß diese Herren ja auch vom Großkapital ausgebeutet werden (lächerlich). Das wollte die DKP, das haben die Butzbacher Kommunisten nie getan, das lehnen wir ab. Für uns sind Rumpf, Tröster, Heil Kapitalisten, die ausbeuten, und die haben wir auch zu bekämpfen, und nicht nur das Großkapital. Dabei vergessen wir natürlich nicht den Unterschied zwischen Herrn Rumpf und den Herren Flick.

Wir sollten mit den Butzbacher SPD-Funktionären zusammenarbeiten und Kompromisse schließen, sollten Bürgermeister Hofmann wählen usw. Wir haben abgelehnt. Wir können nicht mit Leuten zusammenarbeiten, die jetzt schon wieder Gebühren für Kanal, Müllabfuhr und Eintrittspreise fürs Schwimmbad erhöhen, die die Rentner-Arbeiter-Angestellten-Beamten-Haushalte treffen, während die Großbetriebe in Butzbach fast keine Gewerbesteuer mehr bezahlen. Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiterklasse erkennen muß, daß die SPD bei Unterschieden zur CDU und FDP auch eine Partei des Kapitals ist, daß sie gegen den Sozialismus aber für den Kapitalismus ist. Die SPD ist heute der beste Sachverwalter des Kapitals, das muß der Arbeiterklasse klar werden. Wir Kommunisten in Butzbach haben es daher abgelehnt, mit den Sozialdemokraten in der jetzigen historischen Phase zusammenzuarbeiten. Die DKP dagegen hängt sich an Aktionen der SPD und nennt dies Aktionseinheit.

Wir sollten über die sozialistischen Staaten nur positives vermitteln, — Fehler werden nach Meinung der DKP ja dort eigentlich nicht gemacht — negatives sollte ver-

schwiegen werden. Wir Butzbacher Kommunisten haben das entschieden abgelehnt. Wir halten es da lieber mit der Wahrheit. Unser Verhältnis zur Sowjetunion, DDR usw. ist klar; kritische Solidarität. Wir sind der Meinung, daß man dort historisch schon einen Schritt weiter ist, als im Kapitalismus, daß aber eine ganze Menge von Dingen dort geschehen, die wir ablehnen. Wir wollen in der BRD keinen DDR-Sozialismus. Wir wollen den Sozialismus, den die Arbeiterklasse der BRD sich erkämpfen wird, und der sieht anders aus als der in der DDR. Das wurde uns als Antikommunismus vorgeworfen, wir dagegen sind der Ansicht, Kommunisten haben die Wahrheit zu sagen, hier wie dort. Rücksichtslose Kritik an allem Bestehenden im Kapitalismus und Sozialismus ist notwendig, damit die Arbeiterklasse und nicht nur die Partei die Macht im Staat erhält.

Zunächst versuchte man uns von Seiten der DKP zu überreden und nannte es diskutieren. Wir Butzbacher Kommunisten haben diskutiert, die anderen blieben auf der Strecke. Danach drohte man uns, wir wurden in der Partei verleumdet als Antikommunisten, Trotzlisten, Maoisten, Sektierer, Revisionisten, rechte und linke Opportunisten usw.

Am Schluß erhielten wir immer weniger Geld von der Partei. Der Proletarier sollte einen anderen Inhalt bekommen, nicht soviel kritisches gegen SPD, gegen kleine und mittlere Kapitalisten, keine solidarische Kritik an den sozialistischen Staaten usw. Kurz um, der Proletarier wäre noch langweiliger geworden als die bürgerlichen Zeitungen. Und das will etwas heißen. Die Auflage sollte gesenkt werden.

Mit anderen Worten, man wollte die Butzbacher Kommunisten mundtot machen, zum Nutzen der DKP, SPD, CDU, Rumpf und Co. Wir wollten die kommunistische Bewegung stärken, das aber paßte niemandem in den Kram. Es hat sich gerade hier gezeigt, daß man kommunistische Politik machen kann, wenn sie wirklich von den Interessen der Arbeiterklasse ausgeht. Butzbach ist einmalig in Hessen, in der BRD. Das liegt nicht daran, daß wir einmalig sind, sondern daran, daß wir die Wahrheit in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Wir dachten das sei in der DKP möglich.

Unser Fehler war, daß wir versucht hatten, das Motto "Macht die DKP stark!" in die Wirklichkeit umzusetzen. Diesen Fehler korrigieren wir hiermit."
Edgar Schmidt

Mietstreik.

Ab 1. Juni senkten 17 Mieter des Hauses Eschersheimer Landstraße 20 (überwiegend ausländische Arbeitnehmer) ohne Zustimmung des Mietwucherers Freimann ihre Mieten auf 6 DM pro qm. Sie sind nicht länger bereit, Wuchermieten von 15 DM pro qm zu zahlen.

Sie stützen sich dabei auf das Urteil des Frankfurter Landgerichts, in der Mietsache Bettinastraße, das 6 DM als durchschnittliche Vergleichsmiete für Frankfurt genannt hat.

Die seit Monaten zuviel gezahlte Miete wird abgewohnt: Freimann erhält z.Zt. keine Miete. Erste Reaktion Freimanns: Er hat dem Sprecher der Mieter gekündigt und zur "sofortigen Räumung" der Wohnung aufgefordert. Termin: 30. Juni



Hausbesitzer verurteilt.

Eine Niederlage vor Gericht mußte der Frankfurter Hausbesitzer Rudolf Hechler hinnehmen. Er hatte die ausländischen Mieter seines Hauses in der Brühlstraße 2 vor dem Zivilgericht auf Räumung verklagt, nachdem sie sich zum Teil schon seit Juni 1972 in einer Art von Mietstreik befanden. Die Bewohner hatten von sich aus die ihnen von Hechler abverlangte Mie-

te drastisch auf die ihrer Ansicht nach ortsübliche und angemessene reduziert. Von mehreren Familien wurde monatelang überhaupt kein Mietzins entrichtet -- in Aufrechnung der zuvor zuviel bezahlten Mieten.

Spekulant Hechler hatte den Bogen der „freien Wohnungswirtschaft“ selbst für den Geschmack eines bürgerlichen Gerichts gründlich überspannt.

Das Frankfurter Agitations- und Strassentheater (FAUST) zur Situation: „Hier haben wir die kleinste Wohnung Frankfurts: 2 1/2 qm. Diese Wohnung hat sogar ein Bad....Die Wohnung ist das Bad!

Hechler vermietete in der Brühlstraße 2 ein Bad als 1-Zimmer-Wohnung!

Die Bewohner des Hauses brauchen nach diesem Gerichtsbeschluss nicht ausziehen. Auf Grund dieser Urteile rechnet man sich jetzt bei der Stadt gute Aussichten für den Ausgang des Mietwucherprozesses aus, der am 27. Juni gegen Hechler stattfinden soll. Das Amt für Wohnungswesen hatte ein Bußgeld in Höhe von 40.000 Mark über Hechler verhängt und von ihm außerdem 138.000 Mark als „Abschöpfung des Mehrerlöses“ aus den Mieten für die Brühlstraße 2 gefordert. Hechler hatte gegen diesen Bescheid Widerspruch eingelegt.

Frankfurter Mietermisere.

Martin Berg, Sozialdezernent und zuständig für das Amt für Wohnungswesen, verkündete es auf dem Parteitag der SPD am 6. Mai den begierig lauschenden Genossen:

Am 9. Mai fand der erste Mietwucherprozess in Frankfurt statt! Die Delegierten hörten es gerne, denn sie wußten nicht, daß dieser Prozess gegen einen der ihren: einen Arbeiter, Mieter und aktiven Genossen im Mieterkampf, geführt werden sollte. Der Skandal brach erst später auf.

Der Arbeiter Sergio S. hatte zusammen mit 6 anderen Personen das Haus Eschersheimer Landstr. 591 zum stolzen Preis von 950,- DM gemietet. Das Haus hatte nur ca. 85 qm Wohnfläche, 1 Toilette, kein Bad, keine Heizung, dafür aber die gemeinsame Waschelegenheit in der Küche. Die Miete war mit 11,- DM pro qm glatt überzogen, aber für „Gastarbeiter“, Schüler und Lehrlinge, die noch dazu im Kollektiv wohnen wollten (!), den Frankfurter Verhältnissen „angemessen“.

Man teilte sich die Miete redlich bis die Reparaturen und die Stromrechnung kamen. Dann ging den Lehrlingen die Luft aus. Sie zogen aus. Die verbliebenen Mieter trugen den Mietausfall. Dann zog ein spanischer Arbeiter ein, der war arbeitslos geworden und hatte daher die Firmenwohnung verloren. Er war blank. Sergio S. streckte ihm die Miete vor bis ihm selbst die Luft ausging. Schließlich zogen alle aus, weil die Schulden wuchsen. Die Minderjährigen zurück zu den Eltern, Sergio und seine Frau in das besetzte Haus Bokkenheimer Landstr. 93, das vorher leerstanden und daher mietfrei war.

Mit den Genossen begann er sich aktiv politisch um die Wohnungsprobleme in Frankfurt zu kümmern.

Der Spanier hatte inzwischen wieder Arbeit, aber er wollte seinen Mietanteil nicht zurückzahlen, da die Miete eine Wuchermiete gewesen sei. Sergio sah sich in seiner Hilfsbereitschaft geprellt. Beide gingen zum Kadi. Bei der polizeilichen Vernehmung sagte der Spanier aus:

Sergio S besitzt politische Bücher von Mao usw., er ist politisch sehr aktiv; er war an mehreren Hausbesetzungen beteiligt; er vertritt die Auffassung, daß Mieter nur 10 % ihres Lohnes für Miete aufwenden sollten.

Von diesem Tag an wurde die Obrigkeit hellhörig und munter.

Am 18.8.72 wurde der Polizeibericht der Staatsanwaltschaft zugeschickt (Eingangsstempel: 22. Aug.).

Am 24. August ersucht die Staatsanwaltschaft das Amt für Wohnungswesen um ein Gutachten über das Mietwucherhaus und Einzelheiten über den Beschuldigten Sergio S.

Am 4. Oktober antwortet das Amt für Wohnungswesen und „bittet (die Staatsanwaltschaft) zu prüfen, inwieweit gegen den Mieter Sergio S., wie den jetzigen Vermieter und auch die Eigentümer ein Verfahren wegen Mietwucher eingeleitet werden kann.“

Am 11. Oktober wird die Kripo eingeschaltet wegen Durchsuchung des Hauses (vielleicht wollten die anhand der Mao-Ideen auch intellektuell werden), gemeinsam mit Vertretern des Amtes für Wohnungswesen.

Am 25. November erfolgt Wiedervorlage der Akten bei der Staatsanwaltschaft.

Am 14. Dezember wird der 1. Mietwucherprozess in Frankfurt eröffnet. Nicht gegen Gpekulanten und Wucherer, sondern gegen einen Mieter! Der Prozess enthüllte das Trauerspiel der Frankfurter Mietermisere

und das traute Zusammenspiel der Stadtverwaltung und der Staatsanwaltschaft gegen eine durch Entbehrungen politisierte Bevölkerung. Sergio S. wurde freigesprochen, nachdem erdrückende Beweise den Staatsanwalt Schilling zur Beantragung des Freispruchs zwangen.

Staatsanwalt Schilling sagte, Dieser Fall sei herausgegriffen worden, weil er „der leichteste“ war! Sozialdezernent Berg hingegen sagte, daß nun endlich die Prozesse gegen die Wucherer beginnen.

Es wird immer offensichtlicher, daß durch gezielte Diffamierungsmanöver versucht wird, die Genossen, die gegen die Spekulation kämpfen, als Kriminelle, Rauschgiftsüchtige, und, warum nicht! ... als Spekulanten!, hinzustellen.

Unione Inquilini



Erfolg mit Nulltarif in Bologna.

Das Experiment mit dem Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel in der italienischen Großstadt Bologna (500 000 Einwohner) ist ein Erfolg. Seit der Einführung am 1. April werden die Busse vormittags um acht Prozent und nachmittags um 30 Prozent mehr benutzt. Der Verkehr läuft flüssig, die Innenstadt ist weitgehend frei von Privatautos. Die kostenlose Personenbeförderung soll für immer beibehalten werden. Sie gilt im Frühverkehr bis 9.00 Uhr morgens und dann wieder von 16.30 bis 20.00 Uhr.



Proletarische Familie

Wer von proletarischer Familie spricht, denkt meist nicht nur an eine ökonomische und soziale, sondern auch an eine irgendwie psychologische und ideologische Sonderstellung dieses Familientyps, der sich von der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Familie unterscheiden soll. Der Begriff der bürgerlichen Familie wird dabei mit der Erscheinungsform der kleinbürgerlichen Familie zusammengezogen – und beiden die proletarische Familie entgegengesetzt. Dies Verfahren ist zunächst aus zwei entgegengesetzten Gründen gefährlich:

1. weil es einer romantisierenden Mystifikation des Industrieproletariats und seines aktuellen Familienzusammenhanges Vorschub leistet (siehe z.B. die Einschränkung aller kulturevolutionärer Gedanken und Ideale bei den Parteaufbauern während des "Fortschritts" von der "antiautoritären" zur "proletarischen" Erziehung bzw. der Diskussion darüber) und 2. weil es einer negativen Mystifizierung der "Unterschichtfamilie" und ihrer Normen Vorschub leistet. Einigen Gruppen im Umkreis der PL/PI gelingt sogar das Kunststück, beide Böcke gleichzeitig zu schießen, etwa die Resultate der Sozialisationsforschungen von Bernstein/Habermas/Oevermann affirmativ zu übernehmen und die dort zutage geförderten Resultate über die psychische Verfassung der "Unterschicht" schlicht als positive revolutionäre Werte abzugeben.

Dagegen ist zunächst festzuhalten: Alle Familien in der kapitalistischen Gesellschaft sind dem Typ der bürgerlichen Familie nachgebildet. Dieser Familientyp selbst ist untergegangen: er gehört einer früheren Epoche der kapitalistischen Entwicklung an. Wie die bürgerliche Familie selbst ihre materielle und ideologische Begründung im Feudalismus hat, wie sie mehrere soziale, ökonomische und psychische Funktionen der feudalen Familie beibehalten hat, andere abgestreift, wieder andere neu herausgebildet hat, so ist auch die Familie im Kapitalismus überhaupt verschiedener historischer Funktionswandlungen unterzogen worden. Die Familie der herrschenden Klasse und die des in der Entstehung begriffenen Proletariats hatten während der Entfaltung des Kapitalismus anderen ökonomischen Anforderungen Rechnung zu tragen als während der Blüte des Kapitalismus und wieder anderen in der Krise des Kapitals, während des Faschismus und der Epoche danach.

Die Familie ist eine Institution der Vorgeschichte und wird erst mit dieser untergehen. Mögen die geschichtlichen Typen, Formen und Funktionen der Familie noch so vielfältig und widersprüchlich sein: gemeinsam ist ihnen allen der Ausdruck dessen, da die Menschen ihren Lebenszusammenhang noch nicht planmäßig und auto-



nom regeln, sondern das Anhängsel ihrer Naturgeschichte bleiben. Das macht den übergreifenden Charakter der Familie aus, der sich durch alle verschiedenen menschlichen Produktionsweisen zieht und anzeigt, daß die Menschen die Nabelschnur zum Tierreich noch nicht durchschnitten haben.

Man kann drei große Familientypen zusammenfassen, die historisch den drei größten Produktionsweisen der menschlichen Gattungsgeschichte entsprechen und in denen auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck kommt, wie sich die Menschen der materiellen Produktion und Reproduktion ihres eigenen Lebens unterwerfen. In den Gesellschaftsbildungen, die noch kein Privateigentum kennen, ist auch die Familie noch ganz auf "natürliche Bedingungen" (Engels, MEW 21) gestellt. Es herrscht noch eine natürliche Einheit von Produktion und Reproduktion des materiellen Lebens – und das natürliche Vermittlungsglied dieser Einheit ist die Familie, besser der Familienverband. In der zweiten Epoche, nach dem Sieg des Privateigentums, oder, nach der historischen Klassifizierung Engels', auf dem Übergang von der Barbarei zur Zivilisation, wird diese Einheit nicht sofort zerrissen; sie wird nur auf eine neue ökonomische Basis gestellt. Deren wichtigstes Resultat ist die bis heute bestehende monogame Kernfamilie. So schreibt Engels über die Monogamie: "Sie war die erste Familienform, die nicht auf natürliche, sondern auf ökonomische Bedingungen gegründet war, nämlich auf den Sieg des Privateigentums über das ursprüngliche, naturwüchsige Gemeineigentum". Aber alle Familientypen, die der Wildheit, der Barbarei, der europäischen Antike und des Mittelalters, auch und gerade die Familien der Leibeigenen, beruhen auf dem Prinzip der Einheit von Produktion und Reproduktion des materiellen Lebens. Erst in der dritten "Epoche", in der Epoche der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation, wird diese Einheit auseinandergerissen.

Wo die ursprüngliche kapitalistische Akkumulation voll zum Zuge kommt, ist diese Einheit bereits zerrissen. Schließlich waren nicht die Handwerker und kleinen Bauern, bei denen Reste dieser Einheit heute noch bestehen mögen, die Träger dieses Prozesses, sondern das Kaufmannskapital. Und für den kaufmännischen Kapitalisten war die Familie eher ein schöner Luxus als eine ökonomische Notwendigkeit. Und selbst wo die feudalen Handwerker Träger dieses Prozesses sind; sobald der

Handwerksbetrieb die Größenordnung des kleinen Kapitalbetriebs annimmt und die Dimension des Familienbetriebs abstreift, verliert die Familie die Funktion der Einheit von Produktion und Reproduktion. Der Begriff der bürgerlichen Familie meint aber gerade diese Einheit. Die bürgerliche Familie als historischer Typus geht unter mit dem Siegeszug des Kapitals. Sie hat nur die Funktion, das Kapital zu befruchten; dann stirbt sie ab wie eine Drohne. Sie existiert dann nur noch weiter als Schein, in Schillers Glocke, in Horkheimers idealistischen Stilisierungen der bürgerlichen Ideale und als unbegriffener Gegensatzbegriff zur proletarischen Familie in unseren eigenen Köpfen. Als Schiller seine Glocke schrieb, gab es die bürgerliche Familie nur mehr als ungleichzeitigen Rest; als historischer Typus war sie bereits am Verschwinden.

Mit dem Untergang der bürgerlichen Familie entsteht die proletarische. Ihr Konstitutionsprozess bringt den selben Prozess der Trennung von Produktion und Reproduktion des materiellen Lebens zum Ausdruck, nur von der anderen Seite her, von der Seite der Eigentumslosigkeit an den Produktionsmitteln (oder historisch: der Enteignung der Bauern, der kleinen Handwerker etc). Während der gesamten Epoche der Entstehung des Kapitalismus, solange die Lohnarbeit nur formell unter das Kapital subsumiert ist, reell aber vorkapitalistische Lebenszusammenhänge und Produktionsweisen entweder vorherrschen oder mit den neuen kapitalistischen Formen eine Doppelexistenz führen, – während dieser gesamten Epoche erhalten sich auch noch tragende Elemente der Einheit von Produktion und Reproduktion in der Familie. Hausarbeit, ländlicher Feierabendbetrieb, handwerkliche Nebenproduktion sind die heute noch sichtbaren äußerlichen Kennzeichen dieser Übergangsform.

Streng genommen gibt es also keinen Gegensatz von bürgerlicher und proletarischer Familie. Beide gehören begrifflich scharf unterschiedenen ökonomischen Epochen an; beide haben unterschiedliche Funktionen in der Herauentwicklung und der Selbstverwertung des Kapitals. Ideologisch, psychisch und ihrem formellen Aufbau nach sind sie beide der feudalen Familie nachgebildet. Aber das Kapital weist ihnen neue Funktionen zu.

Bevor man von proletarischer Familie spricht, sollte man deshalb erst darstellen, was die Familie im Kapitalismus von allen vorkapitalistischen Funktionen der Familie wesentlich unterscheidet. Haben doch

die Familie des kleinen Kapitalbesitzers und die des Lohnarbeiters mit der des feudalen Leibeigenen, des freien Bauern und selbst des kaufmännischen Kapitalisten am Ende des Mittelalters zunächst nur Gemeinsamkeiten: die ungefähre Größe, die Autorität des Vaters, das Monopol auf die Erziehung der Kinder, die Rechtlosigkeit derselben etc.

Warenform und Familienfunktion

Das innerste Prinzip der kapitalistischen Gesellschaft ist die Selbstverwertung des Kapitals. Und das innerste Prinzip der Mehrwertbildung ist der Verbrauch des Gebrauchswertes der Ware Arbeitskraft: "Um aus dem Verbrauch einer Ware Wert herauszuziehen, müßte unser Geldbesitzer so glücklich sein, innerhalb der Zirkulationssphäre auf dem Markt, eine Ware zu entdecken, deren Gebrauchswert selbst die eigentümliche Beschaffenheit besäße, Quelle von Wert zu sein..." (Kapital I, 101). Der Kern der Mehrwertbildung ist also die Umwandlung von lebendiger Arbeit in vergegenständlichte Arbeit. Und was geschieht während dieses Umwandlungsprozesses mit dem Träger der lebendigen Arbeit, mit dem Arbeiter? Er wird ausgesogen, kaputt gemacht. Und wer stellt ihn wieder her? Aus dieser Frage hat die Analyse von Marx ihre notwendige Grenze. Die Grenze selbst wird von ihm benannt mit den hinlänglich bekannten Ausführungen über die "Grenzen des Arbeitstages", deren Maximum zum einen mit der "psychischen Schranke der Arbeitskraft", zum anderen mit der "moralischen Schranke" des "allgemeinen Kulturzustandes" zu bestimmen sind (Kapital I, 246).

Jenseits dieser Grenze beginnt das Reich der Familie. Ihre Aufgabe ist es, die ausgesogene, gewissermaßen tote lebendige Arbeit wieder in aussaugfähige lebendige Arbeit zurückzuverwandeln. Dies auf zwei Weisen: erstens lebensgeschichtlich,

von Generation zu Generation, zweitens aktuell, von Arbeitstag zu Arbeitstag innerhalb der Lebensgeschichte der Arbeitskraft. Die Familie im Kapitalismus ist nun die wesentlichste der "Instanzen", die dafür sorgen, daß dieser Umwandlungsprozeß von lebendiger in vergegenständlichte Arbeit reibungslos dauernd erneuert werden kann. Natürlich ist auch das Fernsehen eine solche Einrichtung, auch das Essen, der Urlaub, der pure Schlaf; aber in der Familie sind alle Funktionen dieser Instanzen zusammengefaßt, und zwar auf beispielhafte Weise. Ihre vornehmste Aufgabe ist es, die Disposition zur Lohnarbeit individuell zu erzeugen (= kollektiv zu reproduzieren), lebensgeschichtlich fest zu verankern und diese Verankerung täglich fruchtbar werden zu lassen. Die dürre ökonomische Bestimmung, daß die Familie 1. zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft und 2. zur Gratis-Beschaffung der Ersatzmänner für die lebensgeschichtlich ausgesaugte Arbeitskraft dient, läßt leicht vergessen, daß diese "Reproduktion" mit Nahrungsaufnahme, Zeugungsakt und Brutaufzucht nicht hinreichend bestimmt ist. Der Begriff der Reproduktion, sowohl der Arbeitskraft wie des Kapitalverhältnisses, muß an der Frage bewährt werden: Wie setzt sich das Wertgesetz individuell und kollektiv durch als Disposition zur Lohnarbeit?

Die Disposition zur Lohnarbeit

Die Beantwortung dieser Frage verlangt noch einmal die summarische Benennung des prinzipiellen Zusammenhangs von Kapitalverwertung und Leben. Marx gibt die übergreifende Bestimmung dieses Zusammenhangs der Menschen im Kapitalismus mit dem Satz: "Ihr wechselseitiges Dasein für einander ist das Dasein ihrer Waren" (59er Kritik). Die Familie als eines der Momente, in denen der Zusammenhang

von Arbeit und Leben sich objektiviert, ist im Kapitalismus gebunden an die Existenz von Tausch und Konkurrenz, von Privateigentum und entfremdeter Arbeit und an die von ihnen ausgehenden Resultate von Herrschaft und Verdinglichung, von Neurose und Bedürfnisblockierung, kurz: von Terror. Da die Familie im Kapitalismus notwendig eine Terrorgemeinschaft ist, geht aus ihrem Charakter hervor, nicht nur schlicht ein gesellschaftliches Verhältnis, sondern ein für den Einzelnen lebenslängliches gesellschaftliches Verhältnis zu sein. Die Bestimmung der Qualität aller menschlichen Verhältnisse steht im Mittelpunkt von Marx' Analyse des Fetischcharakters der Ware; nämlich die Bestimmung, daß die Warenform den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften diese Dinge zurückspiegelt" (Kap. I,86). In der 59er Kritik wird die "menschliche" Seite dieses Verhältnisses noch deutlicher herausgestellt: "Es charakterisiert endlich die Tauschwertsetzende Arbeit, daß die gesellschaftliche Beziehung der Personen sich gleichsam verkehrt darstellt, nämlich als gesellschaftliches Verhältnis von Sachen." (MEW 13, S.21). Diese Verkehrung von Menschen in Sachen wird produziert 1. durch den Charakter der entfremdeten Arbeit und 2. durch die dem Tauschakt nachgebildeten Verkehrsformen der Menschen untereinander. Beide Elemente haben vielfältige Erscheinungsformen, je nach der historischen Entwicklung des Kapitalverhältnisses. Marx hatte seine Analyse des Fetischcharakters der Ware und seines Fleischwerdens in der Charaktermaske des Warenproduzenten auf die warenproduzierende Gesellschaft schlechthin bezogen. Er hat aber diese Analyse weder angewendet auf die Niederschläge dieses Verhältnisses im Sozialcharakter, in der Familie, im Staat – jedenfalls nicht systematisch – noch hat er die verschiedenen, sich historisch entwickelnden Erscheinungsformen von Fetischcharakter, Kapitalmystifikation und Charaktermaske mit sich entwickelndem Kapitalverhältnis herausgearbeitet. Daß er beides im Auge hatte, das zeigen seine überall verstreuten Hinweise – z.B. auf den Protestantismus als der adäquaten Religion der Warenproduzenten (Kapital I,93) oder seine Formulierungen über die Verschärfung der Kapitalmystifikation auf entwickelter kapitalistischer Stufenleiter (siehe die Zitate im Papier "Prol. Lebenszusammenhang"). Aber eben weil er diesen Zusammenhang

nicht entfaltete, sondern nur andeutete, haben sich viele marxistische Theoretiker das Recht herausgenommen, zu behaupten, der Fetischcharakter als Begriff beziehe sich nur auf die Warenbeziehungen der Menschen, nicht auf die Beziehungen der Menschen untereinander. So etwa Lukacs. Und die neuen Marx-Philologen im Partei-Aufbau-Kleid tun es ihnen nach, wenn auch mit anderem politischen Hintersinn. Im Gegensatz dazu kommt es gerade darauf an, zu zeigen, wie 1. durch den Charakter ihrer Arbeit und 2. durch den Charakter ihrer Verkehrsverhältnisse alle Beziehungen der Menschen untereinander geprägt werden, auch ihre in Institutionen erstarrten Beziehungen (Familie, Freundschaft, Erziehung, Geschlechterverhältnisse).

ad 1: Charakter der Arbeit:

Wenn Marx sagt: "Der Fetischcharakter der Warenwelt entspringt aus dem eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert" (Kap. I, 17), dann kommt es also jetzt gerade darauf an, die aktuellen Ausdrucksformen dieses gesellschaftlichen Charakters der Arbeit herauszuarbeiten, also Arbeitsorganisation und Herrschaftsform in der unmittelbaren Produktion und in der Zirkulation (soweit sie sich mit entfremdeter Arbeit deckt) zu untersuchen, – dabei aber jetzt, über das "Lohnkampf-Papier" hinaus, die Seiten herauszuarbeiten: 1. Wie wirkt dieser "Charakter der Arbeit" auf diejenigen, die ihm lebenslänglich unterworfen sind? 2. Welche menschlichen Fähigkeiten oder besser: Verkrüppelungen, sind erforderlich, um diesem Charakter der Arbeit gerecht werden zu können? Anders ausgedrückt: Welchen Sozialcharakter setzt dieser Charakter der Arbeit voraus, wie muß ein Mensch psychisch beschaffensein, damit er zur Lohnarbeit überhaupt fähig wird?

ad 2: Verkehrsverhältnis:

Ausgehend von Marx' Bestimmung, daß "die Produzenten erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Arbeitsprodukte" (I,67) – einer Bestimmung, die offensichtlich am Vorbild der einfachen warenproduzierenden Gesellschaft entwickelt wurde – kann leicht der Eindruck entstehen, als sei erstens der Begriff der Zirkulation beschränkt auf den schlichten Tauschakt selbst und zweitens als sei der Begriff der Charaktermaske, der am Warenbesitzer entwickelt wurde, nur auf den Kapitalisten anwendbar, habe aber für den Lohnarbeiter keine Anwendbarkeit. Beides ist nicht der Fall. Das Warenverhältnis ist ein allgemeines gesellschaftliches

Verhältnis – und der Kapitalmystifikation fallen beide Seiten zum Opfer: der Kapitalist und der Lohnarbeiter. Nur darum kann auch Marx die übergreifende Qualität der Verkehrsverhältnisse der Proletarier untereinander als Vereinzelnung charakterisieren, als ein Resultat von Tausch und Konkurrenz: "Als unabhängige Personen sind die Arbeiter Vereinzelnungen, die in einem Verhältnis zu demselben Kapital, aber nicht zueinander treten. Ihre Kooperation beginnt erst im Arbeitsprozess, aber im Arbeitsprozess haben sie bereits aufgehört, sich selbst zu gehören." (I,352). Offenbar, ist man Marx entgegenzuhalten geneigt, treten die Arbeiter auch jenseits des Arbeitsverhältnisses in ein Verhältnis zueinander, z.B. gründen sie Familien, treffen sich in Sportvereinen und manchmal sogar bei einem Streik. Aber darin liegt gerade der Irrtum, den es aufzulösen gilt: Sie treten nicht zueinander in ein Verhältnis, sondern nur über das Kapital zueinander. Die Verkehrsverhältnisse der Menschen sind bestimmt vom Diktat des Kapitals.

Das gilt auch für die Familie. Worauf es zunächst ankommt, das ist die Einheit der Familie im Kapitalismus herauszuarbeiten. Für den "Kapitalisten", sofern es ihn als historische Figur noch irgendwo geben mag, für den Ingenieur, den Angestellten, den Industriearbeiter gelten prinzipiell die gleichen Verkehrsverhältnisse; es zeigen sich ihnen nur, entsprechend ihrer realen Stellung im Produktionsprozess, verschiedene Sonnen- und Schattenseiten des Scheins. Darum muß man auch alle klassenspezifischen, schichtspezifischen etc. charakterologischen Anforderungen, alle divergierenden Tribschicksale und seelischen Integrationsformen, zunächst begrifflich auf die eine Charaktermaske zurückführen, – auf die Charaktermaske des an entfremdete Arbeit und Tauschverkehr gefesselten und von ihnen lebensgeschichtlich geprägten Menschen. Erst auf der Grundlage dieser Einheit wird es möglich, die nach ihrer Klassenlage verschiedenen und die nach der historischen Entwicklung und den geografischen und regionalen Besonderheiten verschieden ausgeformten Erscheinungsweise (= Sozialcharakter) dieser Charaktermasken herauszuarbeiten.

Also diese Charaktermasken sind gebunden an die vom aktuellen Niveau der Kapitalmystifikation ausgehende Verzerrung in der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität (nämlich: menschliche Verhältnisse als dingliche wahrzunehmen und entsprechend Menschen wie Dinge zu betrachten und mit ihnen wie mit Dingen umzu-

gehen und umgekehrt den Dingen verdinglichte menschliche Qualität zukommen zu lassen). Nur auf der Basis dieser Einheit hat auch die Psychoanalyse, ohne daß sie das als Theorie bewußt macht, ihr Recht. Ihre klassen- und geschichtsunspezifischen Erklärungen und Theorien sind insofern "wahr", als sie die übergreifende Wahrheit der warenproduzierenden Gesellschaft widerspiegeln. Und erst auf der Basis der Anerkennung dieser Wahrheit und Beschränktheit der Psychoanalyse kann diese zum Forschungswerkzeug für den historischen Materialismus und für die revolutionäre Theorie werden.

Die Familie ist nun diejenige Agentur des Kapitals, die die Menschen lebensgeschichtlich bis zu dem Punkt zu Charaktermasken vorprägt, daß sie die Disposition zur Lohnarbeit so weit draufhaben, daß sie vom Kapital in Regie genommen werden können. Das ist die erste der oben genannten Hauptfunktionen der Familie. Die zweite Hauptaufgabe ist: diese Disposition täglich zu erneuern. Dadurch wird sie zum Terrorzusammenhang.

Warum ist die Familie im Kapitalismus mit Notwendigkeit ein Terrorzusammenhang?

Auch im Kapitalismus haben die Menschen Bedürfnisse. Diesen Bedürfnissen muß das Kapital unmittelbar Rechnung tragen: es legt den Wert der Ware Arbeitskraft fest (= Wert der Lebensmittel, die zur Erhaltung derselben erforderlich sind) und es legt die Länge des Arbeitstages fest (= Rest als Rekreationszeit). Das ist aber nur die eine, quantitative Seite. Denn die Bedürfnisfrage ist auch eine qualitative Frage. Nicht wieviel gegessen wird und wieviel gebummst wird, sondern was gegessen wird und wie gebummst wird unter-

scheidet die verschiedenen Produktionsweisen. Marx' Kategorie des "gesellschaftlichen Bedürfnisses" gibt uns die Möglichkeit, das in Frage stehende Problem zu begreifen. Einerseits verlangt der jeweils aktuelle Stand der Produktivkräfte und die entsprechende aktuelle Organisation der Kapitalverwertung eine ihnen entsprechende bestimmte Herauentwicklung (inklusive Blockierung) von Konsumbedürfnissen, von intellektuellen Fähigkeiten, von psychischen Integrationsformen von Trieb und Bewußtsein usw. in der Arbeiterklasse. Das Verwertungsinteresse steuert, entwickelt und unterdrückt das Gesamt dieser Fähigkeiten und Bedürfnisse. Andererseits kämpft die sich konstituierende Arbeiterklasse um ihre Bedürfnisse und entwickelt in diesem Kampf neue Bedürfnisse. Dabei handelt es sich um einen Kampf, der mit dem Konstitutionsprozeß des Proletariats nicht abgeschlossen ist (im Resultat wird hierdurch das "moralische und historische Element" des Wertes der Ware Arbeitskraft gebildet, von dem Marx andeutungsweise spricht). Um einen Kampf, der auch in den Zeiten der scheinbaren "Windstille" und "Saturierung" des Proletariats immer weiter geht (z.B. kollektive Übernahme von kulturellen Idealen, Verkehrsformen, Geschlechterbeziehungen usw. durch die Arbeiterklasse in den letzten drei Jahren, die ihren Ursprung in der Studentenbewegung haben).

Mit jedem Stück Bedürfnisartikulation der Klasse – ob sie nun aktuell kämpft oder scheinbar "pazifiziert" ist – wird das Kapitalverhältnis prinzipiell, wenn auch nur ganz und gar keimhaft oder sogar bis zur Unkenntlichkeit verzerrt oder bis zum Chauvinismus verbogen, in Frage gestellt. Denn in jedem Stück Bedürfnisartikulation drückt sich untergründig ein Stück Gebrauchswertbewußtsein aus, das die kapitalistischen Arbeits- und Verkehrsverhältnisse sprengen will. Die prinzipielle Abwehrtätigkeit des Kapitals gegen diese Bedürfnisdrohung von seiten der Klasse besteht nun darin, allen Bedürfnisartikulationen, jedem noch so verzerrten Schrei nach Gebrauchswert, nach menschlichen Verkehrsverhältnissen, den Tauschwert-Stempel aufzudrücken. So verfügt das Kapital auch mit der Familie. Jede einzelne proletarische Eheschließung läßt sich nachzeichnen als Kampf zwischen der individuellen Utopie zweier Arbeiterindividuen auf der einen Seite und dem Wertgesetz auf der anderen; als ein Kampf, in dem die beiden vereinzeln Individuen mit Notwendigkeit

unterliegen müssen, um alsbald ihre beiderseitige Niederlage wechselseitig gegeneinander lebenslänglich auszutragen.

Der kollektive Zwang zur Gründung von Familien und der individuelle Familienzusammenhang werden im Kapitalismus hergestellt durch die übergreifenden Bedingun-

Die individuelle Utopie: Die Beiden nehmen sich vor, in "ihrer" Ehe aus den Gesetzen auszubrechen, die im Betrieb gelten. "Ihre" Kinder sollen es besser haben, als sie es hatten. Sie jedenfalls werden ihre Kinder nicht schlagen. Sie schwören sich Treue und glauben daran. Das Wertgesetz: Sie müssen heiraten. Nicht, weil ein Kind unterwegs ist. Das gehört einer vergangenen Unterdrückungsepoche an. Sondern zunächst ökonomisch: weil allein keiner hinkommt: Er weil er nichts zu ficken findet, weil das Leben als Jungeselle zu teuer ist. Sie: weil sie allein zu wenig verdient, weil sie nicht ein Leben lang arbeiten will. Und dann psychisch: Weil sie beide zu unentwickelt sind, als daß sie es allein aushielten, weil sie nicht darauf vorbereitet sind, in ihrer Elternfamilie, autonome Beziehungen zu wechselnden Personen aufzunehmen. Verkürzt: Weil ihre Eltern die Disposition zur Lohnarbeit so drauf haben, (inklusive der Erscheinungsformen von Arbeitsamkeit, Besitzerstolz, pathologischem Arbeitszwang als Triebabwehr usw.), daß sie ihren Kindern diese Disposition mit der schicksalhaften Notwendigkeit der Vereinzelteten weitergeben müssen, solange sie vereinzelt bleiben. Sie werden ihre Kinder schlagen müssen, weil Schichtarbeiter und Mitarbeit der Frau ihnen keine Zeit lassen, sich mit ihren Kindern zu beschäftigen usw. usw.

gen des Kaufs und Verkaufs der Ware Arbeitskraft. Bei diesen übergreifenden ökonomischen Bedingungen muß man das nackte ökonomische Moment (Reproduktion der Ware Arbeitskraft, die "allein" nicht hinhaut) von dem mehr vermittelten ökonomischen Moment (Disposition zur Lohnarbeit triebresultatmäßig zu verankern) unterscheiden. Beide Momente zusammen bilden aber erst einen Grund, warum der Familienzusammenhang immer Terrorzusammenhang ist. Der zweite Grund ist: In der Familie werden Bedürfnisse befriedigt und in sie werden andererseits Bedürfnisse eingebracht, bzw. in ihr geweckt, die in der Familie nicht realisierbar sind. Auch in der Familie dürfen alle Bedürfnisse nur realisiert werden, indem sie zuerst auf ihre Wertform gebracht werden. Bedürfnisse dürfen sich nur in der Form von

Tauschhandlungen erfüllen — also nicht erfüllen. Das ist die permanente Terrorfunktion der Familie: Menschen erst einmal lebensgeschichtlich so kaputt zu kriegen, daß sie zur Lohnarbeit disponibel sind = zu entfremdeter Arbeit fähig sind = nur noch zu verstümmelter Bedürfnisartikulation fähig sind und dann diese Disponibilität täglich wach zu halten, indem alle Bedürfnisse, die über sich selbst hinausweisen, immer wieder verstümmelt werden.

Wenn wir es schaffen werden, an die Stelle der hier gelieferten assoziativen Verknüpfungen eine systematische Ableitung zu setzen, dann wird klar werden, warum wir überhaupt untersuchen wollen: den Zusammenhang von Triebabwehr, Charakterstruktur und Arbeitsorganisation; die psychische Dimension der proletarischen Erziehung; die Funktion des Konsums als Statussymbol, als Ersatzbefriedigung; die spezifischen proletarischen Genußmittel wie Fernsehen, Urlaub, Alkohol und Sport; und warum wir in allen diesen Zusammenhängen die Spannung von Gebrauchswert-Utopien und Tauschwert-Versklavung herausarbeiten wollen.

Dieser zuletzt zusammengefaßte Terror nimmt mit sich entwickelndem Kapitalverhältnis verschiedene geschichtliche Gestalt an. Er beginnt als der Terror der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation, als "Auflösung des alten Familienwesens" (Marx) durch Feuer, Schwert und Arbeitshaus. Er erreicht dann seinen ersten Gipfelpunkt in der Ausbeutung der Eltern (Kap. 1, 514). Natürlich werden in der BRD auch heute noch mehr Kinder von ihren Eltern toteschlagen als Hunde und Katzen von denselben, aber diesmal als Herrchen und Frauchen auftretenden Eltern. Aber im Mittelpunkt des Familienterrors steht heute noch der seelische Terror. Nicht daß frühere Epochen der kapitalistischen Entwicklung seiner entbehrt hätten; er tritt nur heute so grandios in den Vordergrund, weil die Widersprüche zwischen den Verkehrsformen, an die die Familie gebunden ist, und den reell möglichen Verkehrsformen der Menschen untereinander so immens zugenommen haben — und weil alle Menschen dies wissen, aber als Vereinzeltete alle ihre psychische Kraft zur Abwehr dieses Wissens verwenden müssen. Und ebenso, weil der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen, die an die Familie gebunden sind und den über sie hinausdrängenden Bedürfnissen so immens zugenommen hat. Dieser Widerspruch drängt nach einer gewaltsamen Lösung —

die auch in der Familie immer wieder abgeblockt werden muß. Das ist der innerste Grund, warum sie zum zusätzlichen Krankheitsherd (neben der Arbeitsorganisation) für so viele neue Kulturelle Krankheiten wird (psychomatische Leiden, psychosexuelle Erkrankungen, Depressionen, Neurosen, Schizophrenien).

Wenn man diese Dimension akzeptiert, dann ist einem jede Möglichkeit versperrt, die Familie auf einen Mechanismus zu reduzieren, der die materielle Reproduktion der Ware Arbeitskraft zu gewährleisten hat. Oder aber: der Begriff "materiell" beginnt zu tanzen. Die Familie ist dann nämlich gleichzeitig jene Instanz, die die psychische Disposition zur Lohnarbeit lebensgeschichtlich verankert und täglich aktualisiert. Der Kern dieser Aktualisierung ist: die durch ihre Familien seelisch zusätzlich kaputtgemachten Typen (zusätzlich in Bezug auf den Arbeitstag) müssen die gesamte ihnen verbleibende psychische Energie zur Eindämmung ihrer Krankheiten verwenden und haben keine Energie mehr für den Kampf gegen die Lohnarbeit. Erst aufgrund einer solchen Ableitung können wir dann auch die Untersuchungsberichte begrifflich fassen, die in diese Richtung gehen, z.B. den Bericht über die beiden Typen, die zur Nachtschicht zwei Stunden vor Schichtbeginn kommen, weil sie es eben daheim nicht mehr aushalten.

Die inneren Widersprüche der proletarischen Familie

Wir haben jetzt die Einheit der Familie im Kapitalismus als Zusammenhang von Kapitalverwertung und lebendiger Arbeit herausgestellt und diese Einheit als vom Kapital diktierten Terrorzusammenhang bezeichnet. Dabei kann über der Bestimmung der Einheit leicht die Besonderheit verloren gehen, die sich daraus ergibt, daß die Familie auch ein politisches Instrument

zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft ist. "Irgendwie" muß dies sich im Resultat doch darin zeigen, daß die Familie des Lohnarbeiters eine andere ist, als die des Gymnasialprofessors, oder des höheren Angestellten oder gar des Topmanagers. Es kommt jetzt darauf an, dies "irgendwie" zu bestimmen, und zwar nicht nach der Art soziologischer Schichtungstheorien (Faktorenbündel aus Wohnlage und Geschlechtsgewohnheiten, Einkommen und Kohlehydratverbrauch) und auch nicht nur nach den schichtenspezifischen Theorien über Sozialisationsunterschiede, Geisteskrankheiten, Sprachentwicklung usw.

Wir müssen also die generellen Funktionen der Familie im Kapitalismus für die besonderen Lohnarbeiterkategorien bestimmen. Dabei können wir wiederum nicht von der Einheit der proletarischen Familie ausgehen. Vielmehr müssen wir auf der Grundlage der begrifflichen Einheit der Familie im Kapitalismus die Besonderheiten ihrer Erscheinungsformen studieren und herausarbeiten – nach der Art der Integration der Lohnarbeiter im Prozeß der materiellen Produktion, nach regionalen, ideologischen, altersmäßigen etc. Besonderheiten. Zu diesem Zweck müssen wir unter anderem das soziologische Einzelwissen über die Schichtung des Proletariats verwerten lernen (z.B. Untersuchungen über die berühmten Sprachbarrieren etc.). Erst auf der Grundlage der Ausbreitung der Vielfalt von Erscheinungsformen wird es möglich sein, zu einer wirklich konkreten Begrifflichkeit über die vereinheitlichenden Momente der proletarischen Familie zu gelangen.

Unser Interesse bei dieser Untersuchung ist klar. Wir wollen den vielen Familien-Monografien keine, diesmal historisch-materialistische, "wirkliche Monografie" entgegenhalten. Das müssen wir auch, weil wir sonst nie zu einer Anschauung über unseren Untersuchungsgegenstand gelangen können. Aber unser politisches Interesse ist in der Frage zusammengefaßt: Welche Rolle spielt sie für die Blockierung derselben? Das ist auch der Grund, warum wir uns entsprechend der politischen Konzentrierung unserer Untersuchung im Betrieb und entsprechend der Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD, in unserer Familienuntersuchung vorläufig auf den Teil der Lohnarbeiter konzentrieren werden, die in der Form der industriellen Großproduktion unter Kapital subsumiert sind. Es wird sich allerdings zeigen, daß es erst auf einem äußerst konkreten und direk-

ten Niveau der Untersuchung notwendig wird, zwischen der "Angestellten"-Familie und der "Arbeiter"-Familie zu unterscheiden, da wir mit dem Begriff der kleinbürgerlichen Familie überhaupt nichts anfangen können, und daß wir dem Begriff der "proletarischen Familie" allererst einen Inhalt geben müssen.

Der Frage nach der Rolle der Familie im Klassenkampf ist aber die andere Frage systematisch vorgelagert: Die Frage nach den inneren Widersprüchen, die sich daraus ergeben, daß das Kapital, entsprechend seinen voranschreitenden Verwertungsbedürfnissen, der Familie immer neue und sich ändernde Funktionen (=Erscheinungsformen der oben bestimmten Hauptfunktionen) zuweist und ihr traditionelle Funktionen raubt (z.B. Funktionswandel der väterlichen Autorität, größere "Permissivität" auch in der "Unterschichtfamilie, naturwüchsige Befreiung des weiblichen Körpers aus der direkten Knechtschaft etc.). Entsprechend unserer generellen Einschätzung der Familie als einer Institution des Kapitals sitzen wir ja nicht dem schönen Schein von "Funktionsverlust" der Familie auf, den allerlei soziologische Theorien, auch linke unter ihnen, verbreiten. Solchen Theorien liegen immer bürgerliche oder selbst vor- und frühbürgerliche – so bei Horkheimer und auch Marcuse – Ganzheitsvorstellungen der Familie zugrunde. Wir sagen ja gerade: Das Kapital gibt der Familie immer die Funktion, die es von ihr erfüllt haben möchte und von keiner anderen Einrichtung erfüllt bekommen kann. Von dieser Stelle wird der Mangel offenbar, daß ich zuwenig auf die psychischen Prinzipien und Gesetze eingegangen bin, die bei der individuellen Verankerung der "Disposition zur Lohnarbeit" vor sich gehen und aus Gründen der Entwicklung von Trieb und Bewußtsein beim kleinen Kind immer an die Eltern-Kind-Beziehung gebunden sind. Was auch erst den Materiel- len Begründungszusammenhang konstituiert, warum das Kapital die Familie niemals aufgeben kann – und entsprechend das theoretische Reflexionsniveau für den Zusammenhang von historischem Materialis und Psychoanalyse vorschreibt und konstituiert). Zurück zu dem Satz vor der Klammer; ein Beispiel: die Kiste mit den "außerfamilialen Sozialisationsagenturen" und dem "Funktionsverlust des Vaters" deutet nicht auf einen Funktionsverlust, sondern nur auf einen Funktionswandel, der den Gesetzmäßigkeiten neuer Anforderungen an die lebendige Arbeit folgt,

wenn das Kapital seine Selbstverwertungsinteressen auf neuer Stufenleiter organisiert. Die dabei entstehenden Übergangskrisen, wie am anschaulichsten die Jugendrevolte in den USA und der BRD, sind vom Kapital weder vorgeplant noch vorab einkalkuliert, können aber, wenn sie nicht an die Klassenkämpfe gebunden werden, integrativ zurückgebogen werden (wie die Youth Culture). Auf anderem Niveau der Klassenkämpfe und bei richtig bestimmter politischer Strategie können diese naturwüchsig entstehenden Übergangskrisen zum bedeutsamen Motor von Rebellionen werden und organisch mit den Klassenkämpfen verwachsen und in diese transformiert werden.

Allen diesen Konflikten und Funktionswandlungen der Familie im Kapitalismus liegen die jeweils fortschreitenden Anforderungen des Kapitals an die lebendige Arbeit zugrunde, wenn sich das Kapital auf neuer Stufenleiter, z.B. der Arbeitsorganisation, organisiert. Allen Erscheinungsformen solcher Konflikte und Widersprüche der Familie liegt zugrunde der Widerspruch von Tauschwert und Gebrauchswert, von den Bedürfnissen der Menschen und der Art, wie diese Bedürfnisse im Kapitalismus befriedigt oder unterdrückt werden müssen. Aber nicht alle neuen Bedürfnisse sind an sich fortschrittlich, zeigen an sich auf eine Entwicklung des Gebrauchswertbewußtseins. Der Kapitalismus blockiert und kanalisiert nicht nur die Bedürfnisbefriedigung; er lenkt auch die Entwicklung von Bedürfnissen in eine bestimmte, jeweils kapitaladäquate Richtung. Diese Richtung muß durchaus nicht die Möglichkeit der Gattungsentwicklung auf dem erreichten Stand der Naturbeherrschung zum Ausdruck bringen. Darum sind auch die Widersprüche und Konflikte in denen dieser Grundwiderspruch sich ausdrückt, nicht ansich fortschrittlich. Auch im Kegelclub-Geplärre proletarischer Ehegatten über ihre verschwindende Eheautorität drückt sich dieser Widerspruch aus, auch in der Selbsteinschätzung proletarischer Ehefrauen als Mitverdiener drückt sich dieser Widerspruch aus, nur eben auf eine Weise, die naturwüchsig und sich selber überlassen bleibend, einer in der politischen Reaktion als in revolutionären Kämpfen aufgehen wird. Es kommt darauf an, die fortschrittlichen Elemente dieser Widersprüche zu erkennen, agitatorisch herauszutreiben und sie zum geeigneten Zeitpunkt selbst zum Gegenstand des politischen Kampfes zu machen.

Reimut Reiche

Einsatzmöglichkeiten von Dienstwaffen. Plädoyer der Anklage.

Wir sprechen heute über den Einsatz und die Möglichkeiten der Schußwaffe. Nehmen Sie Platz.



Da gibt es zum Beispiel den - Hoppla! - unbeabsichtigt sich lösenden Schuß...



...oder den steil in die Luft abgegebenen Warnschuß, auch "fehlgegangener Warnschuß" genannt.



Der unglückliche Querschläger ist eine weitere Möglichkeit, aber viel zu unsicher



Ich persönlich ziehe da die Notwehr vor... § 53 StGB...



Im Zweifelsfall aber halten wir uns an die alte Regel: "Immer auf die Beine zielen!"



HOHES GERICHT! ALS ANKLAGEVERTRETER MUSS ICH AUF DER HÖCHSTSTRAFE BESTEHEN!



GEGEN SOLCHE VERBRECHERISCHEN ELEMENTE KANN MAN GAR NICHT HART GENUG SEIN!



FRÜHER HÄTTE MAN SO EINEN HINGERICHTET! ZACK - KOPF AB! ODER AUFGEKNÜPFT!



VIELLEICHT AUCH GERÄDERT ODER GEKREUZIGT, JE NACH LUST UND LAUNE!



ODER MAN HÄTTE IHN EINFACH ERSCHOSSEN! GENICKSCHUSS! PENG! PENG! PENG! PENG!



ÄHEM... ÄH... ICH... ICH... BEANTRAGE ALSO FÜR DEN ANGEKLAGTEN EINE LEBENS-LANGE GEFÄNGNIS-STRAFE.



G. Seyfried

Zur Rolle der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft.

Fortsetzung von Seite 1

wirbet, daß es nicht unnütz vertan werde... Daraus erscheint, daß das Weib erschaffen ist zur Haushaltung, der Mann aber zur Polizey, zu weltlichem Regiment, zu Kriegen und Gerichtshändeln, die verwalten und zu führen." (M. Luther, Tischreden). Das Weib liegt unten, es wird seit langem dazu abgerichtet. Ist immer greifbar, immer gebrauchsfähig, ist die Schwächere und ans Haus gefesselt. Dienen und der Zwang zu gefallen sind im weiblichen Leben verwandt, denn das Gefallen macht gleichfalls dienstbar." (E. Bloch) Frauen haben grundsätzlich einen Objektstatus. Sie haben gelernt sich über den Mann zu definieren, sich nach seinen Bedürfnissen auszurichten, um überhaupt eine günstige Lebenschance zu erreichen und um Anerkennung zu finden. "So werden all ihre Fähigkeiten als Mittel zum Zweck verkehrt." (RK-Papier) Ausgerichtet auf den Mann ist die Integration der Frau in die Gesellschaft nur durch die Erfüllungen der männlichen Normen möglich. D.h. konkret: nur durch den Mann und nur durch die Familie ist für die Frau Kommunikation mit anderen erreichbar. Und an diesem Zustand ändert auch die "Chancengleichheit" im Betrieb nichts. Denn alle Beziehungen der Menschen untereinander sind im Kapitalismus durch den Charakter ihrer Arbeit und durch den ihrer Verkehrsverhältnisse geprägt. Und das trifft besonders für Betrieb und Familie zu. Die Verkehrsverhältnisse der Menschen sind bestimmt vom Diktat des Kapitals. Sie sind entfremdet. Die Menschen verkehren nur über das Kapital miteinander. "Sie treten nicht zueinander in ein Verhältnis". (RK-Papier) Aus diesem Grund sind Erfahrungen von Kollektivität und Solidarität in den Betrieben, die gegen das Kapital gerichtet sind, noch lange nicht auf den Bereich der Familie übertragbar. Die Frau übernimmt die Aufgabe, das Leben außerhalb der Produktion zu organisieren. Sie wird für diese Aufgabe durch die Erziehung zur Frau vorbereitet. Die in diesem Bereich auftretenden Konflikte und Bedürfnisse sind deshalb keine Frauenprobleme. Auch wenn die Frau im Betrieb arbeitet, ist das Familienproblem primär ihr Problem. Dadurch bestimmen die Familienmitglieder ihre Bedürfnisse. Der Mann weiß am besten, was die Frau benötigt. "Ihr Wunsch nach erwachsenen Liebesbeziehungen verkehrt sich für sie dadurch zur Akzeptierung der Rolle als problemlose Geliebte oder als entsexualisierte Mutter". (Frauenpapier) Ihre Hauptaufgabe heißt: ständig neue Möglichkeiten

zur Reproduktion der Arbeitskraft anzubieten. Das bedeutet natürlich Selbstverzicht. "Die Angst der Frauen vor der Durchsetzung eigener Bedürfnisse gegen die Männer, ermöglicht die Unterdrückung dieser Bedürfnisse. Der Selbstverzicht der Frauen – als stets potente Geliebte wie als Mutter – wird schließlich von den Männern gratifiziert", (Frauenpapier) indem sie den Lohn nach Hause bringen usw. Die Frau ist käufliche Ware. "Das Weibliche ist danach die ichlose, gedächtnislose, treulose Geilheit schlechthin, die völlige Gegenrasse zu Jesus im Menschen oder der Reinheit." (E. Bloch) "Das Bedürfnis, selbst koitiert zu werden, ist das heftigste Bedürfnis der Frau... und das möglichst viel, von wem immer, wo immer, wann immer... Und diese Eigenschaft des Weibes, Gesandte, Mandatarin des Koitusgedankens zu sein, ist auch die einzige, welche in allen Lebensaltern da ist und selbst das Klimakterium überdauert: das alte Weib verkuppelt weiter, nicht mehr sich, sondern die anderen." (Weininger, Geschlecht und Charakter) Das Weibliche ist aber auch "der Zauber des Muttertums, der inmitten eines gewalt-erfüllten Lebens als das göttliche Prinzip der Liebe, der Einigung, des Friedens wirksam wird." (Bachofen, Vorrede zum Mutterrecht) Eine mit solchen Attributen belegte Ware "Frau" kann sich nur noch mit der Organisation des Haushalts identifizieren. Solange dieses traditionelle Rollenbild der Frau, das historisch aus der geschlechtlichen Arbeitsteilung resultiert, nicht zerstört wird, solange ist eine Veränderung der Beziehungen der Menschen untereinander nicht erfahrbar. Die Fraurolle ist das Produkt der Trennung von Intellekt und Emotionalität.

"Der Bezug auf die Männer hat aber auch bei den Frauen zur Herausbildung einer spezifischen sozialen Sensibilität geführt. Die Fähigkeit, sich in andere Menschen und Situationen einfühlen zu können, kann in dem Sinne auch positiv bewertet werden, als die mit der Fähigkeit zu emotionalen Kontakten überhaupt einhergeht." (RK) Nur mit Hilfe dieser Fähigkeit ist es der Frau überhaupt möglich, die Konflikte im Geschlechtsverhältnis mit dem Mann zu lösen. Er ist auf Grund seiner Sozialisation gar nicht mehr in der Lage, die Schwierigkeiten im emotionalen Bereich zu erkennen. Seine Emotionalität ist von einer bestimmten Ambivalenz geprägt. "Einerseits besteht entsprechend seiner Erziehung der Zwang, sich stets als stark, mutig, unverletzlich usw. darzustellen,

andererseits reproduzieren diese permanenten Überforderungen starke regressive Zärtlichkeitsbedürfnisse. Der Omnipotenzzwang und der Geborgenheitswunsch erschweren egalitäre Beziehungen, in denen Konflikte ausgetragen werden können." (RK) Der Mann wird dadurch in einer bestimmten Weise unangreifbar. Wer in einer solchen Beziehung nur über die Fähigkeit der Emotion verfügt, wird zum Spielball des "Überlegenen". Die Tatsache, die Fähigkeit, in sachlichen Diskussionen von sich selbst zu abstrahieren, nicht zu besitzen, läßt die Frau zum "Gebrauchsgegenstand" des Mannes werden. Die Frau steht nur noch zur Verfügung, wenn man mal abschalten, sich erholen und zerstreuen will. Sie ist Zerstreungsobjekt. Ihre Attribute sind: äußerliche Attraktivität, nett und verständnisvoll sein und immer brave und eifrige Aufmerksamkeit gegenüber dem Mann üben. Sie dient der Unterhaltung und nimmt den Platz von Fernsehen, Fußball usw. ein. Die Frau ist ein Schmuckstück. Gepaart mit etwas Intelligenz läßt es sich mit so einer Frau schon auskommen. In solch einer Situation ist natürlich an eine politische Selbstidentifikation der Frauen nicht zu denken. Sie identifizieren sich mit den männlichen Autoritäten, mit ihren Normen und Werten. Viel von dem, was aber als männliche Potenz, Identität angesehen und als erstrebenswert erachtet wird, ist Machtgefühl und Selbsterhöhung gegenüber der Frau. Dadurch enden die meisten Emanzipationsversuche der Frauen in der Selbstaufgabe als Frau. Zu beobachten sind solche Entwicklungen im Produktionsbereich. Die Forderung der Gewerkschaften nach Gleichberechtigung der Frau am Arbeitsplatz beinhaltet nur: die Frau soll an die beschissene Arbeitslage des Mannes herangeführt werden. Gleichberechtigung am Arbeitsplatz bedeutet aber noch nicht die Integration der Frau in die Gesellschaft. Sie bedeutet nur eine bessere Gratifikation für die Aufgabe von weiblichen Bedürfnissen. Sie meint die Neutralisierung der Frau. Gleiches gilt auch für die weiblichen Intellektuellen. Theoretische und politische Artikulationsfähigkeit heißt noch lange nicht Emanzipation. Beibehalten bleibt die Isolation der Frau von anderen Frauen. Bestehen bleibt das Konkurrenzverhalten der Frauen untereinander. "Gemeinsam ist beiden, daß man an sich selbst und an den anderen "Weiberverhalten" fürchtet und diffamiert." (RK) Trotz Verwissenschaftlichung und Technologisierung der Lebensbereiche sind ihre Be-

dürfnisse und ihr Bewußtsein weiterhin auf die Familie, auf ihre Rolle als Hausfrau, Mutter und Sexualobjekt ausgerichtet. Durch diese Rolle wird sie diszipliniert. Die Unterdrückung der Frau äußert sich in der Trennung von "öffentlichem" und "privatem" Leben und der damit verbundenen totalen Isolierung im Privatbereich. Die Isolation der Frau weist auf die Isolation der Familie in den neuen Wohnsilos am Rande der Städte hin. Die Kommunikation ist fast nur noch Rezeption der Angebote der Massenmedien. Die spärlich vorhandenen Elemente von Solidarität und Kommunikation sind kaum noch wahrzunehmen. Konkurrenz und Neid garantieren im Reproduktionsbereich für die oben beschriebenen Phänomene. Nur mit Hilfe der Frau, die das Leben außerhalb der Produktion organisiert, ist der Lebenszusammenhang als Einheit von Produktion und Reproduktion zu verstehen. Der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats muß daher im Zusammenhang mit dem Angriff auf das Geschlechterverhältnis sowohl im Produktions- als auch im Reproduktionsbereich geführt werden.

Die Veränderung der tradierten Frauenrolle können nur wir Frauen leisten. Dazu ist notwendig, die an männliche Normen gebundene politische Identität selbst umzuorientieren. Der Bezugsrahmen für diese Arbeit kann nur eine Frauengruppe sein. Hier sollten gegenseitige Identifikationen aufgebaut werden um schrittweise die eigene negative Einstellung zum eigenen Geschlecht ("Frauen sind sowieso blöd und bringen alleine nichts auf die Beine") abzubauen. Dieser Entwicklungsprozeß ist notwendiger Weise mit dem Erlernen von solidarischen Verhaltensweisen verbunden. Konkret bedeutet dies: eine Arbeitsweise entwickeln, die kollektive Lernprozesse ermöglicht. "Gleichzeitig ist das, was diesem Anspruch als verinnerlichte Zwänge immer wieder entgegensteht (unbedingte Sachlichkeit, vollkommene Abstraktion von der eigenen Person), mitzureflektieren und bewußt zu machen. Denn nur durch das ständige Miteinbeziehen von uns selbst, durch die Diskussion unseres Verhaltens zueinander, wird es überhaupt möglich sein, kollektives – d.h. herrschaftsfreies – Arbeiten zu erlernen. Wir müssen den Versuch unternehmen Intellekt und Emotionalität miteinander zu verbinden. Nur so besteht eine Möglichkeit eine größere Fähigkeit zu weniger autoritären, entfremdeten, zu menschenfreundlicheren Verhältnissen untereinander zu erlangen.

Wir müssen versuchen, unsere Phantasie gegenseitig weiterzuentwickeln, indem wir die noch unstrukturierten Gedanken anderer aufgreifen, sie damit zu unseren eigenen machen um uns ein Stück weiterzubringen. Dies kann nicht geschehen, indem wir jeden Ansatz gleich mit Etiketten wie "reformistisch", "dogmatistisch," "revisionistisch usw. versehen. Zunächst müssen wir einfach zu begreifen versuchen, was daran richtig sein könnte. "Denn derartige voreilige Bemerkungen verunsichern und machen nur unfähig, etwas Unfertiges überhaupt weiterzuentwickeln." (Frauenpapier) Unter diesen Bedingungen ist eine sinnvolle Kooperation mit den Männern erstrebenswert. Denn sie beinhalten nicht nur die Veränderung der Frauenrolle sondern auch die der Männer. Der Mann und die Familie sind für die Frauen nicht mehr die einzigen Mittel zur Kommunikation mit anderen Frauen. Die Frau tritt nicht mehr als isoliertes Wesen, vollkommen dem Mann ausgeliefert, dem Mann entgegen.

Konkret heißt das für "Stadtteilarbeit": Frauenzentren errichten, um den Frauen eine Möglichkeit zur Kommunikation zu bieten. Die Aufgabe der Zentren bestehen nicht darin, den Frauen und Müttern Tips für den Hausgebrauch mitzugeben, sondern mit ihnen über die Probleme zu sprechen und sie in den kollektiven Lernprozeß zu integrieren. Sie aus ihrer Isolation zu befreien und mit ihnen unsere gemeinsamen Interessen zu finden.

"Dabei ist unsere Aufgabe aus der Untersuchung im Produktions- und Reproduktionsbereich spezifische Formen von Agitation zu entwickeln, die an den auf verschiedene Weise erfahrenen Widersprüchen ansetzen. Es muß uns daher darum gehen, herauszufinden, wie das, was das Leben der proletarischen Frauen, das ihrer Kolleginnen, Freunde, Nachbarn etc. kaputt macht, erkannt und damit die Möglichkeit einer aktiven Wendung sichtbar wird. In ihr kann sich das Bewußtsein und Bedürfnis der proletarischen Frau ausbilden, ihr Leben mit anderen Frauen gemeinsam organisieren zu wollen, und sich den Kontrollen und täglichen Eingriffen von Seiten des Kapitals und seines Staates immer mehr zu entziehen durch einen Prozeß, der ihre eigene Subjektivität ausdrückt." (RK-Frauenpapier) Diese neue Rollendefinition muß fester Bestandteil in der Kinder- und Jugendarbeit sein. Hier kann die emanzipierte Frau Rollendispositionen verändern.

Eva Braun

Kurz vor Weihnachten wurde die Arbeiterin Paula Weiß, die ihren sechsjährigen Sohn getötet hat zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Zur gleichen Zeit wurde der Tierarzt Horst Witte, der seine Geliebte erstochen hatte, freigesprochen. Gerechtigkeit, Zufall oder Schicksal? Der psychiatrische Sachverständige des Gerichts, das über Paula Weiß zu urteilen hatte, spricht allerdings von "Lebensschicksal", als sei das, was geschehen ist und was diesem Geschehen vorausging, gottgewollt und unabänderlich, als hätte Paula Weiß sich mit dem, was ihr widerfuhr und was sie getan hat, abzufinden und gleichzeitig dafür zu büßen. Dieser bürgerliche "Sachverständige" Dr. Spengler hält dieses "Lebensschicksal" der Arbeiterfrau Paula Weiß für "anlagebedingt". Mit diesem Klassenvorurteil aus der Mottenkiste der bürgerlichen Ideologie erweckt dieser "Sachverständige" den Eindruck, als ließe sich diesem "Lebensschicksal" nur entgegenwirken, indem man Menschen mit derartigen "Anlagen", wenn schon nicht vergast, dann doch wenigstens lebenslang hinter Gittern verschwinden läßt.

Andererseits räumt Spengler ein, daß Paula Weiß' Tat "auch" aus ihrer "abnormen psychischen Persönlichkeitsformung" zu erklären sei, wobei eine "wesentliche" Rolle auch Milieueinflüsse gespielt hätten. So stellt er fest: Paula Weiß wurde von ihrem "primitiven" Vater häufig geprügelt und von ihrer Stiefmutter "ständig beschimpft und gedemütigt". "Elternliebe und Nestwärme" hätte sie nie gekannt. Zeitweilig lebte sie im Erziehungsheim. Resultat: gemütsarm, geistig beschränkt, unterentwickelte moralische Wertvorstellungen, infantile Abwehrreaktion und Abkapselung gegenüber der Umwelt. Begriffe, die der Sachverständige gebrauchte. Ihr "Liebesleben" verlief dann auch denkbar unglücklich. Der Vater des Kindes drohte mit einer Anzeige, wenn Paula Weiß das vor der Geburt noch uneheliche und unerwünschte Kind abtreiben lassen würde.

Diese Frau, die in einer unmenschlichen Umwelt aufgewachsen und von ihr geprägt ist, die als schlecht informierte und beschissen bezahlte Arbeiterin nicht die Möglichkeit hatte, ins Ausland zu fliegen oder über 1000 Mark auf den Tisch eines profitsüchtigen Arztes zu blättern, um das unerwünschte Kind – wie in Oberschichten üblich – unauffällig und gefahrlos abtreiben zu lassen, die einem beschissenen Mann ausgeliefert und von diesem "Geliebten" wegen der gewünschten Abtreibung mit Gesetz und Justiz bedroht und erpreßt wurde; diese Arbeiterfrau, die von Umwelt und Erziehung zum Totschlag am eigenen Kind programmiert wurde, wird von einer bürgerlichen Justiz, von einem Geschworenengericht aus Metzgermeistern, Beamten und Akademikern oder ähnlichen Leuten dazu verurteilt, den Rest ihres dürftigen Lebens in einem finsternen und stinkenden Loch von vielleicht sechs Quadratmetern zu verbringen.

In der Urteilsbegründung heißt es, Paula Weiß hätte ihr Kind abgeben können, an Verwandte oder an ein Heim. Wir fragen: an eine Stiefmutter, wie sie Paula Weiß erlebt hat? An ein Erziehungsheim, wie es Paula Weiß aus eigener Anschauung kennt? Wo wir alle – und vor allem das Gericht – wissen, daß ein außerordentlich hoher Anteil der Heimzöglinge später die Heime mit dem Knast vertauschen! Derart perverse Ratschläge kann nur die verkommene bürgerliche Justiz geben. Das ist Zynismus.

Paula Weiß tötete ihr Kind, weil sie Angst hatte, ihre erste und vielleicht einzige Chance ihres dürftigen Lebens zu verpassen, Liebe zu erfahren und weil sie nie gelernt hatte, diese Möglichkeit anders als durch Mord zu verwirklichen. Und sie tötete ihr Kind, weil sie Angst hatte, es könne nicht "clever" genug sein, sich in einer Umwelt durchzusetzen, die Paula Weiß nur als die kennt, die sie selbst erlebt hat. Das entschuldigt nicht die Tat, aber die Täter sind woanders zu suchen. Was Paula Weiß – wie jährlich viele andere Mütter hier in Berlin – tat, ist nichts anderes als der Ausdruck der Unmenschlichkeit dieses verkommenen bürgerlichen

Systems. Ingrid Kappes, die Paula Weiß geholfen haben soll, wurde wegen Begünstigung zu einem Jahr verknackt – mit dem Bedauern des Gerichts, daß das Gesetz eine höhere Strafe nicht zulasse und der Gesetzgeber (gemeint ist hier wohl die sozial-liberale Koalition!) die Höchststrafe für Begünstigung auf ein Jahr herabgesetzt hätte. Dazu der Tagesspiegel vom 23.12.: "...seit über hundert Jahren ist keine Änderung des in Paragraphen 257 des Strafgesetzbuches vorgeschriebenen Strafrahmens eingetreten". So gut wissen diese Richterschweine in ihren Gesetzbüchern bescheid!

Nun, der Vorsitzende dieses Schwurgerichts heißt Geus; er ist uns bekannt durch das Terrorurteil gegen den Genossen Kunzelmann.

Im März 1972 erstach der Tierarzt Horst Witte in Bonn mit 9 Messerstichen seine langjährige Geliebte. Er wurde vom Bonner Schwurgericht von der Anklage des Mordes freigesprochen und auf freien Fuß gesetzt. Begründung: Durch den vorausgegangenen Streit mit seiner Geliebten sei das Opfer an seinem Totschlag mitschuldig geworden und die Tat sei dem Angeklagten "völlig wesensfremd" gewesen.

Die Arbeiterfrau Paula Weiß, die kaum Fähigkeiten zu zwischenmenschlichen Beziehungen, zur Kommunikation, Liebe, Phantasie und zu intelligentem und rationalem Handeln entwickeln konnte, weil sie aus einem Loch in Wedding, Kreuzberg oder Neukölln stammt und nicht in Grunewald geboren wurde, die von unfähigen Leuten und im Heim "erzogen" wurde und nicht im Internat, die nach dem Urteil des psychiatrischen Sachverständigen "Anlage-" und Umweltgeschädigt ist von einer Umwelt, die sie sich nicht aussuchen konnte, die sie nicht verändern oder bewältigen konnte, weil das diesen Menschen aus dieser Umwelt nicht beigebracht wird (wo würde das auch hinführen!), diese Arbeiterfrau wird von einer bürgerlichen Justiz, die vor 30 Jahren Terrorurteile gegen Antifaschisten fällte und heute nazistische Massenmörder zu Bagatellstrafen verurteilt, lebenslänglich hinter Gitter gebracht. Der bürgerliche Tierarzt Horst Witte, akademischer Standesgenosse wie die, die über ihn zu Gericht sitzen, von dem wir aufgrund seiner Erziehung und seiner Umweltbedingungen, in denen er aufgewachsen ist und lebt und dem folg-

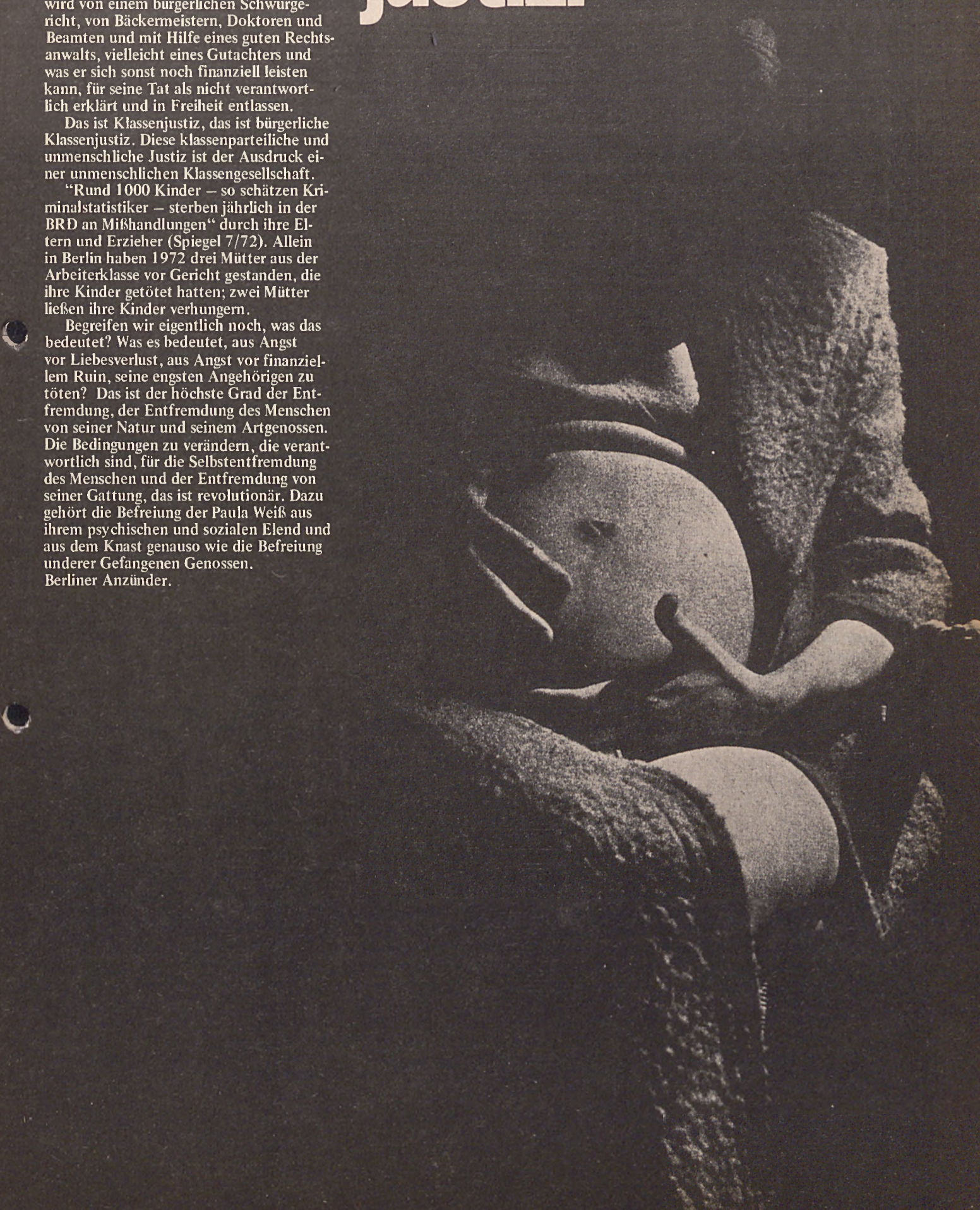
lich auch bescheinigt wird, daß der Totschlag an seiner Geliebten ihm "wesensfremd" sei; von dem wir erwarten können, daß er genügend Intelligenz entwickelt und gelernt hat, Konflikte rational zu lösen, spontan auftretende negative und "wesensfremde" Triebbedürfnisse wie Wut, Haß, Aggressionen als solche zu erkennen und sie zu beherrschen und zu steuern, wird von einem bürgerlichen Schwurgericht, von Bäckermeistern, Doktoren und Beamten und mit Hilfe eines guten Rechtsanwalts, vielleicht eines Gutachters und was er sich sonst noch finanziell leisten kann, für seine Tat als nicht verantwortlich erklärt und in Freiheit entlassen.

Das ist Klassenjustiz, das ist bürgerliche Klassenjustiz. Diese klassenparteiliche und unmenschliche Justiz ist der Ausdruck einer unmenschlichen Klassengesellschaft.

"Rund 1000 Kinder — so schätzen Kriminalstatistiker — sterben jährlich in der BRD an Mißhandlungen" durch ihre Eltern und Erzieher (Spiegel 7/72). Allein in Berlin haben 1972 drei Mütter aus der Arbeiterklasse vor Gericht gestanden, die ihre Kinder getötet hatten; zwei Mütter ließen ihre Kinder verhungern.

Begreifen wir eigentlich noch, was das bedeutet? Was es bedeutet, aus Angst vor Liebesverlust, aus Angst vor finanziellem Ruin, seine engsten Angehörigen zu töten? Das ist der höchste Grad der Entfremdung, der Entfremdung des Menschen von seiner Natur und seinem Artgenossen. Die Bedingungen zu verändern, die verantwortlich sind, für die Selbstentfremdung des Menschen und der Entfremdung von seiner Gattung, das ist revolutionär. Dazu gehört die Befreiung der Paula Weiß aus ihrem psychischen und sozialen Elend und aus dem Knast genauso wie die Befreiung underer Gefangenen Genossen. Berliner Anzünder.

Klassen-justiz.



Am 28./29. April fand in Frankfurt das dritte überregionale Seminar nichtdogmatischer sozialistischer Hochschulgruppen statt.

Thema des Seminars, zu dem etwa 450 Teilnehmer aus der gesamten Bundesrepublik anreisten, war "Das Verhältnis von persönlicher Emanzipation und politischer Arbeit".

Die verstärkte Wiederaufnahme der Emanzipationsdebatte scheint äußerlich eine Neuauflage von Diskussionen aus der Zeit der antiautoritären Studentenbewegung zu sein; dieser Vorwurf wurde auch sehr schnell von Gruppen wie KSV, KSB erhoben.

Tatsächlich aber sind es vor allem zwei Erfahrungen, die in die jetzige Diskussion eingegangen sind und sie von der Emanzipationsdebatte früherer Jahre unterscheidet: Zum einen die Erfahrung des Zerfalls der antiautoritären Bewegung als massenhafter politischer Kraft, zum anderen die Erfahrung des Scheiterns bestimmter "Befreiungsstrategien" die in den sechziger Jahren entwickelt wurden und die entweder, wie das SPK, von außen zerschlagen wurden oder – wie Sexpol u.ä. ihren eigenen Anspruch nicht einlösen konnten.

Hinter der Wiederaufnahme der Emanzipationsdebatte steht die Erfahrung der Zersplitterung der Studentenbewegung in Fraktionen und Zirkel, die Herausbildung zentralistischer Kaderorganisationen, in denen Fragen wie die nach den Möglichkeiten und Grenzen persönlicher Emanzipation in dieser Gesellschaft, entweder überhaupt nicht gestellt werden oder in die Zeit nach der Revolution verwiesen sind. Die Problematik des Auseinanderfallens von persönlicher Situation und politischer Praxis wird dort gleichzeitig aber durch die Möglichkeit der Integration in einen hierarchisch gegliederten Organisationszusammenhang "gelöst", wo die weiterbestehende Schwächen und die Bedürfnisstruktur des Einzelnen durch historisches Lametta aus vergangenen Zeiten der Arbeiterbewegung überdeckt werden.

Aber auch in den nichtdogmatischen, auch in den erklärt spontaneistischen Gruppen, wo die Sensibilität gegenüber autoritären Strukturen manchmal bis hin zur blinden Organisationsfeindlichkeit fetischisiert wird, auch dort zeigt sich immer wieder, wie wenig doch die persönlichen Bedingungen in die politische Arbeit eingehen, wie man in eigenartiger Bewußtseinsspaltung für politische Inhalte ficht, die man kaum oder nicht, jedenfalls nicht systematisch mit der persönlichen Situation und den eigenen Bedürfnissen vermitteln kann.

Die zentrale Problemstellung des Seminars könnte mit folgenden Fragen umrissen werden:

– wie nehmen wir den bestehenden Widerspruch zwischen unseren Emanzipationsbedürfnissen und den jetzigen Bedingungen politischer Praxis auf, damit aus die-

sem Widerspruch nicht mehr vornehmlich Resignation, Frustration und Dogmatismus folgen, sondern vielmehr Kräfte und Motivationen für die politische Arbeit freigesetzt werden?

– wie können wir in der politischen Arbeit, innerhalb der Bewegung neue sozialistische gesellschaftliche Formen und individuelle Verhaltensweisen entwickeln und einüben?

– wie können wir im politischen Prozeß der Selbstorganisation nicht nur ein Bewußtsein unserer eigenen Lage sondern auch ein Bewußtsein von den Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung erarbeiten?

– wie können die umfassenden Rechte und Möglichkeiten kollektiver und persönlicher Entfaltung, die die 'assoziierten Produzenten' im Sozialismus ausüben werden, bereits im Prozeß des Kampfes um seine Verwirklichung schrittweise erobert und eingeübt werden?

Zur Notwendigkeit der Emanzipationsdebatte

Die individuellen Konflikte, die individuellen Bedürfnisstrukturen können nicht folgenlos aus der politischen Arbeit ausgeklammert werden. Die Tatsache, daß wir alle unter strukturell ähnlichen Konflikten leiden, die Tatsache, daß wir aus einer bürgerlich-reaktionären Charakterstruktur heraus agieren, muß bewußt in die politische Arbeit hineingenommen werden. Denn sonst bleibt die neurotische Psyche weiterhin ihren eigenen reaktionären Lösungsversuchen überlassen, erstarrt die politische Theorie zum Dogma, weil sie nur als Dogma eine von Zweifeln und Angst entlastende Ersatzidentität bietet. Die Struktur politischer Gruppen wird dann zur Herrschaftsstruktur, denn nur so repräsentiert sie die gewohnten bürgerlichen Angstabwehr-Rollen von Führern und Gefährten, Starken und Schwachen, Subjekten und Objekten; die Außengruppen werden zu Feindgruppen, denn nur so bilden sie eine geeignete Projektionsfläche, mit deren Hilfe die eigene Stabilität gewahrt werden kann.

Über die Notwendigkeit der systematischen Einbeziehung subjektiver Bestimmungen, individueller Bedürfnis- und Kon-

fliktstrukturen bestand kein Zweifel. Es ging um die Frage, wie sich die Emanzipationsfrage einzuordnen hat in die allgemeinen Aufgaben und Ziele sozialistischer Politik, um die Frage, wie das subjektive Emanzipationsinteresse begriffen werden muß, um nicht in den Sackgassen irgendwelcher unpolitischer, praxisloser Heilslehren und kleinbürgerlichen Befriedigungsstrategien zu enden, sondern um als Motor zu dienen, der konsequent zum politischen Kampf führt. Die erste Aussage zu den angeschnittenen Fragen fand sich auf einer Wandzeitung, mit folgendem Text, die im Plenum aufgehängt wurde:

“Unser revolutionärer Kampf findet an zwei Fronten statt, an der subjektiven und an der objektiven. Die subjektive sind wir selbst, die objektive ist das Kapital. Wie können nicht Sozialisten sein, ohne uns im Klassenkampf mit der Arbeiterklasse zu verbünden. Wir können aber auch nicht Sozialisten sein, ohne unsere inneren Widersprüche zu entprivatisieren. Nicht das Leiden ist reaktionär, sondern die Privatisierung des Leidens. Nicht unsere Angst ist reaktionär, sondern die Angst vor der Angst. Ein Genosse, der noch seine Kräfte damit verschwendet, seine Angst zu verstecken, ist ein halbherziger Genosse. Emanzipation ist heute nicht die Befreiung aus der Angst, sondern die Befreiung aus der Privatheit. Der Sozialismus beginnt hier und jetzt“.

Diese Aussage war aber weniger Arbeitsergebnis des Seminars, als vielmehr Vorgabe eines kleinen Teilnehmerkreises.

Das Seminar stand vor der Schwierigkeit, daß eine Fülle von unterschiedlichen Vorstellungen und Begriffen von Emanzipation, politischer Praxis, Bedürfnisstruktur usw. eingebracht wurden. Diese Schwierigkeit bestand auch in den einzelnen Arbeitsgruppen, die sich zu folgenden Problemkreisen zusammenfanden:

1. Marxistischer Emanzipationsbegriff
Politischer und historischer Stellenwert emanzipatorischer Strategien
2. Was kann “persönliche Emanzipation” bedeuten unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft
3. Funktion und Grenzen der Psychologie/ Psychoanalyse in der marxistischen Emanzipationsdebatte
4. Verhältnis von Emanzipation und Organisation
5. Wie können konkrete emanzipatorische Ansätze z.B. in der Hochschulpolitik aussehen?
6. Problem der Aneignung von Theorie

7. Problem der Zweierbeziehung, Liebe, Ehe, Sexualität

8. Emanzipation der Frau

Die Gruppenbildung setzte sich selbständig, entsprechend der persönlichen Motivation der Teilnehmer fort, so daß zum Schluß 12 Arbeitsgruppen tagten.

Zum Ablauf des Seminars

Der Erste Tag war frustrierend. Nicht nur die Schwierigkeit der unterschiedlichen Vorverständnisse und Erwartungshaltungen, in vielen Arbeitsgruppen wurde geredet ohne zu kommunizieren, wurden abstrakte Plakate, Theorien ausgetauscht, die sich nicht mit den konkreten Erfahrungen und Bedürfnissen der Teilnehmer vermittelten. Das entsprach zwar der Ausgangssituation, war aber insbesondere schlimm für die, die den Widerspruch zwischen der starren, durch sie selbst mit erzeugten Atmosphäre und ihren Bedürfnissen und Erwartungen, derentwegen sie gekommen waren, nicht aushalten konnten. Ein Teil der frustrierten Teilnehmer war deshalb am Sonntag nicht mehr da. Sie hatten deshalb keine Chance zu erleben, wie eine so große Tagung mit ihren Problemen und Konflikten selbst fertig werden kann. Wozu waren die Genossen gekommen? Wollten sie ihre und unsere Probleme von außen (von wem?) lösen lassen? Diejenigen jedenfalls, die geblieben waren (ca. 350) machten einen wichtigen kollektiven Lernprozeß: daß nämlich dort, wo Frustration und Lähmung unerträglich werden, Gegenkräfte mobilisiert werden, kollektive Veränderung erfolgt und daß es deshalb notwendig ist, Frustrationen nicht auszuweichen, sondern sie zu verarbeiten, durch sie hindurchzugehen.

Auf dem Samstagabendplenum spitzte sich die allgemeine Frustration und Gereiztheit so zu, daß die Sitzung beinahe abgebrochen worden wäre. Eine Wendung trat ein, als aus dem Plenum heraus die Disziplinlosigkeit und Rücksichtslosigkeit einiger ironischer Zwischenrufer kritisiert wurde, als diskutiert wurde, warum die Situation so schwierig war und daß die Lösung eine gemeinsame Aufgabe bedeutete. Die einzelnen Gruppensprecher erhielten jetzt soviel Aufmerksamkeit und solidarische

Unterstützung, daß es sogar möglich wurde, auf die verzerrende Mikrofonanlage zu verzichten. Es war ein wichtiges Erlebnis, nach dem allgemeinen Chaos jetzt die Erfahrung zu machen, vor mehreren hundert Leuten ohne die Gewalt des Mikrophons reden zu können.

Abends wurde gemeinsam gegessen, getanzt; erst individuell-ästhetisch, dann kollektiv-archaisch. Gemeinsamkeit stellte sich ein; ein wichtiger Schritt zur emotionalen Kollektivität.

Am Sonntag wurde in den Gruppen intensiv gearbeitet und das Schlußplenum machte selbst hartgesottene Teach-in-Besuchern deutlich, daß die politische Diskussion auch bei einer großen Anzahl von Teilnehmern sich nicht notwendig im Ableiern langer, abstrakt-theoretischer Beiträge vollziehen muß. Es war möglich, die inhaltlichen Ergebnisse der Arbeit der einzelnen Gruppen vermittelt über die individuellen Eindrücke und Probleme der einzelnen Teilnehmer darzustellen und zu diskutieren und trotzdem nicht eine Reihe von unzusammenhängenden Einzelerfahrungen und Einzelergebnissen zu liefern, sondern Übergreifendes, Allgemeines, Allen-Gemeinsames, und das trotz unterschiedlicher Ausgangssituationen. Individuelle Konflikt- und Bedürfnisstrukturen wurden nicht mehr nur als destruiierend und trennend für die politische Praxis erkannt, sondern gerade als Gemeinsames, als Verbindungsglied zu gemeinsamer solidarischer politischer Arbeit, zu politischer Arbeit als emanzipativer Praxis.

Theorie und Praxis

Erst in einem solchen Kontext gewinnen Begriffe wie politische Arbeit, Solidarität usw. ihren vollen Sinngehalt. Sowohl politische Praxis als auch die Bearbeitung meiner individuellen Schwierigkeit, ist nur im Zusammenhang mit anderen möglich, d.h. ich brauche die anderen. Um bestimmen zu können, welche Bedeutung die anderen für mich haben, um bestimmen zu können, was in diesem Zusammenhang politische Arbeit (für was?) und persönliche Emanzipation (von was, für was?) heißt, muß ich erkennen, wie sie mit meiner Sozialisation, dem sozialen Bereich, in dem ich arbeite und mich bewege, kurz, wie

sie mit diesem Gesellschaftssystem zusammenhängen.

Dabei muß reflektiert werden, daß Wesen und Erscheinung der Bedürfnisse auseinanderfallen und daß es gilt, nicht nur die wesentlichen Bedürfnisse zu erkennen, nicht nur hinter die Masken und Verkleidungen pervertierter Wünsche und Bedürfnisse zu kommen, sondern daß es gilt, die gesellschaftlichen Ursachen dieser Bedürfnisverkehrung zu erkennen, um hier, an den Ursachen, Veränderungen zu bewirken.

Von diesem Punkt aus stellt sich die Notwendigkeit theoretischer Arbeit. Das Bedürfnis nach Theorie kann nicht abstrakt vermittelt werden, sondern muß aus der Praxis kommen; aus einer Praxis, in der der Widerspruch von "persönlichen" und "politischen" Interessen nicht ausgeklammert sondern zur Aufhebung gestellt ist. Theoriebildung ist in dem Maße sinnvoll, wie man sich praktisch verhält. Von einem solchen Ausgangspunkt theoretischer Arbeit her, aus eigenem Begreifen der Notwendigkeit, wären auch Bedingungen dafür gegeben, die äußerliche Fremdheit der

Theorie zu überwinden, aus ihr persönliche Verbindlichkeiten von lebensperspektivischer Qualität zu gewinnen, die Basis dafür, daß politische Arbeit nicht mehr nur ein zeitlich begrenztes Engagement während des Studiums ist. Theorie, praktische Wissenschaft wäre nicht mehr nur eine Leidenschaft des Kopfes, sondern der Kopf der Leidenschaften.

In diesem Sinne stellt sich für die nicht-dogmatische Linke – die um ein vielfaches größer ist als die dogmatische – die Aufgabe, sich nach den Jahren der Erfahrung des Auseinanderfallens von Theorie und Praxis endlich nicht mehr nur negativ abzugrenzen, sondern positiv zu definieren, um eine Alternative zu den Dogmatikern und Sektierern zu bilden.

Dieser Bericht kann nicht den Anspruch erheben, Ablauf und Ergebnisse des Frankfurter Seminars adäquat wieder zugeben. Es sollten einige zentrale Aspekte hervorgehoben, zur Diskussion gestellt werden, es sollte zur Mitarbeit an der "positiven Alternative" aufgefordert werden. Das Frankfurter Seminar geht weiter, wichtige Probleme stehen noch an.

Zum Beispiel die erst andiskutierter Fragen nach dem Verhältnis von Gesamtinteresse und individuellem Interesse, nach dem Verhältnis von Bedürfnisbefriedigung und notwendigem Bedürfnisverzicht, Fragen zum Problem der Identitätsfindung, zu der Gefahr, daß unter dem politischen Gruppendruck individuell-notwendige Stufen der Identitätsfindung übersprungen werden und man mit einer geliehenen, mit einer abguckten Pseudo-Identität durch die Landschaft läuft. Das Organisationsproblem ist ungelöst. Wie sollen wir die aufnehmen, die zu uns stoßen? Wie müssen die organisatorischen Bedingungen sein, damit unsere politische Arbeit stark, effektiv ist, andererseits aber keine neuen unlegitimierten Herrschaftsstrukturen aufgebaut werden?

Das Frankfurter Seminar war ein wichtiger Schritt, wenn auch im wesentlichen erst Problemstellungen, oftmals auch erst Problembewußtsein erarbeitet wurde. Die genannten Fragen sind zur Aufgabe gestellt, die Lösung wird im politischen Prozeß, im politischen Kampf erfolgen.

Heinz Funke

Buch

laden
Verlag 2000

Frankfurt
Jügelstraße 1
(Studentenhaus)

Studienliteratur
linke Verlagsprogramme

(nicht vorrätige Bücher
besorgen wir)

Die Rolle des SHB bei den AStA-Verhandlungen.

Seit 1969 war der ehemalige SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund) maßgebend an den jeweiligen Asten beteiligt, praktisch hat der SHB die Politik des AStA allein getragen. In dieser Zeit kam es zu teilweise wesentlichen Korrekturen im politischen Selbstverständnis des alten SHB, dies überraschenderweise auf der Basis einer relativ stabilen personellen Kontinuität in der Gruppe. Dies ist nur verständlich, wenn man weiß, daß kollektive Lernprozesse in einer kleinen Gruppe mit einem überproportionalen hochschulpolitischen Aufgabenkatalog, weniger Produkt abgehobener intellektueller Liniendiskussionen sind als das Produkt praktischer hochschulpolitischer Erfahrungen der einzelnen Gruppenmitglieder.

1970 vertrat der SHB vergrößerte Mitbestimmungsforderungen, zielgerichtet auf eine Demokratisierung der Universität, die "studentischen Interessen" sollten in möglichst paritätischen Gremien der universitären Selbstverwaltung so vertreten werden, daß sie gegenüber einer technokratischen Hochschulformierung antikapitalistische Qualität gewinnen würden. Die praktische Erfahrung in der Gremienarbeit veranlaßte den alten SHB im Laufe der Zeit zu einem radikalen Bruch mit dem reformistischen Interessenvertretungsmodell. Es wurde zunehmend klar, daß weder der kapitalistische "Reform" zugriff über Gremienarbeit ernsthaft zu dysfunktionalisieren ist, noch daß studentische Interessen schlechthin und nur mit dem Hinweis auf die lohnabhängige Perspektive von Studenten begründet, antikapitalistisch sind. Die Folgerungen liegen auf der Hand: zukünftige Konflikte bei der Durchsetzung der kapitalistischen Hochschulreform ergeben sich dort, wo sie unmittelbar durchgesetzt werden müssen, im Fachbereich. Studienzeitbegrenzung, interner Numerus Clausus, Verschulung der Studieninhalte bei gleichzeitiger Verschlechterung der materiellen Studienbedingungen werden ihre spontane Antwort in Fachbereichskonflikten erhalten. Gremienarbeit, Arbeit im AStA, muß zu diesen Konflikten in funktioneller Beziehung stehen; funktionalisierbar für Gruppen, die diese Konflikte tragen.

Die politischen Folgerungen hatten ihre organisatorische Konsequenz; die gesamte Frankfurter SHB-Gruppe gründete zusammen mit anderen örtlichen Gruppen den Sozialistischen Hochschulbund (SHB/SF), da schon in Folge der vollständigen inhaltlichen Konvergenz der Mehrzahl der SHB-Gruppen mit dem MSB-Spartakus eine

Weiterführung der Diskussion um die inhaltlichen Positionen des SHB ohne Plazet des Spartakus nicht mehr möglich war.

In Frankfurt entstand auf diese Weise die Marktlücke Sozialdemokratischer Hochschulbund, die dann, noch rechtzeitig vor den letzten Studentenparlamentswahlen aufgefüllt wurde: Unter der Flagge des SHB segelte jetzt eine Gruppe von DKP-Sympathisanten bei den Jusos.

Als SHB trat eine Gruppe auf, deren einzige Funktion es war, Teil des traditionellen SHB-Wählerpotentials mit Hilfe der Symbole SHB für die Spartakus-Strategie der "Gewerkschaftlichen Orientierung" zu mobilisieren. Mit der Symbolik SHB wäre aber gerade nicht mehr die hochschulpolitische Dynamik, die mit dem alten SHB verbunden war, abgedeckt, sondern gerade das Gegenteil, der Rückgriff auf die alte Mitbestimmungskonzeption unter dem veränderten Plakat "gewerkschaftliche Orientierung".

Man kann es drehen und wenden wie man will: Das Auftauchen eines neuen SHB war politisch ein Rückschritt und taktisch als Betrugsmanöver angelegt.

Da sich der KSV (inzwischen KSB) vor den Wahlen immer mehr als unfähig erwies, seine AStA-Präsenz in praktische Hochschulpolitik umzusetzen und sich stattdessen in eine schulmeisterische Interpretationsrolle verstieg, liegt die Deutung des Wahlergebnisses auf der Hand. Die Mehrheit der KSV-Wähler waren enttäuscht scharenweise zum SHB/SF übergelaufen; ein Großteil der alten SHB-Wähler hatte wieder SHB gewählt, weil sie schon immer SHB gewählt haben. Das Täuschungsmanöver hatte seinen partiellen Erfolg (partiell, weil es dem neuen SHB wider eigenem Erwarten nicht gelang, die stärkste linke Gruppierung zu werden.) Zahlenmäßig mußte folglich ein etwas stärkerer SHB/SF mit dem SHB koalieren!

Eingangs der Verhandlungen wurde der SHB seiner U-Boot-Rolle gerecht: der SHB weigerte sich, ohne Spartakus Koalitionsverhandlungen überhaupt erst anzufangen. Für den SHB/SF bestand dazu überhaupt keine Notwendigkeit, quantitativ genügte eine SHB-SF / SHB Koalition und warum sollte er freiwillig Mehrheitspositionen im AStA räumen (SHB/SF ist bei den Stupa-Wahlen knapp als stärkste Fraktion hervorgegangen).

Nächster Schritt war der Austausch seitenlanger, zudem überflüssigerweise jeweils noch vom KSB (vormals KSV) onkelhaft interpretierter Papiere. Sicher ist, daß die

Vorlage der Papiere weniger die Verhandlungen weiterbrachte als die Außenlegitimation absichern sollte. Im öffentlichen Wettstreit, wer zuerst die dicksten Papiere vorgelegt hat, hob sich der SHB/SF allerdings nur wenig vom SHB/MSB ab. Zwischenzeitlich waren einige SHB-Mitglieder ihre Bauchrednerrolle leid und gingen konsequenterweise gleich zum MSB. Spätestens zu diesem Zeitpunkt, als sich der Unterschied zwischen SHB und MSB auch noch personell verwischte, hätten die Koalitionsverhandlungen abgebrochen werden müssen. Der Grund für diesen Fehler des SHB/SF ist in einem realen Dilemma zu finden: man mußte befürchten, daß die Koalitionsunfähigkeit der parlamentarisch stärksten linken Gruppen den Rechten Stimmengewinne von frustrierten Pendlern einbringen würde. Objektivweise rechtfertigt dies allerdings nicht das monatelange hin- und-her-Geramsche zwischen SHB und SHB/SF.

Unabhängig und glücklicherweise unberührt von dem Koalitionsgefeilsche (SHB: Im Koalitionspapier sollte das Wort "gewerkschaftliche Orientierung" genauso oft auftauchen wie "antikapitalistische Studentenbewegung") hatte der AStA praktisch gearbeitet. Er hatte sich in den Konflikt um die vom Land intendierte Auflösung der Stiftung Studentenhaus eingeschaltet, ein nützliches Erstsemesterinfo produziert u.s.w.

Die Unlösbarkeit der Koalitionsfrage wurde allerdings in der Frage des Häuserkampfes schlagartig klar: Während der AStA über den SHB/SF sein politisches und technisches Potential im Häuserkampf einsetzte, hatte der SHB, übrigens ähnlich dem KSB, KSV etc. nur Belehrungen übrig. Genau an diesem Punkt wurde praktisch, was sich in den Verhandlungen als Präambelstreit dargestellt hatte: die völlig unterschiedliche Interpretation der Funktion des AStA, praktische Unterstützung arbeitender Gruppen durch den AStA versus Interessenvertretung in Gremien bestenfalls auf Sternmärschen nach Abklärung durch den Spartakus, was "studentische Interessen" sind oder nicht sind. Für Bewegung an der Hochschule und darüberhinaus, die nicht gerade Produkt der eigenen organisatorischen Anstrengungen sind, hält man (das gilt ebenfalls gleichermaßen für SHB, MSB und KSV, KSB auf der anderen Seite) noch immer eine Schublade des kleinbürgerlichen Radikalismus bereit und bereichert den Kampf allenfalls durch überaus kluge Belehrungen.

W. Scholem

Unser Hungerstreik im Januar/Februar war erfolglos. Die Zusagen der Bundesanwaltschaft zur Aufhebung unserer Isolation waren Dreck. Wir befinden uns wieder im Hungerstreik. Wir verlangen:

Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen!

Freie politische Information für alle Gefangenen – auch aus ausserparlamentarischen Medien!

Nicht mehr – nicht weniger. Jetzt. Mit der schmierigen Tour: Ruhig Blut – die Zeit arbeitet für dich, lassen wir uns nicht einseifen. Friß Vogel oder stirb! ist das Gesetz des Systems. Nach ihm wird Profit gemacht. Jedes Kind, jede Frau, jeder Mann bedroht, eingeschüchtert, gelähmt, zur Sau gemacht, läuft jede Alternative im System auf die Schweinerei raus: entweder zu den Bedingungen des Kapitals zu malochen: das Band frißt Menschen und spuckt Pro-

fit aus, das Büro frißt Menschen und spuckt Herrschaft aus, die Schule frißt Menschen und spuckt die Ware Arbeitskraft aus, die Hochschule frißt Menschen und spuckt Programmierer aus, Leistung, Leistung, Leistung...oder verhungern, ver lumpen, "Selbst"mord. Wer diese Alternative nicht frißt, nicht verinnerlicht, wer nach 10 oder 15 oder 20 Jahren Anpassungssozialisation an den Kapitalverwertungsprozeß immer noch Flausen im Kopf, Protest in der Schnauze, Wut im Bauch hat, das höllische Arbeitstempo nicht aushält, durchdreht, krank wird, statt den Chef seine Alte und seine Kinder verprügelt, eher selbst Räuber und zum Totschläger wird, als sich vom Gesetz der Räuber und Mörder ersticken zu lassen, (Springer macht 100 Millionen Reingewinn im Jahr!), oder gar Arbeitermachtideen entwickelt, Gegengewalt, revolutionäre Politik organisiert/macht – der wird

kriminalisiert oder ist eben verrückt. Den schnappen sich – seit Uropas Zeiten, den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft: Arbeitshaus, Armenanstalt, Knast, Erziehungsheim, Klapsmühle, Richter, Bullen, Ärzte, Psychiater, Pfaffen.

Wem sich die Verhältnisse des verdeckten Kriegs – Bourgeoisie gegen Volk – nicht als Natursache aufdrängen, als Sein, das sein muß – ab in die Mühlen des offenen Zwangs, die Gefangenenlager des Systems. Und drin nochmal die Rampe: der ist doch resozialisierbar, heißt: dem Kapitalverwertungsprozeß mit rausgeleiertem Rückgrad anpaßbar – die halbe Leiche – der nicht, der wird fertig gemacht, Knast/Tod. Dazwischen die Alibigefangenen des Systems: Wirtschaftsverbrecher und die paar verurteilten SS-Schweine.

Je stärker die Revolte im Volk, die Moral des Systems, sein Eigentumsbegriff im Arsch und die Krise aktuell, die Volks-

Politische Gefangene im Hungerstreik: Hungerstreik- erklärung.



bewaffnung nicht mehr Zukunftsmusik sondern schon reale, materielle Gegenwart, desto wichtiger werden die Knäste fürs System, dessen Rationalität immer darauf angewiesen war/ist, einen Teil des Proletariats offen zu terrorisieren, zu vernichten – im Extrem: Treblinka, Maidanek, Sobiborum – den Widerstand der großen Mehrheit des Volks gegen die Ausbeutung zu brechen – Knast und Vernichtungslager als vorletzte und letzte Maßnahme gegen jede Art von Widerstand – wie gekonnt, organisiert, bewußt auch immer.

So läuft's – und so läuft's auch. Bis jetzt. Denn die Schweine haben die Knäste fest in der Hand. Je mehr Reformen desto dichter das Knastsystem. Sie haben alle Mittel: Gewalt, Isolation, Verlegung, Bestechung, Privilegien, den halboffenen und offenen Vollzug, Zweidrittel, Spitzel, Folter, Gnade – und den geschlossenen Ap-

parat: Justiz/Polizei/Vollzug/Psychiatrie. Und die Medien (Zeitungen, Fernsehen, Funk): für mehr Effizienz; Mißstandssülze; für Wasserklosetts; gegen Vollzugspannen: Mord/Selbstmord; für weniger häßlichen Zwang: Prügel/Wasser und Brot/Fesselung/Beruhigungszelle; mehr heitere Gehirnwäsche: Psychiatrie/Therapiebullen/Valium; mehr gliitschige, sanfte, strukturelle Gewalt: dem Gefangenen noch den letzten Rest Boden unter den Füßen weggezogen (die Spazierhofgänge im Neubau in Frankfurt-Preungesheim im 5. und 7. Stock z.B.) – statt der häßlichen Schrei der Zusammengeschlagenen.

Der Humanismus der Schweine in einem Wort: Hygiene. Das Reformprogramm der Sozialdemokraten in einem Satz: Im-Keim-ersticken-der-Revoluten durch Differenzierung der Maßnahmen. Der politische Gefangene dadrin, nämlich der, der noch einen Willen hat, nämlich

Mensch zu sein – nicht Viehzeug, nicht elektronisch gesteuertes Huhn, nuckelndes Rabbit, nicht Arschkriecher, der die Unmenschlichkeit seiner Lage weiß als die Unmenschlichkeit des Systems, durchblickt, sich nicht vertieren läßt, Haß und Empörung noch fühlt, im Krieg aller gegen alle, Partei ist, gegen die Schweine, die Vollzugsmasken, die Sozialideologen, die Spritzer und Abspritzer, die grünen Faschisten, die Glauberechts und Jessels, der solidarisch handelt und solidarisches Handeln verlangt.

Der politische Gefangene wird isoliert, heißt; sozial ausgerottet. Ihm gegenüber schießt die ganze Justiz seit eh und je auf Menschenrecht und Grundgesetz – weil er nicht zu manipulieren ist, ohne Genickschuß nicht totzukriegen.

Denn Resozialisierung heißt Manipulation und Dressur. Man zwingt die dafür Selektierten, sich innerhalb eines einge-

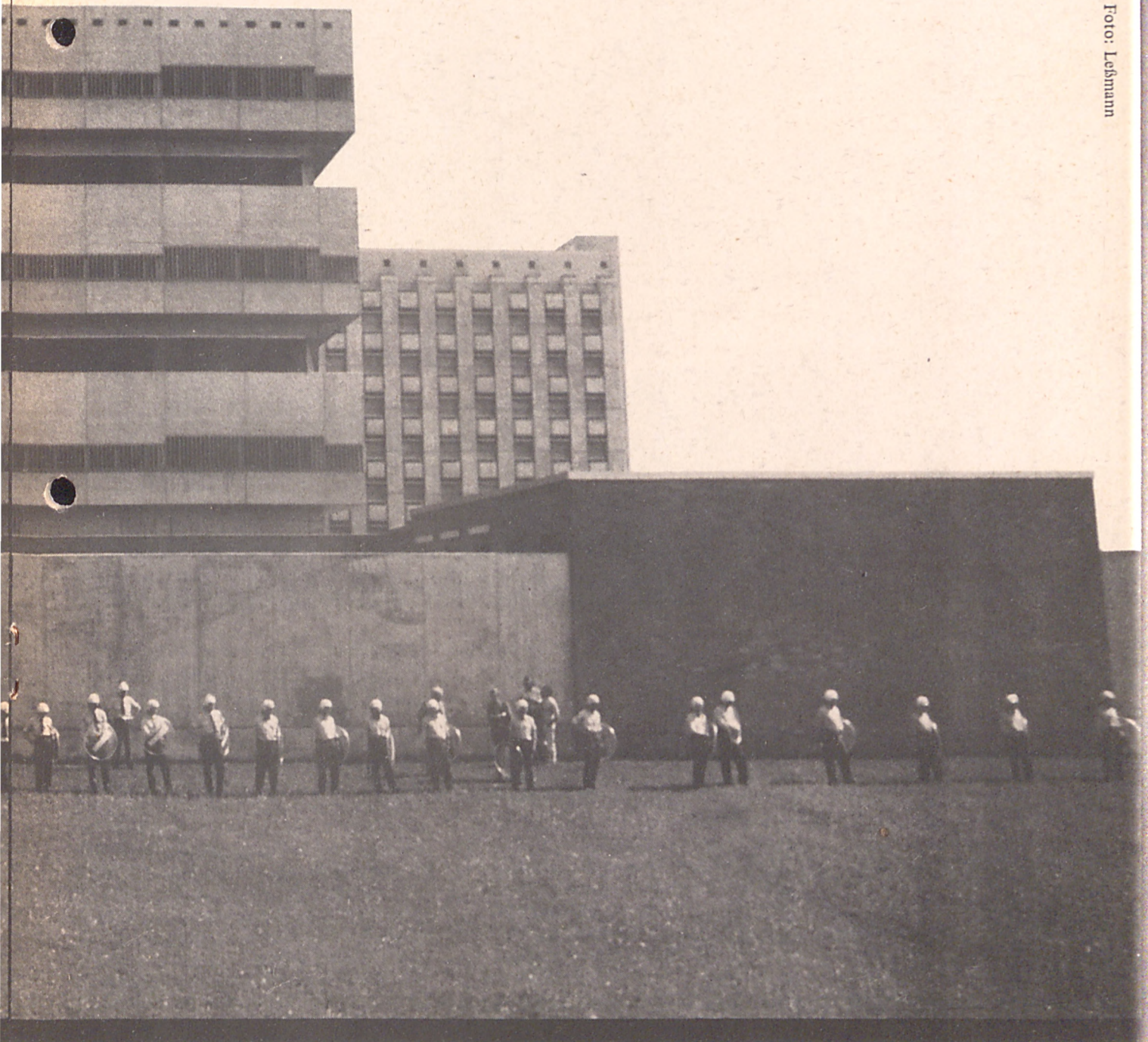


Foto: Lehmann

Demonstration am 26. Mai 1973
 gegen Folter in westdeutschen
 Gefängnissen und für die Freilassung
 der politischen Gefangenen.
 Neubau der Untersuchungsanstalt
 Frankfurt-Preungesheim.

Foto: Lehmann



zäunten Geländes aus Mauern, Bullen, Vorschriften, Zusagen, Drohungen, Ängsten, Hoffnungen, Entzug, bis sie die Schweinerei verinnerlicht haben und sich nicht mehr anders als wie hinter Gittern bewegen können. Das ist Dressur.

Die Mitarbeit des Gefangenen ist dabei geradezu erwünscht, gehört dazu – sie kürzt den Prozeß ab und macht ihn unumkehrbar. Denn eins verliert der Gefangene restlos dabei und soll er auch: Die Selbstachtung.

Das ist Manipulation. Je liberaler die Schweinerei gehandhabt wird, je unaufdringlicher, lockerer, netter, hinterhältiger, glitschiger, gemeiner, kurz: je psychologischer, desto effektiver und tiefer die Vernichtung der Persönlichkeit des Gefan-

genen. Seine innere Grenze hat das Ganze in Personalmangel und Finanzierungsschwierigkeiten.

Der Todfeind des Psychobullen ist der politische Gefangene, weil die Psychoschweine darauf angewiesen sind, daß die Gefangenen nicht durchblicken durch die Arzt- und Helfersmaske, hinter der das Würstchen sitzt, das Ferkel, der Verbrecher- und der politische Gefangene blickt durch.

Der springende Punkt im modernen Vollzug heißt: Politisierung oder Psychologisierung der Knäste – Isolation oder Integration der Politischen. Unsere Isolation jetzt und das Konzentrationslager demnächst – ob unter der Regie der grünen oder weißen Terrortrupps – kommt raus auf: Vernichtung. Vernichtungslager,

Reformtreblinka, Reformbuchenwald – die "Endlösung". So sieht's aus.

Wir verlangen freie politische Information für alle Gefangenen, weil das die Bedingung für Politisierung, Bewußtsein ist. Und wir verlangen jetzt nichts von dem, was sonst in den Knästen aktuell ist – tarifliche Bezahlung, Bildung/Ausbildung, Schutz der Familie, Selbstverwaltung usw., weil das ohne Gefangenenselbstorganisation Reformklimbim ist – integriert in Reformversprechen ist dem allen sofort die mobilisierende politisierende Luft raus – integriert in die Diktatur der Vollzugschweine kommt dabei Kraft durch Freude heraus. Was wir brauchen ist: die Solidarität der Politischen, nicht nur als Idee, sondern real.

Andreas Baader im Hungerstreik.

Unser Hungerstreik ist dabei nichts als unsere einzige Möglichkeit zu solidarischem Widerstand in der Isolation. Ohne die Macht, die Gewalt der StraÙe, ohne die Mobilisierung der antifaschistischen Bürger, die für die Menschenrechte und gegen Folter eintreten, auf deren einigermaßen Loyalität die Schweine doch angewiesen sind – hebt unser Hungerstreik unsere Ohnmacht nicht auf.

Wir wenden uns also mit Forderungen an Euch, Genossen, und nicht primär an die Adresse der Schweine. Denen ist das schließlich nur recht, wenn einer dabei drauf geht. Wir verlangen von Euch, unsere Forderungen zu unterstützen, durchzusetzen – jetzt – wo Ihr's noch könnt, bevor Ihr selbst die Gefangenen seid.

Und nur von Folter reden, Genossen, statt sie zu bekämpfen, kann schon nicht mehr unser/Euer Interesse sein, hieÙe: der Abschreckungsfunktion der Schweinerei noch auf die Beine helfen.

Eure Aktionen im Januar/Februar – Demonstration in Karlsruhe, Jessel zusammengeschlagen, Go-in beim Norddeutschen Rundfunk und ein paar Justizschweinen, denen auch Steine in die Privatsphäre sehr gut. Kein Teach-in, kein Go-in beim Pen-Club, nichts bei der Schriftstellerwerkstatt, nichts an die Adressen der Kirchen, die auf Folter und Menschenrechtssachen inzwischen, wie man weiß, reagieren – keine Demonstration in Hamburg, München, Berlin, Frankfurt, Heidelberg, von mehr militanten Aktionen zu schweigen – sehr schlecht.

Konfrontieren wir die Schweine mit ihren eignen Gesetzen – reiben wir ihr den Widerspruch unter die Nase – zwischen dem, was sie näseln: Menschenschutz – und dem was sie machen: Vernichtung. Jede Minute auf Leben und Tod – wir oder sie – sie für sich oder wir für uns.

Am 22.2.73 gab Generalbundeschwein Martin bekannt, wie sie den Widerspruch nicht lösen sondern töten können: "Die Haftbedingungen werden der jeweiligen körperlichen und psychischen Lage der Gefangenen angepaÙt." Stimmt. Die Sauerstoffzufuhr wird automatisch geregelt. Fressen gibts dreimal am Tag und mit Verwandtenbesuchstatistik läÙt sich, wenn man vom absoluten Gefrierpunkt ausgeht, natürlich Sand in die Augen streuen. Die Sprechblase aus der letzten Instanz der Ausbeuterclique: Vernichtung. Das klärt auf. Das Programm läuft.

**Mehr als 60 politische Gefangene
im Hungerstreik.**

8. Mai 1973

Seit dem 8. Mai befindet sich Andreas Baader wegen "Isolierhaft in den Gefängnissen der Bundesrepublik" im Hungerstreik.

Der Trinkwasserentzug für den in der Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt inhaftierten Andreas Baader ist nach vier Tagen aufgehoben worden. Seine Rechtsanwälte teilten vor Journalisten in Frankfurt mit, ihr Mandant erhalte auf Anordnung des hessischen Justizministeriums seit 29. Mai, 14 Uhr, wieder die von ihm gewünschte Flüssigkeit.

Baader war das Wasser entzogen worden, weil sich nach Auffassung der Justizbehörden der menschliche Körper bei der bloßen Zufuhr von Wasser zwar über viele Monate am Leben halten könne, dabei jedoch irreparable Gewebe- und Organschäden aufträten. Eine andere Meinung dagegen äußerten Ärzte, die vom Frankfurter Anwaltskollektiv befragt wurden: Wasserentzug, so die Verteidiger, könne Nierenschäden bedingen.

Um diagnostizieren zu können, ob der Wasserentzug dem wegen "menschengefährdender Brandstiftung" in Schwalmstadt einsitzenden Baader gesundheitlich geschadet habe, beantragten die Rechtsan-

wälte, einen aus Heidelberg kommenden Arzt hinzuzuziehen. Nach der Zwangsernährung vom 22. Mai habe ihr Mandant „das letzte Vertrauen zu den Anstaltsärzten" verloren.

Wegen der Zwangsernährung, "die trotz Bereitschaft des Gefangenen zu freiwilliger Ernährung" erfolgt sei, hatten Baaders Anwälte strafrechtliche Schritte gegen den Anstaltsarzt Dr. Degenhardt aus Kassel sowie den Leiter des Gefängnisses, Metz, angekündigt. Auf die Vorwürfe, Baader werde "auch körperlich mit Methoden gefoltert, die den faschistischen Terrorregimes... abgesehen" seien, reagierte das hessische Justizministerium mit einer Verleumdungsklage.

Zu Presseberichten, nach denen Baader Hähnchenfleisch erbrochen habe, erklärte Rechtsanwalt Rupert von Plottnitz, ein Verteidiger des Kollektivs habe während eines zweieinhalbstündigen Besuchs in der Haftanstalt sein Mittagsbrot mit Baader geteilt. Die Anwälte betonten, der Hungerstreik sei ein demonstrativer Akt und "keine zweckfreie Selbstquälerei".

Während seiner Inhaftierung ist Andreas Baader nach Auskunft seiner Anwälte von 73 auf 56 Kilogramm abgemagert.

bockenheimer bücherwarte

direkt an der Universität:
Bockenheimer Landstraße 142a
Telefon 771088/89

Ihre Buchhandlung
für Universitätswissenschaften
bietet Ihnen auch ständig
neue Bücher aus dem Ausland
und aktuelle Literatur

diskus-interview mit Heinz Brandt

diskus:

In der Bundesrepublik ist in der letzten Zeit häufig der Vorwurf erhoben worden, Gefangene in den Haftanstalten würden gefoltert. Diese Vorwürfe wurden zuerst im Zusammenhang mit den extrem scharfen Isolierungsmaßnahmen an politischen Gefangenen laut. Außerdem häufen sich gerade in den letzten Monaten in deutschen Gefängnissen Todesfälle und Selbstmorde. Vereinzelt gab es Gefängnisaufstände gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen. Um diese Vorwürfe zu untersuchen, haben sich in mehreren westdeutschen Großstädten Komitees gebildet. Du hast eine Anzahl von Erfahrungen als politischer Gefangener in deutschen Gefängnissen gemacht, Was kannst du uns darüber sagen?

Heinz Brandt:

So kraß und paradox das zunächst klingt, meine Erfahrungen mit strenger, radikaler Isolierungshaft waren schlimmer, als meine Zeit im Nazi-Zuchthaus und im Nazi-KZ. Denn sowohl im Zuchthaus als auch im KZ hatte ich immerhin noch die Grundbedingungen menschlichen Lebens, nämlich die Kommunikation mit den Mithäftlingen, mit den Widerstandskämpfern, mit denen ich draußen gemeinsam gekämpft hatte. Ich war in den KZs Sachsenhausen, in Auschwitz und in Buchenwald. Ich will gerade über Auschwitz sprechen, weil ja Auschwitz auch ein Ausrottungs- und ein Vernichtungslager gewesen ist. Ich war aber unter Bedingungen eines Arbeitssklaven dort. Es gab in regelmäßigen Abständen Selektionen unter denen, die noch arbeitsfähig und damit lebensberechtigt waren. Andererseits waren wir aber in ständiger Gemeinschaft. Wir lebten in Blöcken zusammen und wir organisierten innerhalb des KZ den illegalen Widerstand. Nicht nur in schriftlichen und Mündlichen Absprachen, sondern es gelang uns sogar in Auschwitz, sozusagen aus der Hölle, Berichte über einen schwarzen Sender in Krakau über die Bedingungen in diesem KZ an die Außenwelt zu geben. Wir dürfen also nicht nur die unerhörte faschistisch-sadistische Mißhandlung in den KZs sehen, sondern auch die Möglichkeiten, die das KZ für den Widerstand und das gemeinsame Leben der Häftlinge bot, und damit für die elementaren Lebensbedürfnisse eines Menschen, der gesellschaftliches Lebewesen ist.



diskus:

Wie waren im Vergleich dazu die Bedingungen, die du in anderen Gefängnissen erfahren hast?

Heinz Brandt:

Meine persönlichen Erfahrungen beziehen sich auf meine radikale Isolierungshaft in der DDR. Es macht die Sache natürlich nicht besser, daß es ein sogenanntes sozialistisches Gefängnis war. Hier war ich von der Außenwelt und auch von der Innenwelt des Gefängnisses völlig isoliert. Ich konnte mit niemandem sprechen. In der Zelle war ich allein, in der sogenannten Freistunde im Freihof – immer wird da noch von Freiheit gesprochen – war ich allein und auch während der Arbeit, in der Arbeitszelle, war ich allein. Mit Menschen kam ich nur in der Form zusammen, daß mir der Wachhabende irgendein Kommando gab, Freistunde oder irgendein anderes Wort, denn da es sich um ein Schweigegefängnis handelte, sprachen diese Aufseher, diese Bediensteten der Bürokratie eine Säuglingssprache, wo ein Wort einen ganzen Satz beinhalten soll. Die Folge war, daß ich nur auf mich selbst angewiesen war, daß ich mich – und das ist das Paradoxe – in einem sogenannten sozialistischen Lande, in einem Land, das sich auf Karl Marx beruft – unter Haftbedingungen befand, die gerade Marx in seinen bekannten Ausführungen in der Heiligen Familie als völlig unmenschlich darstellt. Er

spricht dort von der Isolierhaft als Zellularhaft und weist nach – die selben Erfahrungen konnte ich machen –, daß unter den Bedingungen der völligen Isolierung von den Menschen, das Gefühl für den Unterschied von Wirklichkeit und Vorstellung langsam verloren geht, daß sozusagen die Ideen real und die Realitäten zu Halluzinationen werden.

diskus:

Wie hat sich im Verlauf deiner Isolierhaft dieser Realitätsverlust abgespielt und welche Möglichkeiten hast du entwickelt, auch dagegen noch Widerstand bei dir zu mobilisieren?

Heinz Brandt:

Zunächst einmal: Ich bin sozusagen ein gelernter Häftling. Ich habe immerhin zehn Jahre Nazihaft hinter mir gehabt, als ich viel später, 1961, in die dreijährige Isolierungshaft in die DDR gebracht wurde. Demzufolge verfügte ich über ein größeres Instrumentarium inneren geistigen Widerstands gegen die zermürbende Wirkung der Isolierhaft, gegen Identitäts- und Realitätsverlust. Was habe ich also getan? Erstens: Für mich – ich bin ja politischer Überzeugungstäter gewesen, unabhängig von den irren Delikten, die mir unterstellt worden sind – war das entscheidende, daß sich ein Isolierungshäftling nicht unterkriegen läßt von der Allgewalt, dem Moloch, in dem die Staatsgewalt – sei es die des Kapitals, sei es die der Bürokratie – dem Häftling als totales Unterdrückungsinstrument entgegen tritt. Er soll dort ausgelöscht, niedergewalzt, in das Gefühl völliger Ohnmacht versetzt werden, allein, völlig isoliert, verloren zu sein gegenüber der Allmacht der Staatsgewalt. Die Gewalt, die er nicht erfunden, sondern in Form des Käfigs, in den er gesperrt worden ist, vorgefunden hat. Das Gefühl also, nicht nur "Ich denke, also bin ich", sondern "Ich bin ein überzeugter Kämpfer gegen ein derartiges System, also bin ich" ist die erste Voraussetzung. Zweitens: Ich lebte also von der geistig-politischen Substanz. Die Bücher, die ich lesen konnte las ich natürlich auch in dem Zusammenhang meiner eigenen isolierten Existenz und identifizierte mich demzufolge vielmehr mit dem geistig politischen Prozeß, der aus einem solchen Buch sprach. Zum Beispiel gab es paradoxerweise in der Haftbibliothek im Zuchthaus Bautzen, in dem ich saß, ein Werk von Vera Figner, Nacht über Rußland. Ich halte das für eines der wichtig-

sten Werke für jeden politischen, insbesondere für jeden isolierten Häftling, weil genau beschrieben wird, wie man sich so gut es irgend geht gegen die Haft immun hält. Vera Figner, eine Anarchistin, die in das erfolgreiche Bombenattentat auf Zar Alexander II verwickelt war, befand sich in der Schlüsselburg im damaligen Petersburg. Sie hat zwanzig Jahre durchgehalten und es ist der Despotie nicht gelungen, sie als Individuum, als politische Kraft zu zerstören. Natürlich ist es besonders schwer, sich gegen die Grenzüberschreitung zwischen Realität und Vorstellung immun zu machen. Mir selbst ist es so gegangen, daß ich alle vier Wochen einen Zwanzigzeilenbrief nach Hause schreiben durfte, und ich habe mir natürlich jedes Wort überlegt, um zwischen den Zeilen möglichst viele Informationen zu geben. Nachher wußte ich aber gar nicht mehr genau, was habe ich schon geschrieben, was habe ich noch nicht geschrieben, ich habe mir so oft meinen Text überlegt, daß dann, als der Brief zu schreiben war, ich mich in eben diesem Zustand befand: Was habe ich nur gedacht und was habe ich schon getan. Ich will damit nur auf die Probleme hinweisen, zu denen – bei aller innerer Widerstandskraft – Isolierungshaft führt.

diskus:

Du bis ja wahrscheinlich auch zu Verhören geholt worden. Und da kommt ja gerade auch der problematische Punkt, daß, wenn man vorher ständig in der Isolierung war, natürlich ein starkes Kommunikationsbedürfnis hat. Wie kann man über diesen schwachen Punkt hinwegkommen?

Heinz Brandt:

Das ist genau die entscheidende Frage. Es wird durch die ständige, unmenschliche, widernatürliche Isolierung ein hochgradiger Sprechdruck, ein Kommunikationsdruck erzeugt. Es soll so etwas geschehen wie bei Münchhausen, der in ein eingefrorenes Posthorn hinein sang, aus dem beim Auftauen die Töne herauskamen. Einen solchen Auftauereffekt will man erzielen, auf ihn ist das Verhör abgestellt. Auf diesen Effekt ist die Isolierung abgestellt. Die erste Reaktion auf die Unmöglichkeit mit anderen zu sprechen, sind die Selbstgespräche. Die Selbstgespräche sind ein sehr wichtiges Hilfsmittel, wenn man sich vor Augenhält, daß es Selbstgespräche sind, nicht zu der weiteren Phase führt, daß man einen Dialog mit einer realistischen Person hält. Das sind dann schon Halluzinationen.

Eine solche Selbsthilfe ist also das Selbstgespräch. Dann ist es für den Fall, daß der echte Dialog eintreten sollte, von ganz gewaltiger Bedeutung, daß nicht mit den Verhören aus diesem Kommunikationsdruck heraus das "Singen" zustandekommt, daß man also immer wieder entgegen dem elementaren Bedürfnis zu sprechen sich vor Augenhält, mit welchen Mitteln dieses Bedürfnis erzielt wurde und welchem Zweck es dienen soll.

diskus:

Bei der gegenwärtigen Isolierungshaft, die heute in der Bundesrepublik auf politische Häftlinge angewandt wird, ist ja der Grad der Isolierung noch verschärft, d.h. daß häufig selbst der Hofgang wegfällt, daß vor den Fenstern Fliegengitter angebracht werden, sodaß der Blick auf jedes Stück Natur unmöglich wird, daß in den Arrestzellen die Häftlinge außer der Bibel nichts zu lesen haben, daß sie keine Möglichkeit zu schreiben haben, daß sie sehr selten oder nur sehr beschränkt Besuche empfangen können und daß heute in neuen Gefängnissen Sichtblenden angebracht sind, die jede Berührung mit der Umwelt unterbinden. Wie wirkt sich deiner Meinung nach diese Verschärfung aus?

Heinz Brandt:

Dazu möchte ich zunächst sagen, daß all diese Maßnahmen Formen psychischer Folter sind, nicht Folter im landläufigen Sinne der sadistischen Mißhandlung, der langwierig mißhandelnden Ermordung von Häftlingen, wie es zum Beispiel im griechischen und brasilianischen Foltersystem üblich ist. Hier handelt es sich um eine sublimale spezifische Form der psychischen Folter, das kann man ohne Übertreibung sagen. Ich hatte während meiner Haft immerhin die Möglichkeit isoliert zur Freistunde zu gehen und einen kärglichen Miniaturrest der Natur, den Himmel und die Pflanzen, zu sehen. Wenn auch das entzogen wird, wie beispielsweise durch die Zwischendecks, dann bedeutet dies einen radikalen Umweltentzug, Naturentzug. Das ist kriminell, das ist selbstverständlich ein Teil bewußter physischer Folter. Die Frage ist, was tun. Wenn auch Buchentzug angeordnet wird, dann muß man – um es grob zu sagen – versuchen im Geist und im Kopf seine eigenen Bücher zu schreiben, sich seine eigenen Hörspiele, Fernsehstücke zu erfinden, die Welt des Theaters, die Schauspieler und den Regisseur in den eigenen Kopf zu verlegen. Sichtblen-

den – die habe ich ebenfalls erlebt – bedeuten eben einen solchen Entzug elementarer optischer und akustischer Signale der Außenwelt. Naturentzug und Signalentzug bedeuten de facto den Menschen taub und blind zu machen. Diese Form der verschärften Isolierungshaft ist selbstverständlich gleichfalls Folter und ist damit kriminell.

diskus:

Würdest Du sagen, daß es schwieriger ist, der physischen oder der psychischen Folter zu widerstehen?

Heinz Brandt:

Ich glaube, das kann man allgemein nicht sagen. Es ist sehr unterschiedlich in der Wirkung und ich möchte noch einmal betonen, daß es in diesem Fall besonders darauf ankommt, ein gelernter Häftling zu sein, sich auf solche Situationen mindestens innerlich vorzubereiten, so leicht gesagt und so schwer getan dies auch sein mag. Man kann doch nur eine optimale Widerstandskraft, sei es gegen physische, sei es gegen psychische Folter entwickeln, wenn man sich vor Augen führt, was damit bezweckt ist, was der Klassenfeind erreichen will. Nur aus dem Gefühl heraus, ich bringe meinen maximalen inneren Widerstandswillen praktisch zum Ausdruck indem ich dem Folterknecht nicht den Triumph gönne, über mich zu siegen, ist es möglich, maximal der Folter, sei sie nun physisch oder psychisch, zu widerstehen.

diskus:

Die neueste Idee der Reformstrategen des Kapitals ist das neue Untersuchungsgefängnis in Preungesheim, die jetzt eröffnet wird, wo sozuwagen die Formen von Isolierungshaft, die bisher in anderen Haftanstalten mehr vereinzelt erprobt werden, zum perfekten System gemacht werden, ein Gefängnis also mit Arrestzellen auf jedem Stockwerk, mit eingebauten Sichtblenden vor den Fenstern und mit anderen Kleinigkeiten. Wie soll man sich zu solch einem Gefängnis verhalten.

Heinz Brandt:

Das ist kein Gefängnis für Rechtsbrecher, Kriminelle, wie immer man sie auch bezeichnen mag, sondern das ist ein Gefängnis, hergestellt von Kriminellen, einfach aufgrund dessen, was es darstellt, ist es an sich kriminell. Ich würde sagen, es müßte alles getan werden, um – ich sage ausdrücklich dieses furchtbare Wort – die "Inbetriebnahme" dieses Gebäudes zu verhindern.

Bürgerin

Der Protest der Kleinbürger

Ein Widerspruch verschärft sich: die Akkumulation des Kapitals zwingt zur Ver- ausgabung möglichst großer Teile gesell- schaftlicher Arbeitskraft in profitträchtigen Wachstumsindustrien und erhöht damit aber gleichzeitig die Belastung des Be- reichs der Nebenbedingungen der Produk- tion, darunter die Reproduktion der Ar- beitskraft. Die protestierenden Bürger finden ihre politische Bedeutung darin, während die Verteidigung eines bestimm- ten subjektiven Anspruchsniveaus im Re- produktionsbereich zum einen Forderun- gen nach Mitbestimmung in der Stadtpla- nung und äußerst beschränkte Ansätze von Selbstorganisation der Betroffenen zu entwickeln, zum anderen den genannten objektiven Widerspruch zu verschärfen, da die Fixierung eines bestimmten Anspruch- niveaus an Lebensbedingungen in den Städten heute erhöhte Realisierungsschwie- rigkeiten aufwirft.

Für die Verantwortlichen der Stadt da- gegen übernehmen sie die Funktion einer Frühwarnanlage für Planungsvorhaben und sorgen für stadtplanerische Lockerungs- übungen in Form von Konzessionen hier und da, liefern dem System Legitimationen für Ansprüche auf Bürgerbeteiligung und sogenannte "bürgernahe Verwaltung" und entlasten die Planungsbehörden zum Teil von Planungsaufgaben.

Seit Auslauf der Rekonstruktionsperio- de der 60er Jahre, wo das Ausschichten vorhandener Ressourcen der Nachkriegs- periode an seine Grenze stieß, wurde es zur dringlichen Aufgabe des Staates, die Infrastruktur auszubauen. Das bedeutet, daß Kommunalpolitik zur strategisch be- deutsamen Konfliktzone zwischen dem Staatsapparat und den Betroffenen seiner Maßnahmen wird, da die Gemeinden die bevölkerungsnächsten Infrastrukturinvesti-

tionen tätigen. Die Finanznot der Städte und ihre Abhängigkeit von Gewerbesteuer- einnahmen zwingen sie zu unpopulären Bauvorhaben. Aus diesem Grund erklärte die Frankfurter SPD in der zweiten Hälfte der 60er Jahre das Westend zum Cityer- weiterungsgebiet und leitete die Zerstö- rung dieses Wohngebiets ein, wogegen sich die Bewohner 69 in der Aktionsgemein- schaft Westend (AGW) zusammaten. Seitdem verbreitet sich in Frankfurt das Phänomen der Bürgerinitiativen.

Frankfurter Bürgerinitiativen

Die AGW ging aus einer Bürgerversamm- lung hervor und setzte sich für die Erhal- tung eine gesunden Wohnstruktur im West- end ein. Eingesetzt hat sie sich dann immer wieder gegen viele Bauprojekte, gegen Ab- rißgenehmigungen, Verwahrlosung und Verunreinigung des Westends, gegen das unzumutbare Parken von Autos auf den Gehwegen, für denkmalgeschützte Häuser und für die Erhaltung des Baubestands. In der Durchsetzung dieser vielen detailliert vorgetragenen Forderungen legte die AGW den Schwerpunkt auf Petitionen, Briefe, Eingaben an die Stadtverwaltung, Gesprä- che von Vorstandsabordnungen mit Ver- tretern der Stadt, Beteiligung an Bürger- versammlungen des Magistrats und Rund- schreiben, Flugzettel, offene Mitglieder- versammlungen. Mit der Zeit liefen der AGW einige hundert Mitglieder zu, die aber die Arbeit völlig dem Vorstand über- ließen und sich aufs Unterschreiben der Proteste beschränkten.

Die AGW versuchte sich auch mit Stras- senaktionen. Es kam zu zwei Demonstra- tionen im August 70 mit schwarzen Fah- nen gegen den Abriß von 50 Wohnungen und im Oktober ein Schweigemarsch zur Hauptwache gegen "Wohnraumvernich- tung, Mietwucher, Stadtbildvernichtung".

Die AGW hatte später sogar vor, ein Haus zu besetzen, fand aber nicht die geeigneten Mitglieder. Heute solidarisieren sie sich zumindest verbal mit den Hausbesetzern im Westend.

Die AGW hat erreicht, daß entgegen der ursprünglich drohenden völligen Zerstö- rung des Wohnraums im Westend in einem neuen Strukturplan das Westend gedrittelt wurde in Büro-, Misch- und Wohnzonen. Die AGW kennzeichnete das selbst als Kompromiß. Er sieht vor, daß das reine Wohngebiet von allen Seiten her an den großen Straßen mit Hochhäusern zuge- stellt wird.

Neben der AWG gibt es eine Reihe wei- terer Bürgerinitiativen die in Frankfurt von sich Reden machten. Ende 70 entstand eine Bürgerinitiative Zeil (BIZ), ins Leben gerufen von einer Reihe bekannter Archi- tekten, Soziologen und Stadtplanern, die sich in den Ideenwettbewerb zur Gestal- tung der Zeil einschalteten. Verhindern wollten sie den damals geplanten Autotun- nel auf der Zeil, der mit 600 Metern An- fahrtsrampe für 300 Meter Tunnel den Fußgängern die Zeil genommen hätte. Sie veranstalteten im Volksbildungsheim einen gut besuchten Informationsabend, wo Nor- malbürger jedoch im Schatten von geld- schweren Zeilanliegern, Stadtplanern, Po- litikern und Architekten standen. Die Teil- nehmer unterschrieben eine Resolution, in der sie forderten: "Planungsstopp für die Zeil, Offenlegung der städtischen Pla- nungsvorhaben, Beteiligung der Frankfur- ter Bürger an Entscheidungen über die Zu- kunft der Stadt". Mobilisiert wurde da- durch niemand; die Frankfurter, um die es eigentlich ging, nahmen an den Vorgän- gen nicht teil. Die Verantwortlichen der Stadt haben sich inzwischen, bevor der Pro- test breitere Kreise zog, den Tunnel aus dem Kopf geschlagen.

Doch um die Zeil sollte es nicht so schnell ruhig werden. Im Oktober 72 schlossen sich auf Initiative eines Polito- logenpaares Bewohner der Bleichstraße

Initiativen.

zur Aktionsgemeinschaft Innenstadt (AGI) zusammen. Bisher haben sie etwa 600 Mitglieder, und die Arbeit leistet in kleinem Kreis der Vorstand. Zunächst gingen sie gegen zwei Hochhausprojekte in der Bleichstraße, die weit über die im Bebauungsplan vorgesehene Geschoßflächenzahl hinausgingen. Dazu schrieben die AGI-Vertreter einen Brief an den OB, einen an den Baudezernenten, die endgültige Baugenehmigung zu verweigern.

Ähnlich der AGW bildeten sie kleine lockere Arbeitsgruppen, die sich mit der kommenden Zeilsperrung befaßten, eine Straßenbegehung vorbereiteten, um Daten über die Wohnstruktur zu erheben, oder sich überlegten, wie Fußgängerzonen nicht nur zum Einkaufs-, sondern auch zum Kommunikationszentrum gemacht werden könnten. Sie verstehen sich als "wachstums Korrektiv" der Stadtverwaltung innerhalb eines „mühsamen Kampfes gegen gewaltige und vielfach verflochtene Kapitalinteressen“. Die weitere Mitgliedschaft fällt jedoch hinter diese Vorstellungen des Vorstandes noch zurück.

In diesem Jahr wendeten sie sich gegen die inzwischen durchgeführte Zeilsperrung, weil der Zeilverkehr über die Bleichstraße geleitet werden sollte. Obwohl dieser Protest richtig damit kommentiert wurde, daß hier "hinter dem Rücken der Bevölkerung" geplant wurde, wendete er sich jedoch engstichtig gegen das gewichtigere Interesse der Frankfurter an der freien Zeil.

AGW, BIZ, AGI sind in Frankfurt von den parteipolitisch unabhängigen, Bürgerinitiativen die wenigen, die sich bewußt als Korrektiv und Druck von der Basis darstellen und dem eine politische Bedeutung als direkte Innteressensartikulation der Bürger zu messen. Andere echte Bürgerinitiativen sprechen selbst davon nicht. Sie halten sich kontinuierlich ausschließlich über den Vorstand zusammen und holen die Mitglieder nur anläßlich von Bürgerversammlungen herbei. Sie bestehen darauf, daß ihre Rolle als Interessenvertretung

nicht über ihr konkretes Anliegen hinausgeht. Bei der Bürgerinitiative "Unmenschliche Autobahn" (BUA), die sich gegen die Trassenführung der Bundesautobahn A80 über den Alleenring zur Wehr setzt, sieht das so aus: Es geht um die A80. Wenn das Projekt endgültig verhindert ist, dann ist die Bürgerinitiative vorbei, wenn feststeht, daß das Projekt nicht mehr verhindert werden kann, dann ist sie auch vorbei.

Die BUA sieht den Anspruch der SPD auf eine "menschliche Stadt" und Mitwirkung des Bürgers an der Entwicklung seiner Stadt nicht eingelöst. Sie versuchen für offene Briefe an die Behörden, Anforderungen an den Magistrat, Einsprüche beim Regierungspräsidenten in Bürgerprotestversammlungen Beifall zu finden. Eine Eskalation ihres Drucks über das Bittstellen hinaus können sie sich nicht vorstellen. Die ganze Ohnmacht des freundlichen Papierprotests läßt sich an folgender Stilblüte aus einem Brief der BUA an die Stadtverordnetenfraktion erkennen: "Die Verantwortlichen mögen doch bitte das Unmenschliche der vorgesehenen Trassenführung einsehen!".

Ebenso beschränkt sich die Bürgerinitiative zur Erhaltung des Landschaftsschutzgebietes Niddatal auf Schriftverkehr des Vorstands mit der Stadt, Unterschriftensammlungen und Bürgerversammlungen. Sie geht zurück auf einen Protest in den Jahren 68/69, der sich gegen vier bereits mitten ins Schutzgebiet gebaute und vor allem die noch geplanten Hochhäuser wandte. Die Initiative, ein kleiner Kreis um den 2. Vorsitzenden sammelte 3000 Unterschriften und gab sie im OB-Büro ab. Sie verhinderten die weitere Bebauung. Heute fordern sie zusammen mit den ansässigen Bürgervereinen ein Nidda-Servitut, das seit dem letzten Jahrhundert den Anlagenring vor Bebauung schützt.

Diskussionszusammenhänge unter weiteren Kreisen der Betroffenen haben die Bürgerinitiativen in Frankfurt nicht ge-

schaffen. In den Bürgerversammlungen läßt zwar dieser und jener einfache Bürger mal etwas Dampf ab, ansonsten aber sind die Offiziellen der Stadt mit prominenten Anwohnern vorn auf dem Podium unter sich. Erreicht haben sie bisher teils gar nichts: trotz BUA wird jetzt die Trasse über den Alleenring gebaut, trotz AGI wurde die Zeil gesperrt, oder Kompromisse: die AGW den Westend-Strukturplan oder auch Erfolge: der Zeil-Tunnel wurde verhindert. Bis heute jedoch, kann es sich die Frankfurter Exekutive erlauben, über die Forderungen der Bürgerinitiativen hinwegzugehen, wenn die "Stadtplaner" Zugeständnisse für zu schwierig erachten, ohne damit rechnen zu müssen, daß sie einen gefährlichen Radikalisierungsprozeß der Bürgerinitiativen auslöst.

Unterschriftenlisten sind keine Massengrundbasis. Für die Bürgerinitiativen ist außerinstitutioneller Druck deshalb weniger die Perspektive als der Gang in die Institutionen. Sie beschränken sich selbst darauf, Verhandlungspartner der SPD zu sein, und für die SPD sind sie erwünschter und geförderter Bestandteil eines sozialdemokratisch vollzogenen Stadtplanungsprozesses, der die Bürger durch gelegentliche Rücksichten mit dem im Prinzip kapitalistischen Interessen folgenden Städtebau versöhnen soll.

Es tut sich viel bei der Frankfurter SPD, um dem Protest der Bürgerinitiativen wohlwollend entgegenzueilen. Eine Bürgerversammlung steht nicht im Schatten einer Persönlichkeit von der Stadt, der man Sorgen vorträgt, die man angreift, aus deren Bannkreis von Autorität und Sachzwang aber man sich nicht in die Selbstorganisation befreien kann. Die Verantwortlichen der Verwaltungsspitze lassen den Bürger nicht aus den Augen. Er soll kritisieren, aber im gesteckten Rahmen. Die Zügel müssen etwas gelockert werden, das ist alles. Um zu wissen, wie man die Stadt weiter plant, oder besser weiter vollbaut, ohne die Toleranzschwelle der Betroffenen

zu überreizen, muß ein Spielraum von Selbstartikulation und Initiative gewährt werden. Insofern sind Bürgerinitiativen geplant. Um die Daten der Wetterstation verwerten zu können, müssen sie gebündelt und überschaubar vorliegen.

Das ist die Funktion des Frankfurter Forums für Stadtentwicklung. Es unterstützt die Bürgerinitiativen finanziell, leitet für sie die Bürgerversammlungen und knüpft die Kontakte zur Stadtverwaltung. Es besteht überwiegend aus Architekten und wurde 1970 von der Architektenkammer ins Leben gerufen, nachdem OB Möller sich das so überlegt hatte. Erarbeitet werden städtebauliche Alternativentwürfe zu bestimmten Projekten, in denen die Interessen der Bürgerinitiativen aufgegriffen werden. So jüngst zum Beispiel der Alternativentwurf zur A80, der den Alleenring durch einen Straßenring außerhalb Frankfurts umgeht. Dieserart wird aus den rohen Interessenangaben der Bürger ein fachmännischer, stadtplanerisch verwertungsreifer Vorschlag. Dafür sind die Bürgerinitiativen dankbar und die Stadt-„Planer“. AGW, BIZ, BUA und die Bürgerinitiative Niddatal arbeiten im Frankfurter Forum feste mit.

In einem internen Kurzreferat reflektiert das Forum seine Rolle im Sinne der klassischen Definition der Staatsfunktion: es geht ihm „um die Emanzipation öffentlich gesteuertener Planung von planungswidrigen Einzelinteressen“. In diesem repräsentativen Konsensbildungsprozeß ist dem Forum eine relative Unabhängigkeit von der Stadtverwaltung gewährt. Besetzt mit teilweise ernsthaft kritisch denkenden Architekten, stellt sich kapitalistische Stadt-„Planung“, die in Frankfurt letzten Endes den Interessen des tertiären Sektors entspricht, auch wider dieses kritische Engagement von Architekten und Bürgern ein, weil schon die Ausgangsbasis, das bloß punktuelle Aufgreifen von Mißständen, gerade jene Strukturfaktoren aus dem Einflußbereich ausklammert, die das Planungsergebnis schon vorwegnehmen. Das kritische Engagement trägt lediglich Sorge dafür, was über die Strukturfragen hinaus, variabel ist, auf Bürgerinteressen abzustimmen. „Planer“ der alten Schule produzieren nur vermeidbare Konflikte dazu. Lockere Zügel, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Spielraum und strukturellem Rahmen sind heute notwendige Konfliktvermeidungsstrategien.

Bürgerinitiativen sind Basisinitiativen mit derart enger Zielsetzung, daß die SPD sie

mit Beteiligungsattrappen erfolgreich an sich binden kann. Ihr Selbstverständnis, Reformdruck von unten auszuüben, legt den Gang in die Institutionen nahe. Sie praktizieren Doppelstrategien in miniature. Bürgerinitiativen von längerem Bestand stellen daher ein Jusopotential dar. Die Jungsozialisten sind als SPD-Gruppe in der Lage, das Verlangen der Bürger nach unmittelbaren kleinen Verbesserungen auszudrücken und konkrete Schritte zur Erreichung dieses Ziels anzugeben. Sie können diesbezüglich Anträge bei den Stadtverordneten einbringen und die Bürgerinteressen in den entscheidenden Gremien direkt vortragen. Etwa die Hälfte der Frankfurter Bürgerinitiativen, die hier ausgeklammert blieben, sind im originären Sinne keine, sondern im Grunde Stadtteilgruppen der Jusos: die Bürgerinitiative Ostend, das Niederräder Mieterkollektiv, die Bockenheimer Mieterunion und zuletzt die Nordend-Gruppe, die sich inzwischen allerdings von den Jusos losgesagt hat.

Die aufgezeigten Affinitäten der Bürgerinitiativen und SPD werfen ein, für alle Bewegungen in der Reproduktionssphäre, die an vorhandene Interessen direkt anknüpfen, zentrales Dilemma auf: da sie nun einmal gebunden sind an erfolgreiche Teilschritte hin zu konkreten Verbesserungen sind sie schwer abzulösen von bloßem Reformismus. Die Interessenkorruption des Reformismus zu durchschauen, würde theoretische Reflexion der Ursachen voraussetzen, ihn an seine Grenzen treiben und bloßzustellen, hieße radikalisierende Lernprozesse durchzumachen – und gerade diesen Momenten sind schon von der Grundkonzeption der Bürgerinitiativen her größtenteils die Entfaltungsmöglichkeiten genommen. Das soll in der folgenden Charakteristik dargestellt werden.

Bürgerinitiativen sind, wie Baethge schon sagte, Bürgerinitiativen. Es sind Organisationen des selbstständigen und besitzenden Kleinbürgertums mit denen sich Teile der Angestellten verbünden. An der AGW, AGI und BUA sind jeweils größere Gruppen von Hausbesitzern beteiligt (30% der Mitglieder der AWG z.B.!) Dazu kommen immer wieder im engeren Kreis viele Architekten, Doktoren, Ärzte, Einzelhändler und ein paar wenige Studenten, Sozialarbeiter und Lehrer, im Bereich der weiteren Mitgliedschaft viele Angestellte, einige Hausfrauen und Rentner, fast kaum ein Arbeiter.

Das hat seine Tradition. Kommunalpolitik ist seit je die Domäne des Kleinbür-

gers, weil seine Existenz mit dem Stadtteil steht und fällt (Bindung durch die Praxis, das Büro, den Hausbesitz oder das Geschäft). Daraus entspringt eine konservative Mentalität, die alte Struktur und das alte Milieu des Viertels, in dem sie lebten und Geld verdienten, aufrechtzuerhalten sucht. Seit über einem Jahrhundert haben sich die Kleinbürger dieser Gesinnung gemäß in ihren Bürgervereinen organisiert. Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gründete sich bei den verschiedenen Eingemeindungen der umliegenden Dörfer in die Stadt jeweils ein Bürgerverein, der die Interessen seiner Gemeinde innerhalb des neuen Gemeinwesens „fördern und wahren“ sollte. Noch heute gibt es in Frankfurt 18 Bürgervereine, die dem „Verband deutscher Bürgervereine“ angeschlossen sind, der noch heute 500.000 Mitglieder zählt. Am Beispiel der Vorsitzenden der Frankfurter Bürgervereine läßt sich zeigen, welches kleinbürgerliche Berufsspektrum sie vertreten: Stadtoberinspektor, Betriebsratvorsitzender, gehobener Angestellter, 2 Kaufleute, Ziegeleibesitzer, Oberstudienrat, Apotheker, Steinmetzmeister, 2 Ärzte, Amtmann der Stadt, Rechtsanwalt. Dabei muß man daran denken, daß die personelle Verflechtung und die Kooperation zwischen Bürgervereinen und Bürgerinitiativen äußerst groß ist. Bürgerinitiativen sind eine aktuelle Wandlungsform der überalterten Bürgervereine. Es ist nicht neu, daß die Bürger sich um Bäume, Ampelanlagen, Radwege und dergleichen kümmern. Schon bald nach 1945 waren die Lokalanzeiger voll von ihren Beanstandungen. Nur seit 68, als mit der „Sanierung“ der Stadt diese Probleme anwuchsen zu einem Großangriff auf die Lebensbedingungen im Wohnviertel, mußte sich die Organisationsform der Kleinbürger modernisieren und mit etwas mehr Nachdruck vorgehen.

In einer Situation, in der die Kleinbürger, die die akut drohende Enteignung von Besitz und Milieu im Stadtteil vor Augen haben (eines der typischen Beispiele die Bürgerinitiative der Freßgassengeschäftsleute gegen den U-Bahnbau in ihrer Verkaufsstraße), stellen sie sich gegen die Großspekulanten und werden diffus politisch. Die Existenzangst im Nacken, hängt es von äußeren Bedingungen ab, ob die entstehenden Notgemeinschaften etwas nach links rücken, erkonservativ versackt oder gar faschistoide Züge annimmt wie etwa die Landwirte bei München mit ihrem Protest gegen den geplanten Flug-

hafen: "Wir wollen keinen Großflughafen. Hände weg von unserem Eigentum, sonst legen wir euch alle um", schrieben sie auf eine große Tafel am Rande ihrer Grundstücke. Hier der Enteignungsdrohung die zentrale Bedeutung zuzumessen, ist keine klassenanalytische Leerformel. In den Protesten wird immer wieder davon gesprochen. Der Tapetenhändler, der die Marxloher Bürgerinitiative gegen den Thyssenhochofen anführte, kommentierte: "Das ist eine schleichende Enterbung und Entwertung unseres Eigentums". Bei der BUA: "Der beabsichtigte Straßenbau ist vielmehr als enteignungsgleicher Eingriff mit allen seinen Folgen zu betrachten." Oder die AGW in ihrem berühmten "Skandal-Plakat": "Hausbesitzer, verkauft eure Häuser nicht!...Seid euch bewußt, daß Eigentum an Grund und Boden kein Freibrief zum Mißbrauch, sondern an soziale Verantwortung gebunden ist. Wird es so weiter mißbraucht, dürft ihr euch nicht wundern, wenn immer schärfer die Forderung nach Enteignung von Grund und Boden erhoben wird."

Die Enteignungsdrohung erzeugt Angst, die politisch indifferent ist, aber einen Abwehrkampf auslöst. Selbst als heterogene kleinbürgerliche Schicht zu sanktions-schwach, werden solche Bürger politisch verführbar und suchen Orientierung an mächtigeren sozialen Kräften, die ihre Interessen mit durchsetzen können. Derzeit höchstbietendes Orientierungsfeld ist die Sozialdemokratie.

Die auslösenden Motive der Bürger wurzeln in einer konservativen Haltung. Man muß die AGW in Frankfurt, bei all ihrer politischen Mäßigung, unter den Kleinbürgervereinen als die progressive Spitze betrachten, die aus einem konservativen Sumpf herausragt, von dessen tiefreichenden Verästelungen bis hinein in den muffigsten dörflichen Stammtischdüffel, schildbürgerliche Vereinskranzchen und eine hinter den Kulissen Frankfurts bis heute fädenziehende Anäufung von äußerlich verdächtig funktionslosen Stiftungen des lokalen, damals vorderhand volksfreundlichen Patriziertums sich nicht so schnell eine Vorstellung machen kann. Man muß hier denken an die in den Bürgervereinen vor sich hinalternden Zunftbürgernachfahren, an die "Aktionsgemeinschaft zum Wiederaufbau des Frankfurter Opernhauses", geleitet vom Präsident der Industrie- und Handelskammer, an die "Bürgerinitiative zum Ausbau des Frankfurter Waldstadions", wohinter finanzstarke Sportmäzene steckten, an die "Bürgerinitiative zur Erhaltung

der Höchster Altstadt" unter dem Vorsitz eines ortsansässigen Bauunternehmers, an Wählerinitiativen für CDU-Abgeordnete, an die Frankfurter Kleingartenvereine, die kürzlich "ein Jahr Kampf der Betonwüste" bekanntgaben, an die großbürgerlichen "Freunde Frankfurts" und den "Verein zur Erhaltung der Frankfurter Tradition" und viele ähnliche Zusammenschlüsse der Bürger. Der Vergleich der wenigen progressiven Bürgerinitiativen im Stadtteil mit ihrer Verwandtschaft klärt auf über jene Mentalitäten, die auch in ihnen deutlich nachwirken und eine rasche Radikalisierung verhindern.

Versucht man eine Charakteristik der Anführer der Bürgerinitiativen, dann unterscheiden sie sich nicht besonders von denen der alten Bürgerorganisationen. Die Bürgerinitiativen werden von wenigen Aktiven ins Leben gerufen. Sie verfassen Rundschreiben und Petitionen, rufen die Versammlungen ein, leiten sie und halten einen Vortrag. In allen Fällen zentriert sich diese kleine Initiativgruppe selbst wieder um eine Persönlichkeit von hohem Ansehen im Viertel, sozusagen die Lokalprominenz: Architekt Fresenius, Doktor Katscher, Politikologiedozentenpaar Gantzel, Pensionierter Leiter der städtischen Wasserwerke Stadager.

Sie folgen persönlich den Leitlinien eines mittelständischen Anspruchsniveaus an ihr Wohngebiet. Sie wohnen selbst bereits so komfortabel, daß ihr dringendes Problem menschliche Zustände vor der

Haustüre geworden sind. In ihrer sozialen Stellung bedingte hohe Selbsteinschätzung, was Durchsetzungsvermögen, Einfluß, Erfolg u.ä. anbelangt, läßt sie die eigentliche "Bürgerinitiative" ergreifen, die in anderen Schichten von Resignation blockiert ist. Eine Resignation, die bei den Angestellten, den wenigen Hausfrauen und Rentnern, die recht untätige und passive Mitgeidschaft stellen, auf den objektiven Mangel an Mitteln zu der in Bürgerinitiativen typischen Form von Interessensartikulation zurückgeht.

Bürgerinitiative für Bürgerinitiative bestätigt sich, daß die Arbeiter sich nicht aktiv an ihnen beteiligen, wenige nur zum weiteren Mitgliederkreis gehören. Bürgerinitiativen sind keine Arbeitersache. Das liegt nicht nur daran, daß Frankfurt eine Angestelltenstadt ist, in der nach neuen Untersuchungen etwa 2/3 der unselbständig Beschäftigten im tertiären Sektor beschäftigt sind. In anderen Städten mit anderer Bevölkerungsstruktur beteiligen sich die Arbeiter auch nicht in größerem Umfang an den Bürgerinitiativen.

Entscheidender ist, daß den Arbeitern der materiell abgesicherte Idealismus (Zeit und Geld) der Lokalprominenz fehlt, um sich für die Ehrenämter in den Vorständen zu begeistern. Außerdem treffen sie in den von gehobeneren Schichten geprägten Mitglieder- und Bürgerversammlungen auf soziale Barrieren ihrer Sprache und ihrer Umgangsart, haben eine ausgeprägte Aversion gegen Schreibkram, womit sich die Bürger-

Sie finden bei uns Literatur folgender Fachgebiete:

Philosophie, Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Geschichte, Politische Wissenschaft.

Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaft, Germanistik, Romanistik, Anglistik, Altphilologie.

Volkswirtschaftslehre Betriebswirtschaftslehre Rechtswissenschaft

Wissenschaftliche Buchhandlung Theo Hector



Frankfurt am Main
Gräbstraße 77, an der Universität
Telefon 777303 und 779683

initiativen ja hauptsächlich beschäftigen, und setzen wenig Vertrauen in die angesprochenen Behörden, Stadt und Staat. Sie haben auch nicht das Gefühl, auf "ihre" Rechte pochen zu können.

Doch es sind nicht die sozialen Barrieren und persönlichen Eigenarten der Arbeiter, die gegen ihren Willen ihre Teilnahme verhindern. Im Gegenteil können sie gar kein großes Interesse an Mitarbeit haben. Nicht nur fehlende Zeit hält Arbeiterfamilien von den Bürgerinitiativen ab: es ist vielmehr eine Folge ihrer ausgebeuteten Situation, mit zuviel Familienangehörigen auf zu kleinem Raum für zuviel Miete zu wohnen, also mit dem Geld kaum hinzukommen, daß ihnen andere Dinge wichtiger sind als das Erhalten von Grünanlagen und dergleichen. Wo die Kohlen nicht mal stimmen, muß den Arbeitern der Einsatz für die ästhetische Gestaltung ihres Wohnviertels wie ein luxuriöses Bedürfnis vorkommen. Vor der Planungskosmetik kommt für sie das Problem mit der Miete, die Mangelsituation innerhalb der eigenen vier Wände, einfachere dringendere Probleme also. Die Mieterbewegung ist deshalb momentan eher der Ausdruck der Arbeiterinteressen im Stadtteil.

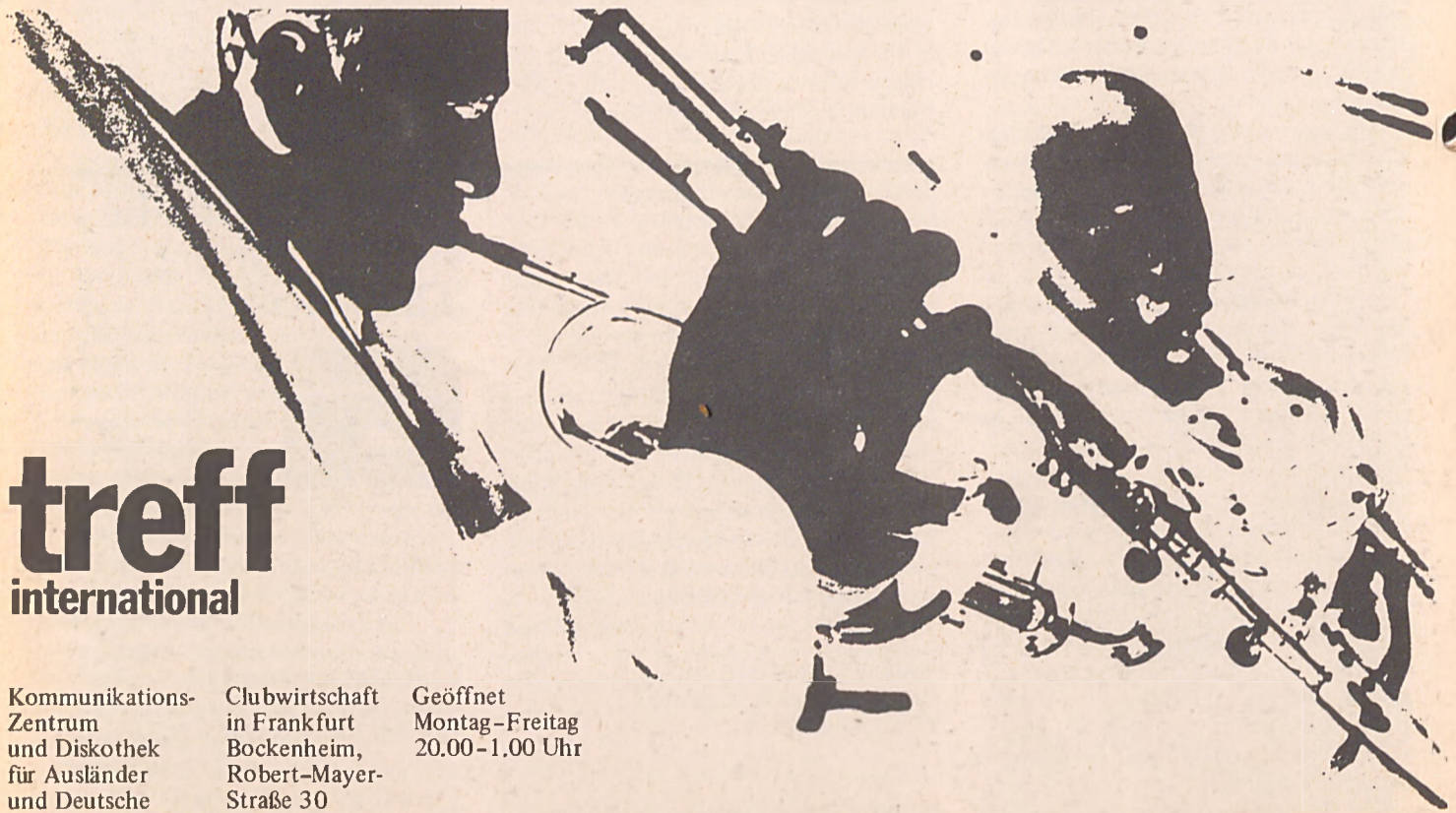
Würde man ein durchschnittliches Ablaufmodell eines Arbeitsabschnittes in den

Bürgerinitiativen beschreiben, so müßte es als die herausragende Aktionsform das Bittstellen bei den zuständigen Behörden und die diesem Papierkrieg zugrundeliegende Fixierung auf formalrechtliche Argumentationen betonen. Zum Beispiel wird ein Hochhaus zum Ärger der Anwohner gebaut, dann wird zunächst einer vom Vorstand in den entsprechenden Bebauungsplan und Flächennutzungsplan bei der Stadt Einsicht nehmen, um zu sehen, ob das Projekt überhaupt genehmigt ist, in der Höhe den Vorschriften entspricht usw. formalrechtlich etwas im Argen, dann wird nach juristischen Regeln des Paragraphenwaldes unzähliger Bestimmungen, Verordnungen und Gesetze, oft dazu gegen zersplitterte Kompetenzen ein Verfahren eingeleitet, das nach allen privilegierten Fähigkeiten der Lokalprominenz verlangt, die mit ihren Kenntnissen und Beziehungen in der Lage sind, sich mit den Behörden, Paragraphen und dem Aussetzen von entsprechenden Schreiben zu befassen. Dadurch ist die Betätigung der weniger privilegierten Mitglieder weitgehend ausgeschlossen. Was von ihnen auf den Versammlungen an Mißfallen kundgegeben wird, fällt somit unter das Niveau brauchbar formulierten Protests. Gesetzt den Fall, daß formalrechtlich keine Mängel zu finden sind, wird der Pro-

test oft runtergeschluckt (so z.B. die AGW bei der momentanen Aufstockung des Hochtief-Hochhauses in der Bockenheimer) oder man ruft eine Protestversammlung ein, wo man die Verantwortlichen nochmal verbal zum Einschreiten auffordert (wie die BUA es tat, da sie vor Anlauf des Planfeststellungsverfahrens gegen die Trassenführung der A80 nicht einspruchsberechtigt war), ansonsten nichts weiter unternimmt.

Dieses Ablaufmodell schneidet die anfallende Arbeit stark auf die Lokalprominenz im Vorstand zu. Es grenzt weitgehend Selbsttätigkeit der Mitglieder aus und beläßt ihnen vorwiegend das Zuhören, Unterscheiden, Beitragzahlen. Die spezielle Aktionsweise der Bürgerinitiativen hat eine Trennung in die Aktiven des Vorstands und die rezeptive Mitgliedschaft zur Folge, die die sozialen Privilegien der Lokalprominenz institutionalisiert, deren Initiative diese spezielle Aktionsweise auch geformt hat. Der Verein ist deshalb, und nicht nur weil er als eine juristische Person Verhandlungsvorteile genießt, eine spezifische Selbstorganisation des Kleinbürgertums.

In den aktiven Kernen der Bürgerinitiativen haben fast alle bereits Erfahrungen mit der Kommunalpolitik gemacht oder sich sonstwie politisch betätigt. Sie sind



treff international

Kommunikations-
Zentrum
und Diskothek
für Ausländer
und Deutsche

Clubwirtschaft
in Frankfurt
Bockenheim,
Robert-Mayer-
Straße 30

Geöffnet
Montag-Freitag
20.00-1.00 Uhr

zum Großteil SPD-Mitglieder, auch FDP-ler oder CDU-ler, oder sind mit den Gewerkschaften, der VHS oder ähnlichen Einrichtungen in Berührung gekommen. Wer von den entscheidenden Persönlichkeiten im Vorstand noch nicht in der SPD ist, wie etwa die Initiatoren der AGI, der erfährt bald, daß bei der ganzen Vorgehensweise einer Bürgerinitiative die Mitarbeit in der Partei nur Vorteile bietet. Als aktives Mitglied der SPD sind die nötigen Informationen und Beziehungen, die man sich so auf Umwegen besorgen muß, direkt zu erhalten. Die Forderungen der Bürgerinitiativen sind ja ohnehin welche an die SPD im Magistrat und müssen, wenn auch laienhaft, im Stil eines Abstimmungsantrags mit den Verweisen auf die entsprechenden Paragraphen eingereicht werden, so daß es sich logisch ergibt, sie gleich als Teil der Partei zu formulieren, wo der Antrag dann schon rein formal berücksichtigt werden muß und man zudem durch seine Stimme eines institutionalisierten Mitspracherechts versichert ist. Die Grundkonzeption der Bürgerinitiativen, Reformdruck von unten auf die SPD auszuüben, beinhaltet bereits den hinter den Rücken der Beteiligten wirkenden Zwang zum Parteieintritt. Aus diesem Grund sind die Urheber der AGI jetzt auch in die SPD gegangen.

Im ganzen läßt sich die Tätigkeit der Vorstände am treffendsten als Amateurkommunalpolitik bezeichnen. Es ist ein Vorstadium zur Profillaufbahn, in die die meisten sowieso schon eingetreten sind. Bürgerinitiativen sind eine vorparlamentarische Opposition.

Betrachtet man sich die Art der Interessen, die die Bürgerinitiativen aufgreifen, so stellt man fest, daß Bürgerinitiativen sich um ein bestimmtes anstößiges Bauprojekt gruppieren oder auf einer Aneinanderreihung aufgegriffener Mißstände bestehen. Unter der Zielvorstellung unmittelbar mögliche Abhilfe zu schaffen, orientiert sich das Geforderte selbst gemessen an den eigentlichen Ansprüchen der Bürger von vorneherein schon pragmatisch und die kompromißlerisch, beinhaltet bereits unhinterfragt die "Sachzwänge", die den Verantwortlichen als Rechtfertigung dienen. So ist zu beobachten, wie die Vertreter der Initiativen die Sachzwangargumente zum Teil selber in den billigsten Ausführungen übernehmen, etwa daß es um hier einzugreifen, eines Gesetzes ermangele und man folglich nichts machen könne. Lernprozesse in dieser Hinsicht sind bis jetzt bei dem Eindruck stehengeblieben, schon öfters

übers Ohr gehauen worden zu sein, ohne daß daraus Konsequenzen gezogen worden wären.

Die Bürgerinitiativen halten Zerfallsprozesse auf. Es geht nie darum, den Bau eines gewünschten Projekts durchzusetzen, immer darum, eines zu verhindern. Die Bürgerinitiativen haben Defensivcharakter und versuchen die Entwicklung im Stadtteil an jeweils einem Punkt aufzuhalten. In Zusammenhang damit steht der Mangel einer positiven Zielbestimmung, einer städtebaulichen Alternativkonzeption, die aus den verengten Blickwinkeln der einzelnen Initiativen, von denen eine nicht weiß, was die andere macht, nicht zu entwickeln ist.

Das Punktuelle Aufgreifen von Mißständen verpflichtet die Mitglieder nicht auf eine Einheit der zugrundeliegenden Motive. Religiös, konservativ, liberal und sozialistisch gesellt sich zueinander, der Hausbesitzer und sein Mieter, der ihm Wuchermieten bezahlen muß, finden sich nebeneinander wieder. Um möglichst viele zusammenzutrommeln, werden die politischen Implikationen des Protestes so gering wie möglich gehalten. Bei jeder Gelegenheit betonen die Vorstände, daß ihre Initiative politisch neutral ist, denn sie sind froh um jeden, der mitmacht. Im richtigen Gespür, daß die Politik die Mitglieder nur auseinanderreiben würde, wird sie ausgesperrt. Bürgerinitiativen arbeiten auf Minimalkonsens. Die selbstaufgelegte politische Neutralität verhindert eine Weiterentwicklung der Gruppe. Die AGW z.B. arbeitet nicht offen mit dem Häuserrat zusammen, weil, so der Vorstand, sonst 70% der Mitglieder davonlaufen würden. Als Situationsgruppe, die um einen einzelnen Mißstand die gegensätzlichsten Interessen zusammenstellt, sind Bürgerinitiativen so konzipiert, daß sie politische Entfaltungsmöglichkeiten im Prinzip blockieren und lediglich ephemere Bündnisse zustandebringen.

Die Folge der politischen Neutralität ist die Theorieabstinentz. Sogar die Initiativen, die Arbeitsgruppen gründeten und sich damit etwas abheben von den bloß formal-mobilisierenden Kleinbürgerorganisationen, halten die Gruppenarbeit dicht beim Einzelproblem. Analyse von gesellschaftlichen Zusammenhängen werden selten diskutiert, das politische Selbstverständnis nicht thematisiert. Die meisten Bürgerinitiativen kennen nicht einmal Arbeitsgruppen. Das geht nicht nur auf den vorfindlichen Bewußtseinsstand der Mitglieder zurück, sondern wird durch die Zieldefinition, punktuell Mißstände zu beheben, den Defensiv-

charakter, die Lernhemmung des Minimalkonsens und die Trennung in Vorstand und Mitgliedschaft, also die Grundkonzeption der Bürgerinitiativen verhindert. Bürgerinitiativen müssen eine politische Selbstreflexion, eine Standortbestimmung in der gesamtgesellschaftlichen Bewegung ausklammern. Bürgerinitiativen arbeiten nicht theoretisch. Sie sind nicht in der Lage, einen kontinuierlichen Diskussionszusammenhang herzustellen. Kontrahent und Verhandlungspartner der Bürgerinitiativen ist "die Stadt", die lokale Instanz des Staates. Ihren Äußerungen und Aktivitäten ist anzusehen, daß sie Magistrat und Stadtverwaltung in der Tat für die verantwortlichen und das Subjekt der Stadtentwicklung halten. Die Abwehr von Theorie und die Verdrängung einer Auseinandersetzung zwischen den zusammengewürfelten Bundesgenossen tun das ihre dafür, daß die tatsächlichen Ursachen der Fehlentwicklung nicht erkannt werden. Immer agierend in bezug auf "die Stadt", nie den Spekulanten gegenüberstehend, entwickelt sich daraus eine Konfrontation mit den Verantwortlichen der Verwaltung, die man eine Miniaturreformismus nennen könnte, die aber andererseits auf einem durchaus gespannten Verhältnis basiert. Kritik am schlappen Vorgehen der SPD kommt genug auf, und die kleinbürgerliche Orientierungslosigkeit, enthält neben der Anlehnungsbedürftigkeit immer auch ein Moment von Beliebtheit in der jeweiligen Verbindung, was die Möglichkeit einer Neuorientierung nicht ausschließt.

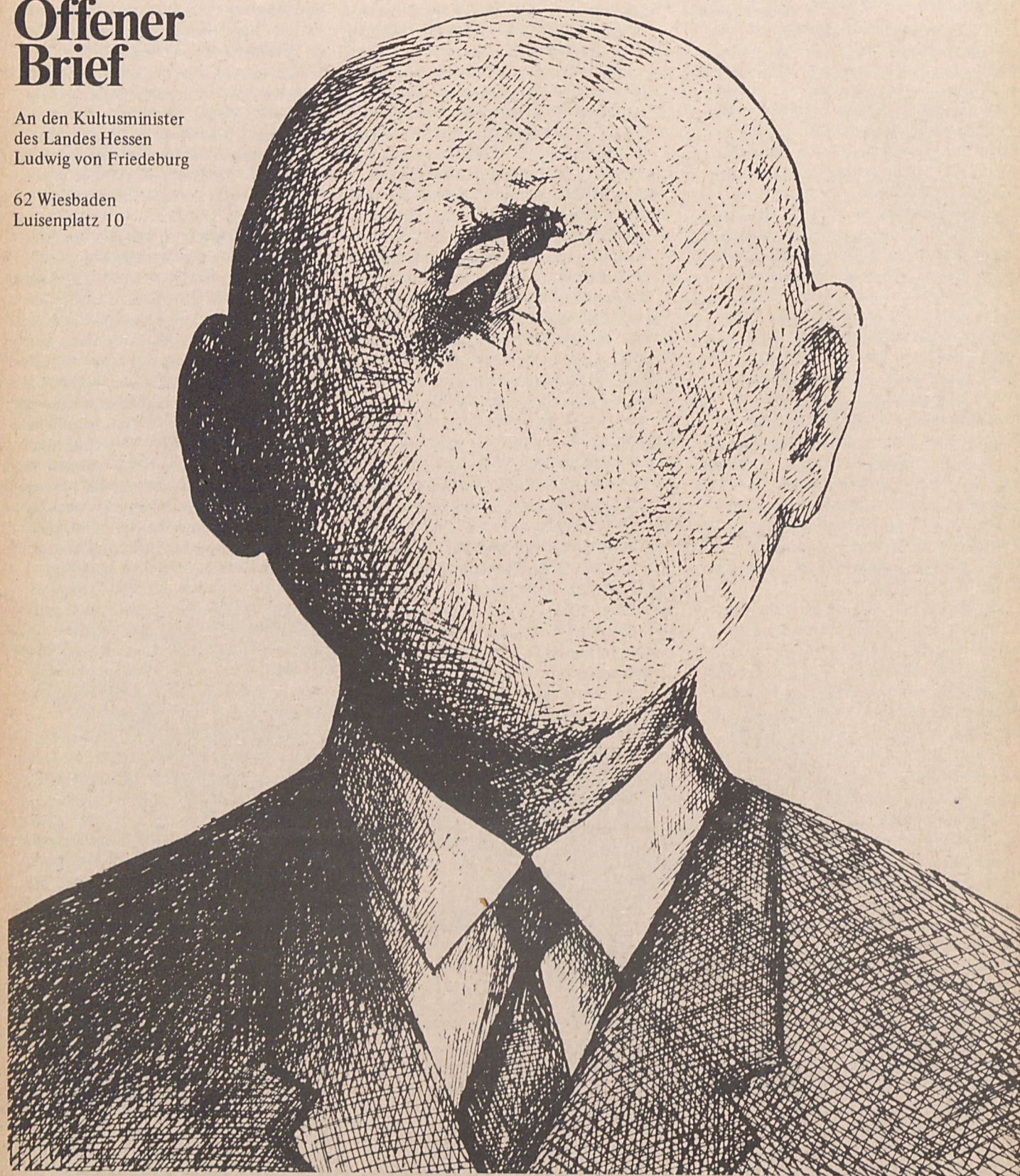
Der Charakter ihres Widerstandes macht jedoch die Bürgerinitiativen nicht zu einer Kraft der Basis, die es sich leisten könnte, mit den Verantwortlichen zu brechen und die Fiktion, die Herren der Stadt würden ohne massiven Druck von unten vielleicht doch etwas mehr tun, aufzugeben. Dazu fehlt ihnen eine alternative Strategie im Stadtteil, die sie aus sich heraus nicht entwickeln werden. Erst wenn eine alternative Bewegung im Stadtteil zu einem bedeutenden politischen Faktor heranwächst, werden sich Individuen und Grüppchen aus den Bürgerinitiativen absplittern, bei denen dann zum Tragen kommt, was sich an kritischen Ansätzen innerhalb der Bürgerinitiativen schon immer angedeutet hat. Diese Absplittierung ist möglich, Bürgerinitiativen als bürgerinitiativen aber, mit allem was ihre Grundkonzeption charakterisiert, bieten keine Entfaltungsmöglichkeiten. Sie haben ihre Grenzen bereits erreicht.

Erich Klein

Offener Brief

An den Kultusminister
des Landes Hessen
Ludwig von Friedeburg

62 Wiesbaden
Luisenplatz 10



rodol.

Herr Minister,
die „Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main“ ist seit drei Jahren Hochschule. Die Übergangsregelung, die den Zweck haben sollte, die Zeit der Konstituierung der endgültigen Hochschulorgane und die dazu nötigen Berufungen von Professoren und die Erarbeitung von neuen Studien- und Prüfungsordnungen zu überbrücken, ist, ohne daß auch nur das geringste erreicht wurde, verstrichen. An der HfG gibt es heute einen! Professor (sechs sind laut Kunsthochschulgesetz § 11, Abs. 2 zur endgültigen Konstituierung des Konvents notwendig). Die Entwürfe der Studienpläne der Fachbereiche sind die gleichen, wie die der Werkkunstschule – allerdings etwas umfangreicher. Die Struktur der HfG ist identisch mit jener der WKS: es existieren noch Werkstätten, die aus der Zeit der Blüte des Handwerks herübergerettet wurden. Es gibt sogar Werkstätten, die von den Studierenden nicht mehr benutzt werden: Leder, Keramik, Holzbearbeitung, Handweberei, Buchdruck etc. Für alle diese Werkstätten stehen Dozenten oder technische Bedienstete zur Verfügung, deren Anstellungsverhältnis mit einer Obdachlosenunterstützung zu vergleichen ist.

Vorlesungen werden von Lehrbeauftragten gehalten, da die meisten Dozenten lediglich eine handwerkliche Ausbildung erlitten haben und also hierzu nicht befähigt sind. Lehrbeauftragte sind keine Mitglieder der Hochschule (KHG § 5, Abs. 1), dürfen nicht an Prüfungen teilnehmen und haben lediglich ein Antragsrecht (KHG § 5, Abs. 2) – sie können also auf die inhaltliche Entwicklung der HfG keinen Einfluß nehmen. Somit wird die Zukunft der HfG von „ungebildeten“ Handwerkern bestimmt, da sie es sind, die Beschlüsse in Gremien fassen.

Der Gedanke an eine Autonomie der Hochschule, an die Unabhängigkeit gegenüber dem Einfluß wirtschafts- und parteipolitischer Interessen, kann deshalb nicht aufkommen, weil die Hochschule aufgrund des fehlenden Mittelbaus der Assistenten, der Alleinherrschaft von Dozenten ausgeliefert ist, die sich, unabhängig von jeglicher wissenschaftlicher Reflexion ihres jeweiligen Wissensgebietes, einem einfältigen Eklektizismus hingeben, der jede inhaltliche Auseinandersetzung verhindert. Damit wird gleichzeitig die Reflexion der gesellschaftlichen Realität unmöglich gemacht.

Zu allem Überfluß wird die Hochschule von einem egozentrischen Rektor geleitet (Rektor Voss: „Ich bin das beste Pferd im Stall“), der vor dem Konvent sagte: „Ich bin ein kranker Mann“. Man muß ihm da wohl zustimmen, denn seit er als einziger zur Wahl! stehender Kandidat zum Rektor gewählt wurde (seine Amtszeit verlängert sich jetzt automatisch mit der Verlängerung der Übergangszeit bis 1975), begleitet seine Amtsführung Dienstaufsichtsbeschwerden der AstA, die allerdings recht zurückhaltend im Ministerium aufgenommen werden, zumal der zuständige Referent, Regierungsdirektor Dr. Hoffmann, eher Wert legt auf eine gedeihliche Kooperation mit Rektor Voss, als auf die Erfüllung der Aufsichtspflicht des Ministeriums. Würde Dr. Hoffmann danach handeln, hätte er sich längst fragen müssen, wieso die Schule weder Satzung noch Studienordnung hat (laut § 31, Abs. 1, KHG hätten Satzung und Studienordnung bis zum 31.12.1971 dem Kultusminister vorgelegt werden müssen), wieso keine Professoren berufen wurden, obwohl Stellen schon seit geraumer Zeit vorhanden sind etc.

Die selbstherrliche Amtsführung von Rektor Voss findet ihren Ausdruck darin, daß er bis heute, zweieinhalb Jahre nach seiner Amtsübernahme, keinen Rechenschaftsbericht vorgelegt hat. Die Politik des Rektors fällt in ihren Intentionen hinter die Qualität der Diskussion um die Statuserhebung der Werkkunstschule, 1968, zurück. Sein primäres Interesse ist die Darstellung intakter Arbeitszusammenhänge an der Hochschule, was im Widerspruch steht, zu der katastrophalen Situation, die an der HfG herrscht.

Die Studentenschaft steht dem, durch Ihr Desinteresse, Herr Minister, und die Unfähigkeit des Rektors Voss, verschuldeten Chaos völlig hilflos gegenüber und beschränkt ihre Kritik lediglich auf die Nichterfüllung des Kunsthochschulgesetzes. Man geht nicht einmal so weit, das KHG zu kritisieren. Man ist schon zufrieden, wenn überhaupt eine Diplomprüfungsordnung verabschiedet wird (jetzt gibt es noch einen „Werkkunstschul-Abschluß“) und fragt nicht danach, welche Konsequenz für die Ausbildung das haben müßte, ganz zu schweigen von einer kritischen Einschätzung der Entwürfe der Diplomprüfungsordnung.

Ihr Desinteresse, Herr Minister, gegenüber der gegenwärtigen Situation, in der sich die HfG befindet – die Studentenschaft streikte wegen der „katastrophalen Lage der Ausbildung an der HfG“ (Resolution) – drückt sich darin aus, daß die Übergangszeit, die erst bis 1971 dauern sollte, dann bis 1973 verlängert wurde, nun bis 1975! ausgedehnt worden ist. Das ist ein Skandal!

Hat die großsprecherische SPD-Bildungspolitik nicht mehr zu bieten, als daß sie eine Werkkunstschule zur Hochschule hochstilisiert, um jene dann finanziell zu ruinieren?

Das System von Kursen und Vorlesungen an der Hochschule kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine inhaltliche Zielsetzung der Hochschule, das heißt ein Bildungsauftrag, bis heute nicht formuliert wurde. Folglich fehlt auch dem Lehrangebot die innere Logik. Völlig ungeklärt ist auch die Stellung der Hochschule für Gestaltung innerhalb des Hochschulbereichs und das Verhältnis zu Fachhochschulen wie Darmstadt und Wiesbaden und dem Fachbereich für Gestaltung an der Gesamthochschule Kassel.

Um den Irrsinn perfekt zu machen, soll die Hochschule baulich erweitert werden (die hessische Landesregierung hat 1,42 Millionen D-Mark zugesagt), um noch mehr Studenten aufnehmen zu können (es sind zur Zeit ca. 350). Finanzen für die sächliche und personelle Ausstattung der Hochschule, die erst eine qualifizierte Ausbildung ermöglichen würde, werden nicht gewährt. Dieses Vorgehen kann nur als kriminell und verantwortungslos bezeichnet werden, denn Opfer dieser Politik sind die Studenten, die um ihre Ausbildung betrogen werden: Die Studierenden an dieser Hochschule haben keinerlei Berufsperspektiven. Ein Absolvent der Hochschule für Gestaltung wird höchstens mit einem mitleidigen Lächeln bedacht, wenn er sich nach seinem „Studium“ um eine Anstellung bewirbt – allerdings nicht deswegen, weil die fortschrittlichen Lehrinhalte der HfG nicht mit der reaktionären Praxis beispielsweise einer Werbeagentur oder eines Architekturbüros in Übereinstimmung zu bringen wären, sondern deswegen, weil man nicht einmal in solchen Institutionen eine angemessene Funktion ausfüllen kann.

Lothar Leßmann HfG Offenbach

Das Volk muß begreifen, daß nicht jeder Studienwillige auch studieren kann.



Mit diesen Worten leitete der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der selbsternannten zentralen Repräsentanz der Universitäten in der BRD, die Antwort der versammelten Magnifizenzen auf die in Gang gekommene staatliche Planungsoffensive zur Regelung des Zugangs und der Kapazität der Hochschulen ein.

Und in der Tat; das Volk wird dies zu begreifen haben, ob es will oder nicht.

Heute dürfte es vielen klar geworden sein, daß es sich beim Numerus Clausus nicht um eine kurzfristige Übergangsmaßnahme handelt, die aus einer verfehlten Bil-

dungspolitik resultiert. Gerade die jüngsten staatlichen Maßnahmen machen deutlich, daß der NC zum unverzichtbaren Bestandteil kapitalistischer Planung und Steuerung des Bildungswesens geworden ist.

Am Beispiel des NC ist die Misere kapitalistischer Bildungspolitik, der Bankrott der noch vor wenigen Jahren v.a. von Sozialdemokraten verkündeten Bildungsreform euphorie für Schüler, Eltern und Lehrer nachdrücklich erfahren worden. Die Diskrepanz zwischen liberalem Anspruch und kapitalistischer Realität ist nicht mehr zu verschleiern.

Falsch und zu kurzgegriffen wäre es jedoch, würde man Empörung und Protest allein und in erster Linie an der verweigeren Zulassung zum Hochschulstudium festmachen, würde man übersehen, daß der NC gravierende Konsequenzen für die Schul- und Hochschulausbildung hat, mit ihnen einhergeht.

Frühzeitige Selektion, verschärfter Leistungsdruck, Konkurrenz unter den Schülern, Hierarchisierung der Ausbildungsgänge, Ersetzung der allgemeinen Hochschulreife, staatlich verordnete konzertierte Reform- und Abstimmung der Schul- und

Hochschulcurricula, Ökonomisierung und Rationalisierung des Ausbildungsbereichs mit Kurz- und Langstudienstänge, Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulation, wobei Reglementierung der Ausbildungsgänge und politische Disziplinierung der Auszubildenden zunehmend größeren Stellenwert erhalten.

Eine politische, antikapitalistische Strategie gegen den NC, gegen die Bildungsmisere hat dies zu reflektieren, soll die Gemeinsamkeit des Kampfes an den Schulen und Hochschulen nicht nur abstrakt deutlich werden. Ob in Berlin und Bayern Studenten gegen die Hochschulgesetzgebung kämpfen, in Hamburg und Bremen gegen reaktionäre Prüfungsordnungen, in Frankfurt augenblicklich der NC im Mittelpunkt der hochschulpolitischen Auseinandersetzungen steht, Schüler gegen das Notensystem kämpfen, Lehrlinge gegen Stufenpläne und duale Ausbildung, trotz aller Verschiedenheit und weiterhin bestehender Privilegien z.B. der Studenten gegenüber den Lehrlingen ist es möglich und notwendig die gemeinsame Grundlage, die gemeinsamen Interessen im Kampf gegen kapitalistische Bildungsreformmaßnahmen konkret aufzuzeigen.

Wir haben erkennen können, daß der NC nicht ein Versagen staatlicher Bildungspolitik darstellt, daß die Liberalität zur Phrase wird, daß es uns nicht darum gehen kann, dieses liberale Recht wieder herzustellen, sondern daß dieses eine Fiktion ist, die von gesellschaftlichen Voraussetzungen absieht, daß dieses System es sich sehr wohl leisten kann, Millionen in Forschungsprojekte zu investieren, die vergedeten Aufwand bedeuten, dies ist die Existenzgrundlage eines großen Teils der bürgerlichen Ökonomie und anderer Wissenschaften: Ideologieproduktion, Wissenschaft die das was sie forscht und verbreitet nicht mehr zu hinterfragen versteht, ihren eigenen Stellenwert nicht zu begründen vermag.

Vergeudung gesellschaftlicher Ressourcen auf der einen Seite, Rationalisierung und Ökonomisierung auf der anderen, das hat System: Vergeudung zur Produktion von Ideologie und Ideologieproduzenten, Straffung des Studiums, Rationalisierung der Ausbildung orientiert an den Kapitalverwertungsinteressen.

Kapitalistische Bildungspolitik verläuft widersprüchlich. Ausgaben für das Bildungswesen stellen unproduktive, profitschmälernde Kosten dar, die es zu minimieren gilt, andererseits werden qualifiziertere Arbeitskräfte vermehrt benötigt.

Der Staat bestimmt vordergründig über die Inhalte der Ausbildung, über die Zahl der Auszubildenden, jedoch wo und wie sie eingesetzt werden, ob ein Bedarf an bestimmten Qualifikationen besteht, darüber entscheidet er nicht und dies ist langfristig nicht zu planen.

Lehrer werden in staatlichen Hochschulen ausgebildet, in staatlichen Schulen eingesetzt, welche Qualifikationen die Schüler benötigen, wird letztendlich von anderen formuliert. Eine langfristige Gesamtplanung gibt es nicht.

Der Ausweg ist ein scheinbarer: Kapitalistische Bildungsreform setzt da an, wo sie glaubt am ehesten die Dinge in Griff zu bekommen. Rationalisierung und Intensivierung der Schul- und Hochschulausbildung, formale, organisatorische Veränderungen, mit Reglementierung der Ausbildung verbundene Verschärfung des Leistungsdrucks, Effektivierung, Maßnahmen die einzig und allein der Logik kapitalistischer Rationalität folgen.

So werden im 2. Rahmenplan die Schwerpunkte der Hochschulreform benannt: zentrale Koordination und Abstimmung der Entwicklung von Raum- und Personalkapazitäten, Neuordnung der Forschungsorganisation – zentrale Verteilung der Studienplätze und Weiterentwicklung der Zugangsregelungen, Festlegung der Aufnahmequoten – bundeseinheitliche Festlegung der Lehrdeputate für Hochschullehrer – Studienberatung – Verkürzung durch Einführung von Kurz- und Langstudienjahren, Studienjahr.

Schwerpunkte der Anpassung der Studieninhalte und -ziele hat man offensichtlich noch nicht in den Griff bekommen. Besteht auch Einigkeit in der Verhinderung und Bekämpfung emanzipatorischer Studienformen und marxistischer Lehrinhalte, nicht zuletzt hier haben ja auch die staatlichen Bemühungen um eine zentralisierte Kontrolle und Bestimmung der Studieninhalte ihren Stellenwert, bleibt darüber hinaus bisher doch nicht viel mehr als ein rigider organisatorischer Rahmen:

“Die Reform der Studiengänge mit dem Ziel einer zeitlichen Begrenzung der Studienzeiten ist das Kernstück der Hochschulreform.“ (Dohnanyi) Ist es auch das Ziel kapitalistischer Bildungspolitik “durch gesetzlich geregelte Anwendung eines relativ kurzfristig wirksamen Steuerungsinstrumentariums die Anpassung der Entwicklung der Studieninhalte. . . an eine veränderte ökonomische und technologische Situation“ zu erreichen, sind die Grenzen

solcher auf Veränderung der Inhaltbezogener Planung doch sehr eng, solange die Veränderung von Arbeitsplatzstrukturen und des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften abhängig ist von den Profit- und verwertungsinteressen der einzelnen Kapitalisten.

So beschränkt sich kapitalistische Reform der Studieninhalte und -ziele bisher wesentlich auf Komprimierung und Reglementierung.

“Die Studien- und Prüfungsordnungen werden von weniger wichtigem Wissenstoff und Pflichtveranstaltungen entlastet. . . Es müssen Studiengänge und Studienabschlüsse getroffen werden, mit denen in kürzerer Zeit als im bisherigen Studium an wissenschaftlichen Hochschulen berufsqualifizierende Abschlüsse erworben werden können . . . Hier sind die späteren Arbeitgeber – Staat und freie Berufswelt – in besonderem Maße verpflichtet, präzise Vorstellungen zu entwickeln“.

Sind auch diese Vorstellungen noch sehr vage, so wird doch bereits der Aufbau eines zentralen Instrumentariums in Angriff genommen, um die Studienreform stärker in den Griff zu bekommen. Vor kurzem wurde der Entwurf eines Staatsvertrages “zur Reform von Studium und Prüfungen bekannt, nach dem Vertreter des Staates und der Hochschulen paritätisch in zentralen Kommissionen . . . Studienordnungen und Prüfungsordnungen im Hinblick auf Studienziele und Studieninhalte sowie die Organisation von Lehre und Studium überprüfen und weiterentwickeln mit dem Ziel, ein Angebot von abgestuften und aufeinander bezogenen und auf berufliche Tätigkeitsfelder ausgerichteten Studiengängen und Studienabschlüssen zu schaffen. Die Kommissionen gehen dabei von den Zielen und Maßnahmen der Bildungsplanung aus, die aufgrund des Artikels 91b des Grundgesetzes oder durch die für das Hochschulwesen zuständigen Landesminister festgelegt werden.“ Und:

“Die für das Hochschulwesen zuständigen Landesminister entscheiden, ob und gegebenenfalls mit welchen Änderungen die von der ständigen Kommission beschlossenen Empfehlungen . . . verbindlich sind.“

Deutlicher können Ziele der Zentralisierung bildungspolitischer Entscheidungen und die immer stärkere Abschaffung von Entscheidungskompetenzen der Hochschulen und Fachbereiche nicht zum Ausdruck gebracht werden.

Heiner Heseler

Juristische Absicherung

Am 18. Juli 1972 sprach das Bundesverfassungsgericht (BVG) sein Grundurteil über die Zulässigkeit von Aufnahmebeschränkungen für Hochschulen anhand einer Überprüfung der Zulassungsgesetze von Hamburg und Bayern aus. Wir können hier nicht auf Einzelheiten des Urteils eingehen.¹⁾ Hier nur so viel: Das Urteil bringt zwei wesentliche Ergebnisse:

1. Aus dem Grundrecht auf freie Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte (Art 12 GG), zusammen mit dem Gleichheitsprinzip (Art 3 Abs. 1 GG) und dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes leitet das BVG ein Recht jedes Staatsbürgers ab, zu einem Hochschulstudium seiner Wahl.

2. Dieses Recht wird jedoch durch die faktische Aufnahmefähigkeit der Hochschulen beschränkt. Zulassungsbeschränkungen müssen in einem formulierten und nachprüfbar Verfahren ausgesprochen werden. Zuständig für die Regelungen des Hochschulzugangs ist der Staat und nicht die Hochschulen.

Als Reaktion auf das BVG-Urteil haben die Ministerpräsidenten der Länder am 20. Oktober 1972 einen Staatsvertrag abgeschlossen, der eine bundeseinheitliche Regelung des Hochschulzugangs ermöglicht.²⁾

Durch den Staatsvertrag wird jene 'technisch perfekte Lösung' des Hochschulzugangs vorbereitet, von der die technokratischen Reformer immer wieder sprechen — nicht etwa die Abschaffung des NC. Nach dem Staatsvertrag soll in Nordrhein-Westfalen eine Zentralstelle eingerichtet werden, die die "verfügbaren Studienplätze" für sämtliche Hochschulen in der Bundesrepublik vergibt. Im folgenden sind die wichtigsten Konsequenzen aus dem Staatsvertrag zusammengestellt.

1. Mit der Verabschiedung des Staatsvertrages ist ein weiterer Schritt zur Vereinheitlichung und Zentralisierung gegangen worden. Die Bundesländer delegierten dabei einen Teil ihrer Rechte an eine Zentralstelle, deren Verwaltungsausschuß³⁾ die Kompetenz erhält, über folgende Fragen rechtswirksame Beschlüsse zu fassen (Art. 5 Abs. 2):

- welche Studiengänge in das zentrale Vergabeverfahren einbezogen werden;
- nach welchen Grundsätzen und Berechnungsmodellen die Aufnahmekapazitäten der Hochschulen zu ermitteln sind;
- wie die bei der Zentralstelle anfallenden Daten ausgewertet und veröffentlicht werden;
- welche Richtlinien für die Arbeit der Verwaltung der Zentralstelle gelten;

des Lenkungs-instruments

— nach welchen Richtlinien die Studienberatungsstellen und die Studienbewerber informiert werden.

2. Durch den Staatsvertrag werden die Länder verpflichtet, für sämtliche Studiengänge in den staatlichen Hochschulen, bei denen zu erwarten ist, daß die Zahl der Studienbewerber die Zahl der Studienplätze übersteigt, eine "Höchstzahl" der aufzunehmenden Studienbewerber festzulegen. In das zentrale Vergabeverfahren soll ein Studiengang dann einbezogen werden, wenn die Mehrzahl der ihn anbietenden staatlichen Hochschulen hierfür Höchstzahlen festgelegt hat. Die Festlegung der Studentenzahlen, die von einer bestimmten Hochschule in einem bestimmten Fach aufgenommen werden, bleibt auch nach dem Staatsvertrag eine Angelegenheit der einzelnen Bundesländer bzw. der einzelnen Hochschulen. Nach welchen Kriterien dabei zu verfahren ist, wird nicht sehr präzise festgelegt.

Zunächst wird verlangt, daß die Hochschulen so viele Studienbewerber aufnehmen, "als dies unter Berücksichtigung der personellen, räumlichen, sächlichen und fachspezifischen Gegebenheiten zur Aufrechterhaltung einer geordneten Wahrnehmung der Aufgaben der Hochschule in Forschung, Lehre und Studium unbedingt erforderlich ist." Art. 9 Abs. 2). Um durch diese unpräzise Bestimmung nicht die Möglichkeit willkürlicher Hochschulentscheidung zu eröffnen, werden einige Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Wichtigste Maßnahme ist dabei die einheitliche Kapazitätsermittlung und Kapazitätserfassung; Verfahren der Kapazitätsberechnung bekommen dadurch eine zentrale Bedeutung.

Der Staatsvertrag macht aber keineswegs den Hochschulen zur Auflage, so viele Studenten aufzunehmen, wie in einem bestimmten Studienfach Studienmöglichkeiten geschaffen werden können. Die Höchstzahlen können auch als ein Mittel der Hochschulplanung eingesetzt werden, wenn damit folgende Ziele erreicht werden (Art. 9 Abs. 3):

1. ein regional gleichmäßiges Bildungsangebot,
2. eine ausgewogene Verteilung der Studienanfänger auf die Hochschulen,
3. eine gleichmäßige Auslastung der Hochschulen,
4. die Erprobung neuer Studiengänge und methoden,
5. den geordneten Aus- oder Aufbau oder die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Hochschulen.

Numerus Clausus

Die bisherigen Auswahlverfahren

Für alle jene Fächer, in denen in vielen oder allen Hochschulen ein NC besteht, hatte die Westdeutsche Rektorenkonferenz eine Zentrale Registrierstelle für Studienbewerber (ZRS) eingerichtet, um Mehrfachzulassungen an verschiedenen Hochschulen zu verhindern und die zur Verfügung stehenden Studienplätze optimal, d.h. kostensparend und verwaltungsvereinfachend zu vergeben. Derzeit werden von der ZRS für die Fächer Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin, Pharmazie, Psychologie, Architektur, Biologie, Physik, Mathematik und Informatik die knappen Studienplätze verteilt.

Das Auswahlverfahren war dabei folgen dermaßen organisiert:

— Nach mehr oder weniger ausgewiesenen Kriterien legen die Fakultäten (oder Fachbereiche) fest, wieviele Studienbewerber sie für eine bestimmte Studienrichtung aufnehmen wollen. In diesen Entscheidungsgremien haben fast überall Professoren die bestimmenden Positionen inne. NC-Entscheidungen fallen daher in der Regel so, daß durch die aufgenommenen Studienbewerber die Forschungs- und Freizeitprivilegien der Ordinarien nicht gefährdet werden.

— Die Landesregierung (in der Regel der Kultusminister) überprüft die von der Universitätsspitze gemeldeten Aufnahmequoten der Fakultäten (bzw. Fachbereiche) nach meist unbekanntenen Kriterien. Oft werden in diesem Verfahrensschritt die knapp bemessenen Zulassungszahlen der Universitäten leicht erhöht.

— Die von den Kultusministern festgesetzten Zulassungszahlen werden dann an die ZRS weitergemeldet. Zugleich gibt das jeweilige Kultusministerium der ZRS an, nach welchen Kriterien die Studienbewerber auszuwählen sind. Von den zur Verfügung stehenden Studienplätzen vergab die ZRS im Durchschnitt 60% nach "Leistungskriterien" und 40% nach "Wartezeiten". Außerdem wurden einige Studienplätze für Ausländer und für besondere Härtefälle freigehalten.

"Bei den Plätzen in zulassungsbeschränkten Fächern, die nach Leistungskriterien vergeben wurden, erhielten die Bewerber mit den besten Durchschnittsnoten des Reifezeugnisses Studienplätze. Die Durchschnittsnote ist regelmäßig das arithmetische Mittel der Noten folgender Fächer, soweit sie unterrichtet wurden: Deutsch,

Latein, Griechisch, Englisch, Französisch, sonstige Fremdsprachen, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Sozialkunde, Geschichte, Philosophie, Erdkunde, Wirtschaftskunde, Kunsterziehung – nur für die Studienrichtung Architektur – und sonstige Unterrichtsfächer – außer Religion, Sport und Musik – sofern diese mindestens drei Jahre lang unterrichtet wurden. Wenn einzelne der angeführten Fächer vor dem Abitur in der 11. oder 12. Klasse abgeschlossen wurden, ist die letzte Zeugnisnote heranzuziehen. Häufig werden bestimmte Noten, die mit dem gewünschten Studium in Beziehung stehen, mehrfach gewertet. Das geschieht bei den Studienrichtungen Architektur – Mathematik und Kunst doppelt –, Pharmazie – Biologie und Chemie dreifach, ebenfalls die Note in der pharmazeutischen Vorprüfung nach dem Praktikum, das allerdings ab 1972 nicht mehr vor dem Studium erfolgen kann –, Chemie – Chemie fünffach, Biologie dreifach –, Physik – Physik fünffach, Mathematik dreifach –, Mathematik und Informatik – jeweils Mathematik fünffach, Physik dreifach. Nicht berücksichtigt werden Noten aus Arbeitsgemeinschaften.

Sofern Studienplätze nach Wartezeiten vergeben wurden, hatten die Bewerber Vorrang, bei denen seit dem Erwerb des Abiturs die längste Zeit vergangen war. Unter Bewerbern, die im gleichen Jahr ihr Reifezeugnis erworben hatten, war wiederum die Durchschnittsnote maßgeblich. Am Verfahren beteiligen konnte sich nur, wer sein Abitur in den letzten sechs Jahren gemacht hatte. Einige Bundesländer sahen noch weitere Kriterien vor.⁴⁾

Nach diesem Verfahren erhielten im Sommersemester 1972 von den jeweiligen Bewerbern für ein Fach einen Studienplatz:

– Architektur und Biologie	ca. 50%
– Chemie (Diplom)	ca. 94%
– Chemie (Lehramt)	ca. 60%
– Medizin, Pharmazie, Psych.	ca. 20–25%

Die erforderlichen Durchschnittsnoten lagen dabei zwischen 1,5 und 1,9; die Wartezeit betrug zwischen 2 und 4 Jahren.⁵⁾

Neuregelung durch den Staatsvertrag

Dieses undurchsichtige Auswahlverfahren entspricht nicht mehr den Rationalitätsanforderungen der Hochschul- und Bildungsplanung: Wenn die Verteilung von Studienplätzen zunehmend als ein bildungsökonomisches Problem angesehen wird, dann muß auch das Verteilungsverfahren betriebswirtschaftlichen Rationalitätskrite-

rien genügen. Das Zuteilungsverfahren muß also eingebunden werden in die übrigen Maßnahmen zur Lenkung von Studentenströmen und zur effektiven Mittelverwendung. Da bisher die Hochschulen das Auswahlverfahren organisieren, ist es nur schwer auf die von staatlicher Seite gesetzten Finanz- und Planungsdaten abzustimmen. Da es zudem recht unterschiedliche Regelungen der einzelnen Bundesländer zuläßt, und die Vergabeentscheidungen rechtlich zweifelhaft sind, besteht ein bildungsökonomischer 'Sachzwang' zu einem bundeseinheitlichen Verfahren zu kommen. Der Staatsvertrag der Bundesländer ist ein entscheidender Schritt in diese Richtung. Wichtigste Bestimmung des Staatsvertrages ist die Kopplung von Abiturnote und Studienberechtigung in einem komplizierten Verfahren. Nach den Einzelfestlegungen ergibt sich folgendes Bild für die Verteilung der Studienplätze:

– In den Numerus Clausus-Fächern sollen 60% der verfügbaren Studienplätze nach der Durchschnittsnote des Abiturs vergeben werden, 40 % nach einer "Warteliste" – also nach der Wartezeit nach dem Abitur.

– Vorab sollen für "soziale Härtefälle" bis zu 15%, für Ausländer bis zu 8%, für Sanitätsanwärter der Bundeswehr und für Bewerber für den öffentlichen Gesundheitsdienst bis zu jeweils 2% der Plätze zur Verfügung gestellt werden.

– Bei gleichem Rangplatz (nach Abiturnote oder Wartezeit) haben Bewerber den Vorrang, die einen Wehr- oder Ersatzdienst geleistet haben oder zwei Jahre als Entwicklungshelfer tätig waren.

Es war auch den Ministerpräsidenten der Länder bzw. den Kultusministern bewußt, daß die Abiturnoten nur ein recht unsicherer Indikator für die Leistungsfähigkeit der Studienbewerber sind. In den Staatsvertrag wurde daher die Forderung aufgenommen, daß "für die Bewertung der Reifezeugnisse und der Zeugnisse der Fachhochschulreife ... einheitliche Maßstäbe zu entwickeln" sind, "um im gesamten Geltungsbereich des Staatsvertrages eine gerechte Zulassung nach dem Grad der Qualifikation zu gewährleisten." Diese Forderung ist bewußt allgemein gewählt, um für mögliche Entwicklungen in Richtung eines bundeseinheitlichen Abiturs oder nach einer Hochschuleingangsprüfung offen zu bleiben.

Bis diese "einheitlichen Maßstäbe" vorhanden sind, wird nach folgenden Grundsätzen verfahren (Art. 11 Abs.8):

"Für die Bewertung der Reifezeugnisse

und der Zeugnisse der Fachhochschulreife sind einheitliche Maßstäbe zu entwickeln, um im gesamten Geltungsbereich des Staatsvertrages eine gerechte Zulassung nach dem Grad der Qualifikation zu gewährleisten. So lange solche Maßstäbe noch nicht entwickelt sind, ist nach folgenden Grundsätzen zu verfahren: Für jedes Land werden jährlich die Durchschnittsnoten aller Reifezeugnisse festgestellt. Aus dem Ergebnis der einzelnen Länder wird eine Gesamtdurchschnittsnote für alle Länder ermittelt. Unterschreitet die Durchschnittsnote eines Landes die Gesamtdurchschnittsnote, so werden für das Vergabeverfahren die Noten der Reifezeugnisse dieses Landes um die Differenz heraufgesetzt, im umgekehrten Fall entsprechend herabgesetzt."

Diese Regelungen sollen für eine Übergangszeit von drei Jahren gelten.

In Artikel 11 Abs. 1 wird festgelegt, daß bei der Berechnung des Rangplatzes eines Bewerbers auf der "Leistungsskala" überwiegend die "Qualifikationen der Bewerber für das gewählte Studium" ausschlaggebend ist, wobei "Leistungen, die in engem Zusammenhang mit dem gewählten Studium stehen" besonders gewertet werden. Dies bedeutet, daß bei der Aufstellung der Rangplätze in einem Studienfach ein fachspezifisches Berechnungsverfahren entwickelt werden muß (ähnlich wie bereits in Medizin, Pharmazie oder Psychologie von der ZRS praktiziert). Hierbei werden einzelne Fächer mit einem besonderen Gewichtungsfaktor belegt.

Rein statistisch gesehen, entscheiden nach den Regelungen des Staatsvertrages folgende Faktoren über die Chance eines Studienbewerbers, einen Studienplatz in einem gewählten Fach an einer deutschen Hochschule zu erhalten:

a) Die Zahl der insgesamt für diese Studienrichtung zur Verfügung gestellten Studienplätze: Diese Zahl hängt weitgehend von den Zielen der Hochschul- und Bildungsplanung und den im Bildungssektor investierten Mitteln ab.

b) Der Zahl der um diese Studienplätze konkurrierenden Studienbewerber: Diese Größe ist kaum planbar; durch gezielte Studienberatung versuchen die Bildungsplaner sie etwas zu manipulieren.

c) Der Rangplatz auf der bundesweiten "Leistungsskala": Dieser Platz hängt nicht von den Einzelleistungen des Studienbewerbers ab, sondern vom Verhältnis seiner Durchschnittsnote zu der seiner Konkurrenten.

d) Dem Rangplatz auf der bundesweiten "Warteliste".

'Leistungsprinzip' als Selektionskriterium

Entscheidendes Auswahlkriterium ist die durch die Abiturnote nachgewiesene Schulleistung des Bewerbers. In den Abiturnoten sieht man ein Maß für die Leistungsfähigkeit des Abiturienten. Diese 'Leistung' wird dabei als Ausdruck dafür genommen, wieweit der Schüler ein Verhalten erworben hat, das nach einem den Schülern äußerlichen Regelsystem positiv bewertet wird. Es ist inzwischen fast eine triviale Feststellung: Schulnoten messen nur zu einem geringen Teil kognitive Leistungsfähigkeit, sondern sind mehr ein Maß für erbrachte Anpassungsleistungen.⁶ In ihnen drückt sich vor allen Dingen aus, wieweit der Schüler sich festgesetzten Regeln unterwirft und Arbeiten erfolgreich vollbringt, die oft genug seinen Interessen diametral entgegenstehen. (Bei der Berechnung der Durchschnittsnote werden auch konsequent die Noten aus freiwilligen Arbeitsgemeinschaften nicht berücksichtigt.)

Die 'Leistungsmessung' wird dabei von einzelnen Lehrern vorgenommen. Deren subjektive Präferenzen und Interpretations-schemata bestimmen danach, was positiv zu werten ist. Es ist in vielen empirischen Untersuchungen stichhaltig nachgewiesen worden, daß gleiche Leistungen von verschiedenen Lehrern verschieden bewertet werden. Es kann also nicht davon ausgegangen werden, daß gleiche Zensuren, unter ungleichen Bedingungen erworben, gleiche Leistungen anzeigen.

Genauso problematisch ist es, aus den so ermittelten 'Leistungen' auf zukünftige Befähigungen des Schülers zu schließen. In verschiedenen Untersuchungen ist nachgewiesen worden, daß gute Schulnoten nichts oder nur wenig über den späteren Studienerfolg aussagen.⁷ Wie sollten sie auch: Zum einen ist es unwahrscheinlich, daß den Interpretationen des Lehrers prognostische Kraft innewohnt; zum anderen hat ja der Schüler auf der Universität das erste Mal Gelegenheit, nicht zwangsweise verordnete, sondern nach seinen Interessen ausgewählte Lernprozesse zu durchlaufen.

Schichtenspezifische Auslese

Gravierend erscheint, daß durch die Auswahl nach Schulleistung und Jahrgangsprinzip gerade jene Abiturienten am ehesten betroffen werden, die aus den "ökonomisch schwachen" Schichten stammen. Nach wie vor kommen in der BRD weniger als 10% der Abiturienten aus Arbeiterfamilien. Zentraler Grund dafür ist ein Schulsystem, das auf den Bildungsvoraussetzungen der Mittelschicht aufbaut, nach deren Maßstäben die Normen für Schulleistung festgesetzt und in dem die Noten von Lehrern gemacht werden, die in der Regel die Leistungen von Kindern aus dem Mittel-

stand höher bewerten als die Leistungen von Arbeiterkindern. Hinzu kommt, daß bei der gegenwärtigen Bildungsmisere (überfüllte Klassen, überlastete Lehrer) Schulversagen für jene programmiert ist, für die nicht durch ein bildungsfreundliches Elternhaus die Mängel der Schule ausgeglichen werden. Dies alles schlägt sich insgesamt in der Regel auch im Notendurchschnitt des Abiturzeugnisses von Arbeiterkindern nieder. Die Folge: gerade diese finanziell schwachen Studienbewerber müssen besonders lange auf einen Studienplatz warten.

Zentralisierung als Mittel technologischer Anonymisierung

Durch das im Staatsvertrag festgelegte Verfahren werden die Hochschulen endgültig von der Teilnahme am Auswahlverfahren ausgeschlossen. Regelungen, wie sie früher in Bremen möglich waren, nach denen der Schüler sich schriftlich bewarb und in einem Gespräch seine Interessen an einem Studium vertreten konnte, gibt es nicht mehr. Durch die Zentralisierung wird das gesamte Verfahren einerseits irrationalisiert und andererseits vor möglichen Widersprüchen gegen Entscheidungen besser geschützt und gegen politischen Widerstand besser abgesichert.

Durch den Vergleich der Durchschnittsnote in einem Bundesland mit dem Bundesdurchschnitt der Abiturienten und der damit berechneten Korrektur von Einzelleistungen wird es für den einzelnen Abiturienten völlig unkalkulierbar, ob er einen Studienplatz erhält oder nicht. Er mag sich noch so anstrengen; wenn er das Pech hat, in einem Bundesland mit guten Durchschnittsnoten zu wohnen, kann ihm durch die Differenz zu dem 'schlechten' Bundesdurchschnitt seine mühsam erworbene Note so 'aufgestockt' werden, daß er nur noch auf einen hinteren Rangplatz kommt.

Juristischer Widerspruch gegen die Entscheidung der Zentrale wird durch die Regelung erschwert, daß sich das zuständige Gericht am Ort der Zentralstelle befindet. Auch diese Erschwerung dürfte sich besonders gegen finanziell weniger kräftige Familien richten.

Die überregionale Organisation und die technische Perfektionierung des Verfahrens hat auch Konsequenzen für möglichen politischen Widerstand. Auf den Computer läßt sich kein Druck ausüben; zudem individualisiert das dominierende 'Leistungsprinzip' die Schüler so stark, daß scheinbar kein Fall mehr dem anderen gleicht. Den Schülern tritt kein Auswahl Ausschuss gegenüber, sondern ein technisch perfektioniertes anonymes Berechnungssystem.

Maßnahmen zur technischen Perfektionierung und Konservierung des NC

Es wäre ein folgenschweres Mißverständnis zu glauben, bei dem NC würde es sich um eine kurzfristige Maßnahme handeln.

Es wird in letzter Zeit immer deutlicher, daß auf den NC als Lenkungs- und Selektionsinstrument im Rahmen kapitalistischer Bildungsplanung nicht verzichtet werden kann. Der falsche Schein von der Kurzfristigkeit der NC-Maßnahmen wird immer wieder dadurch produziert, daß von offizieller Seite darauf hingewiesen wird, daß jede NC-Entscheidung nur für ein Jahr getroffen und dann erneut überprüft werden muß.

Was bei diesen Überprüfungen herauskommen wird, hat die Bund-Länder-Kommission (BLK) in ihrem Bericht zu den Mittelfristigen Bildungsaufgaben bis 1975⁸ schon klar formuliert. Durch die Streichung von 5 Milliarden DM wird im Bildungssystem alles so bleiben wie bisher: überfüllte Schulen und Hochschulen, Lehrermangel, Raumknappheit usw. Der Staatsvertrag gilt daher "für unbestimmte Zeit". (Art. 16 Abs. 2)

Zulassungsbeschränkungen für einzelne Studienrichtungen können immer wieder aufgehoben werden; dafür werden in anderen Richtungen welche eingeführt. Was bleibt ist der NC als Lenkungs- und Selektionsinstrument. Gegen die Konservierung des NC hat letztendlich auch das Bundesverfassungsgericht keine Einwände. Zwar sieht es die Möglichkeit, daß durch das Ausbildungsmonopol des Staates "ein objektiver sozialstaatlicher Verfassungsauftrag zur Bereitstellung ausreichender Ausbildungskapazitäten für die verschiedenen Studienrichtungen" folgen könne; dieser Verfassungsauftrag wird jedoch sofort wieder eingeschränkt, da das 'Mögliche', das der Staat für den Einzelnen zu tun und zu leisten habe, dadurch bestimmt sei, "was der Einzelne vernünftigerweise von der Gesellschaft beanspruchen kann." Von daher besteht für die staatlichen Entscheidungsträger überhaupt kein Anlaß, bei der Setzung von politischen und finanziellen Prioritäten zwischen dem objektiv vielleicht Möglichen und dem jeweils Vorhandenen einen Unterschied zu sehen.

Im Verständnis des BVG ist es Aufgabe des Staates zu definieren, was gesellschaftlich "vernünftigerweise" möglich ist. Die faktischen Maßnahmen der staatlichen Organe bestimmen so das Maß der Vernünftigkeit. Im NC-Urteil lieferte das BVG ein Paradestück juristischer Verschleierungsakrobatik. Letztendlich bedeutet das Urteil eine Blankovollmacht für jede Form staatlicher Finanz- und Bildungspolitik, die einem Minimum an Plausibilität genügt. Faktisch bedeutet das NC-Urteil eine höchst-richterliche Bestätigung der bisherigen Mängelverwaltung. Die bisherigen Formen chaotischer Prioritätensetzung sollen lediglich durch technisch perfektere abgelöst werden.

Der Numerus Clausus mag nun zwar ein technisch effektives Lenkungs- und Selektionsinstrument sein; er hat jedoch ökonomische und politische Implikate, die es langfristig erforderlich machen, das Instrumentarium der Lenkung und Selektion zu ergänzen:

– Das allgemeine Kapazitätsberechnungsverfahren, das zum Kernstück der NC-Maßnahmen gehört, ist weitgehend unsensibel gegen spezifische Anforderungen. Steuerungsmaßnahmen in einzelnen Studienrichtungen, deren Zielwerte sich an den Bedürfnissen der kapitalistischen Wirtschaft orientieren, sind damit nur mühsam begründbar.

– Das allgemeine und zentralisierte Zulassungsverfahren hat als Ausgangsdaten die von den Studienbewerbern geäußerten Studienwünsche. Individuelle Wünsche und gesellschaftlicher Bedarf sind durch ein formalisiertes Ausleseverfahren nur schwer zur Deckung zu bringen.

– Wegen der langsamen Expansion des Hochschulsystems und seiner nur begrenzten "Kompressionsfähigkeit" wird voraussichtlich die Zahl der abgewiesenen Studienbewerber in Zukunft weiter ansteigen. Hierdurch entsteht ein unproduktives und politisch konfliktträchtiges Potential.

Die zuständigen staatlichen Stellen planen daher neue Maßnahmen, um die Vergabe von Studienplätzen strukturell zu reorganisieren und die Studentenströme bereits zu verkleinern und zu kanalisieren, bevor sie die Hochschulen erreichen. Der entscheidende Schritt in diese Richtung wird vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BmBW) geplant. In der "Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung" (BLK) wird erwogen, die Koppelung von Abitur und Studienberechtigung aufzuheben. Voraussetzung für einen Studienplatz wäre dann eine erfolgreich abgelegte Hochschul-Zugangsprüfung. Die BLK kommt mit diesen Planungen elitärkonservativen Professoreninteressen entgegen. Zugleich genügt ein derartiges Zulassungsverfahren den Bedürfnissen kapitalkonformer Qualifikationsplanung besser als das jetzige Verfahren. Der Kieler Anatomie-Professor v. Kügelen formuliert seine Interessen und die vieler seiner Kollegen so: "Jedenfalls kann die Universität nicht länger jedem Abiturienten nach seinem eigenen Belieben und womöglich noch zur vervollkommnung seines Persönlichkeitsbildes nach eigenem Ermessen, ohne weitere Verpflichtung und beliebig lange offenstehen." Es gilt, "aus der Masse der Studienwilligen diejenigen auszuwählen, die zum wissenschaftlichen Studium auch wirklich befähigt sind", die sich also entweder produktiv am Wissenschaftsprozess beteiligen oder sich planmäßig auf einen wissenschaftlichen Beruf vorbereiten, die also den Pflichten genügen, die die Gesellschaft an sie stellt.

Dem letzten Wunsch kommen die Planungen des BmBW und der BLK entgegen. Es ist daran gedacht, durch eine Kombination von schulischer Leistungsbewertung und standardisierten Tests die fach- bzw. studiengangsspezifische Eignung zu ermitteln. Speziell entwickelte Testverfahren sollen also alle im Abiturzeugnis ausgedrückten Leistungen relativieren. Um die Willkür der Notengebung auszuschalten, denkt man dabei zusätzlich an eine Zentra-

lisierung und Vereinheitlichung des Abiturs (ähnlich wie in Frankreich oder Italien). Zwar sind diese Planungen noch nicht übermäßig weit gediehen. Doch die Planungen für zentrale Test-Entwicklungs-Institute sind schon weit fortgeschritten und ernst zu nehmen. Tests reproduzieren immer nur die in sie eingegangenen Voraussetzungen; Das Spektrum möglicher Reaktionen und die Bewertung der Reaktionen ist vordefiniert. Entscheidend ist also, wer derartige Eignungstests entwickelt. Durch die Einrichtung staatlicher Testinstitute soll garantiert werden, daß die "Eignungsdiagnosen" nicht nur ein Verfahren zur Ermittlung der "fähigsten" Studienbewerber sind. Selbst wenn die Ergebnisse dem Studienbewerber nur eine Hilfe zur individuellen Studienwahl bieten sollten, läßt sich durch die Konstruktion der Testverfahren auf elegante Weise Bedarfs- und Nachfrage lenkung betreiben.

'Verobjektivierte Eignungs- und Leistungsmessung' (Pädagogische Diagnostik) soll langfristig über die Hochschulzugangsprüfung hinaus zu einem Gesamtsystem der Schullaufbahn, Berufs- und Studienberatung ausgebaut werden. Das klingt so lange geradezu fortschrittlich, wie man sich bei 'Beratung' einen Vorgang vorstellt, der auf die subjektiven Bedürfnisse und Interessen des Betroffenen gerichtet ist und man den 'rat-losen' Zustand von Schülern und Studenten vor Augen hat. Was hier jedoch gemeint ist, wird beispielhaft an der bereits in einigen Fächern der Universität eingeführten 'obligatorischen Studienberatung' deutlich. Es handelt sich um nichts anderes als eine Zwischenprüfung nach standardisiertem Verfahren, deren zweimaliges Nichtbestehen zum erzwungenen Abbruch des Studiums führt.

Das gesamte Beratungswesen soll in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern aufgebaut werden; auf Bundesebene bekommt dabei die "Bundesanstalt für Arbeit" zentrale Bedeutung. Schon hierdurch wird deutlich, daß durch gezielte 'Beratung' nicht nur die Wünsche der Schüler und Studenten den ungenügenden Ausbildungskapazitäten angepaßt werden sollen, sondern – soweit überhaupt bekannt – die Schüler- und Studentenströme in jene Ausbildungsgänge gelenkt werden sollen, für die ein lokaler 'Bedarf' besteht. Während der 'Bedarf' der Wirtschaft an hochqualifizierten Arbeitskräften zumindest kurzfristig aus deren den Ausbildungsämtern bekannten Stellenangeboten ermittelbar ist, bleibt der Bedarf gesellschaftlicher Investitionen (wie etwa Schulen) eine von politischen Entscheidungen abhängige Größe.

Ein im Sinne von Berufs- und Nachfrage lenkung funktionsfähiges 'Beratungssystem' hat jedoch eine weitgehende Umstrukturierung von Schule und Hochschule zur unabdingbaren Voraussetzung:

1. Nach den Vorstellungen der Bund-Länder-Kommission (BLK) soll im Schulbereich auf eine noch weitgehend an allgemeinbildenden Lernzielen orientierte Sekundarstufe I eine Sekundarstufe II folgen,

die differenzierte Ausbildungsgänge vorsieht. Es ist vorgesehen:

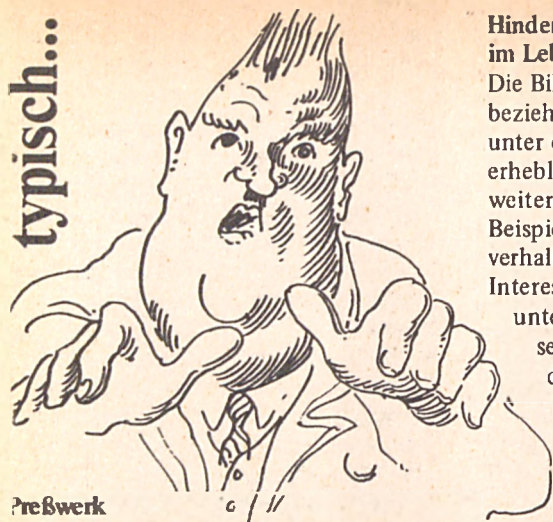
- "Berufsqualifizierende Bildungsgänge": Dieser Abschluß soll für eine weitere Ausbildung befähigen, die dann aber unmittelbar in der Wirtschaft stattfindet.
- "Studienbezogene Bildungsgänge" sollen für ein Hochschulstudium vorbereiten. Die Abschlüsse sollen jedoch so weit fachspezifisch sein, daß nur bestimmte Fächer studiert werden können.
- "Bildungsgänge, die mit einer beruflichen Qualifikation oder Ausrichtung auch Bildungsgänge im Tertiären Bereich eröffnen". Im Klartext heißt das: Diese Bildungsgänge führen zum Fachhochschulbereich oder zu Kurzstudiengängen.
- "Berufsbefähigende Bildungsgänge"; sie sind stark praxisorientiert und führen unmittelbar ins Berufsleben.

Wenn eine derartige Differenzierung im Sekundarschulbereich erreicht wird, dann können die Absolventenströme durch Schullaufbahnberatung und Prüfungssysteme quantitativ gesteuert werden. Es kommt dann nicht mehr so leicht zu einem 'Abiturientenstau' vor den Universitäten, sondern der NC wird systematisch in die Schulen ineinverlagert. Der dann noch sichtbare NC kann dann so manipuliert werden, daß das Konfliktpotential abgebaut wird.

2. Der Differenzierung von Bildungsgängen im Sekundarschulbereich entspricht im Hochschulbereich die Differenzierung nach Kurz- und Langstudiengängen. Gekoppelt mit Regelstudienzeiten und vor allem zentral entwickelten und den Universitäten oktroyierten Studien- und Prüfungsordnungen werden diese Maßnahmen dafür sorgen, daß langfristig in bestimmten Bereichen nicht mehr Hochschulabsolventen produziert werden, als unbedingt gebraucht werden (vgl. z.B. Lehrerausbildung).

GEW-Hochschulgruppe Frankfurt

- 1) Der vollständige Text des Urteils findet sich in der "Neuen Juristischen Wochenschrift" Heft 35 (1972), und in der Zeitschrift "Studentische Politik" (Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung), S.55-58. Dort sind auch Stellungnahmen und Kommentare zu dem Urteil abgedruckt.
- 2) Der Vertragstext ist als Dokument Nr. I in der vorliegenden Dokumentation abgedruckt.
- 3) Dem Verwaltungsausschuß gehört je ein Vertreter der Kultusminister der Länder an; die Bundesregierung kann zwei Vertreter mit beratender Stimme entsenden. Beschlussfähig ist der Verwaltungsrat, wenn die Hälfte der Ländervertreter anwesend ist. Beschlüsse werden mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefaßt. Diese Regelungen stellen sicher, daß nur solche Beschlüsse gefaßt werden, die von den SPD- und CDU-regierten Ländern gemeinsam getragen werden.
- 4) K. Kromphardt / Chr. Kliesing, Hochschulstudium 73. Ein Wegweiser vom Abitur zum Studium, K.H.-Bock-Verlag, Bad Honnef 1972, S.28
- 5) ebd. S. 31 ff.
- 6) vgl. z.B.: K.H. Ingenkamp (Hrsg.), Die Fragwürdigkeit der Zensurengebung.
- 7) s.z.B.: G. Spengler, Abiturleistungen und akademischer Examenserfolg. In: Arbeit und Leistung Heft 9/1967, Frechen bei Köln, S. 157-167



Preßwerk

Da möchte ich nicht stehen, in dem Krach da. Das möchte ich nicht machen, immer nur die Bleche reinschieben. Das würde ich nicht aushalten, acht Stunden im Tag. An meinem Arbeitsplatz, das ist was anderes. Da kann ich öfter mal Pause machen. Da wechselt die Tätigkeit. Da ist jeder Krach lange nicht so. Aber der das da machen muß, der möchte da auch nicht stehen, in dem Krach da. Der möchte das auch nicht machen, immer nur die Bleche reinschieben. Der hält das aber aus, eine Zeitlang wenigstens. Denn das möchte der auch wieder nicht, auf der Straße sitzen oder in Sizilien, wo der herkommt, der Kanake. Andererseits, jemand, der im Büro sitzt und den ganzen Tag nur Listen prüft, der würde das schon gar nicht machen. Aber der würde auch nicht machen, was ich da mache, in dem Dreck da. Der würde sich nicht die Finger schmutzig machen, wie ich. Und nun mal auf größere Sicht: Der Ingenieur, der würde natürlich das alles schon mal gar nicht machen und das im Büro auch nicht, immer dasselbe da. Und der über dem Ingenieur, na ja, ist klar, der fällt da völlig raus, das ist ganz was anderes, schon allein wegen dem Geld auch. Und einer vom Aufsichtsrat, na, das kann ich ihnen sagen, der würde hier an der Presse, ha, also daran ist gar nicht zu denken, und das kann ich schließlich verstehen, ich möchte da ja auch nicht stehen, in dem Krach da.

Vietnam

Das ist eine Kundgebung der SPD hier, merken Sie sich das. Schreiben Sie sich das unter die Ohren, Sie Schnösel, daß da nicht auf die Blumenkästen getreten wird, das kann die Bevölkerung nur abschrecken von ihren Ideen. Aber das paßt ihnen ja nicht, daß wir Sozialdemokraten die Stadt mit Blumenkästen schmücken lassen. Das wäre Ihnen ja viel lieber, wenn das alles verkommt. Und der da vorhin, das war ja das stärkste Stück. Schreibt der an die Kirche, an die historische Kirche, wo wir gerade die Fassade renoviert haben, mit roter Farbe, der Schmierfink, Sieg im Volkskrieg da drauf. Der Provokateur, der elende. So kann man die Bevölkerung nicht gewinnen für eine Sache. Haben Sie was gesagt, was haben Sie gesagt? Ach hören Sie doch auf, Sie haben recht und ich meine Ruhe.

Hindernisse im Lebenszusammenhang

Die Bildung einer Wohngemeinschaft, beziehungsweise einer Kommune, stößt unter den gegenwärtigen Bedingungen auf erhebliche Schwierigkeiten, die so ohne weiteres nicht wegzudiskutieren sind. Zum Beispiel kann sich Harald nicht zu Irmgard verhalten, während Jutta überhaupt andere Interessen hat. Helga meint, daß Frank sie unter Leistungsdruck setzt, was er seinerseits als völlig abwegig bezeichnet, dafür hat er zu Jochen überhaupt keine Beziehung. Karin hat gegenüber Hans einen dicken Vaterkomplex, der, wie Erik meint, so schnell nicht abzubauen ist. Dagegen treten Michael und Tamara nur als Paar in Erscheinung, was Renate, Klaus und Günter nicht nachvollziehen können. Thomas soll wiederum sehr introvertiert sein und mit seinen Schwierigkeiten, sich nach außen zu wenden, stellt er für Petra, aber auch für Hellmut immerhin ein Problem dar, obwohl Herbert als Alternative überhaupt nicht in Betracht kommt, weil er ein übler Zwangscharakter ist. Melissa ist sowieso für eine Frauenwohnung und Stefan zieht erstmal ein halbes Jahr allein, um sich von den Wohnungsdiskussionen zu erholen. Es wird am Schluß wohl darauf hinaus laufen, daß Guntram, Heidi, Irene und Peter zusammenziehen obwohl das Verhältnis zwischen Irene und Peter ziemlich chaotisch ist, Guntram sich zu Peter wahnsinnig konkurrenzt verhält, wofür es nach Heidis Meinung gar keinen Grund gibt. Der Hausbesitzer hingegen ist ein Typ, der viel Geld verdient und sagt, daß er mit seiner Frau in glücklicher Ehe lebt.



Redaktion

Tragen Sie es herbei, Ihr Manuskript. Schinden Sie aber keine Zeile. Zwei Markfünfundzig, bei druckreifen Sätzen. Greifen Sie aber dennoch ins volle Menschenleben. Bedenken Sie: Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, daß es weder einen Herrn noch eine Frau X. gibt, ausgenommen uns selber. Fassen Sie gelegentlich pointiert zusammen, etwa, so kam der General auf seinen Hund, na ja, oder so ähnlich. Lassen Sie das Leitmotiv immer mal wieder anklingen. Schreiben Sie, wie Sie wollen, aber bedenken Sie dabei, Sie wissen schon. Ver-

gessen Sie vor allem ihre Schulaufsätze. Achten Sie darauf, daß es ihnen flott von der Hand geht. Lassen Sie die Leute zu Wort kommen. Es war, sagt Gerda M. heute, eine unbeschreibliche Sache, alles in allem. Beschreiben Sie auch das Lokalkolorit, aber nicht zu ausführlich, und nicht wie im bürgerlichen Roman, sondern nüchtern, kurz mit dem Blick aufs Wesentliche. Das identifiziert der Leser. Denken Sie daran: 30 Zeilen, vierzig Anschläge maximal fünf Seiten. Schließlich brauchen wir Platz für die Photos. Und nun gehen Sie an die Arbeit. Der Wahrheit verpflichtet.



Student und Politik

Ich versteh das nicht, daß die den ganzen Tag da drin, in dem Dreck und so. Das das einer aushält, vierzig Jahre lang. Daß der von hinter Koblenz angefahren kommt und schon um halb vier aufsteht. Der ist ja so kaputt. Der hält sich kaum mehr aufrecht, der torkelt nur so nach Hause, fällt ins Bett und weg ist er. Ich versteh das nicht, wie da jemals was bei rauskommen soll. Das ist mir völlig unklar, bis der mal den Hammer hinschmeißt und sagt Feierabend, hier wird gestreikt. Wenn der das wirklich mal macht, nimmt der die paar Pfennige mehr und macht den selben Scheiß immer weiter. Daß der nicht mal auf die Idee kommt und nimmt einen Schlüssel und haut alles zusammen. Ich weiß nicht, was man da machen soll, da erzählst du dem immer wieder, Arbeit macht dich kaputt, sagt der, weiß ich selber, sagst du, muß man doch was machen, fragt der dich, was? Sagst du was mit Solidarität und so, gemeinsam sind wir stark und so weiter, zuckt der müde mit den Achseln, fingert sich eine Reval raus, schuftet weiter drauflos wie ein Blöder und sagt: der Arbeiter ist sich uneins.

Harry Oberländer



Indochina: Krieg ohne Ende.

Vietnam war in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts unter französische Kolonialherrschaft geraten. Seither gab es zahlreiche Versuche der antikolonialistischen Bewegung die nationale Unabhängigkeit zu erlangen. Große Hoffnungen setzten die Vietnamesen nach dem zweiten Weltkrieg auf die KPF aufgrund deren Mitgliedschaft in der damaligen französischen Regierung. Vergebens.

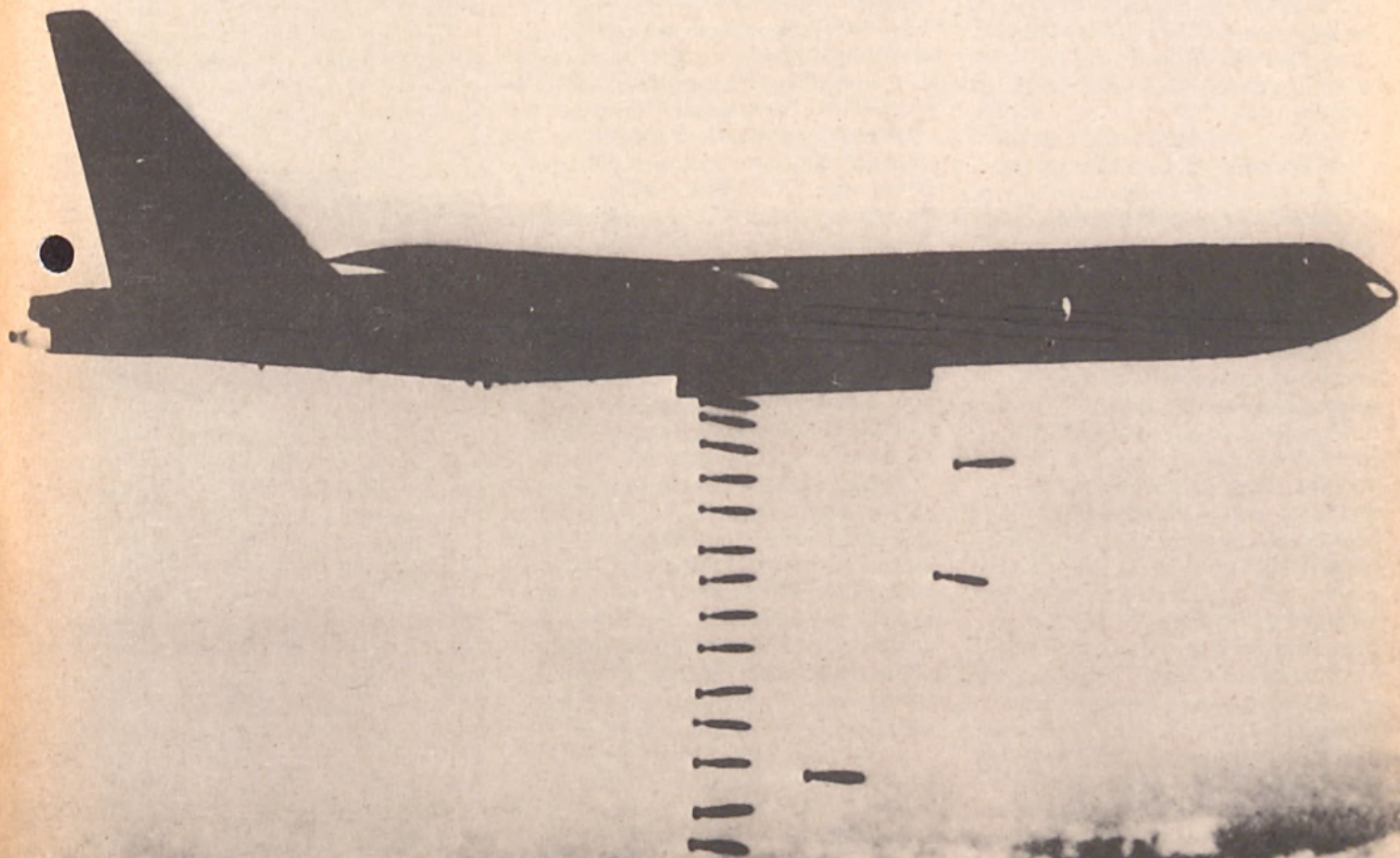
Nach der Vertreibung japanischer Invasionstruppen, die während des zweiten Weltkrieges infolge der vorübergehenden Schwächung der französischen Militärmacht große Teile Vietnams besetzt hatten, war vorübergehend ein Machtvakuum entstanden. Eine breite Volksbewegung forderte die sofortige Unabhängigkeit, Verstaatlichung der Betriebe und Enteignung des Großgrundbesitzes. Dem Vietminh (Liga für die Unabhängigkeit Vietnams),

einem breiten Bündnis aller Klassen, gelang es, Schlüsselpositionen in der vietnamesischen Regierung zu übernehmen und Verhandlungen mit den Alliierten zu betreiben. Frankreich war jedoch nicht bereit, sich aus Indochina zurückzuziehen. Daraufhin schlossen sich die Kommunisten dem Vietminh an, der 1945 unter Ho Chi Minh nach kurzen Kämpfen die Macht in Nordvietnam übernahm. Anfang September 1945 wurde die DRV gegründet, Ho Chi Minh ihr erster Präsident.

Während französische Truppen den Süden "säuberten", versuchte Ho Chi Minh die Unabhängigkeit ganz Vietnams innerhalb einer französischen Union zu erreichen. Die Franzosen antworteten trotz des zuvor geschlossenen Waffenstillstandes (März 1946) mit dem Einmarsch Nordvietnams und der Bombardierung des Hafens Haiphong.

Dies war der eigentliche Beginn der vietnamesischen Guerilla-Bewegung.

Noch während des Krieges begann der Vietminh mit dem Aufbau eines Schulsystems und einer Landreform. 1952 veröffentlichte er ein umfassendes Agrarprogramm und hatte nach der Niederlage der französischen Truppen in Dien Bien Phu den größten Teil Vietnams unter Kontrolle. Unter dem Druck der Genfer Indochina-Konferenz (Frankreich, DRV, Großbritannien, USA, Laos, Kambodscha, Südvietnam, China, UdSSR) akzeptierte die DRV die provisorische Teilung des Landes entlang des 17. Breitengrades in der Hoffnung, bei den für 1956 vereinbarten Wahlen beide Teile des Landes unter Führung des Vietminh wiedervereinigen zu können. Nach Schätzungen der USA hätten bei diesen Wahlen ca. 80 % der Bevölkerung für den Vietminh gestimmt.



Schon am Tage des Genfer Abkommens gab Präsident Eisenhower bekannt, die USA fühlten sich nicht an die Beschlüsse gebunden. Noch im gleichen Jahr gründeten sie die SEATO und erklärten Südvietsnam, Laos und Kambodscha zu Schutzgebieten dieses Militärbündnisses. Die in Südvietsnam eingesetzte Regierung Diem begann im ganzen Land eine umfassende Verfolgungskampagne gegen vermeintliche Mitglieder kommunistischer und nationalistischer Organisationen. Zwischen 50.000 und 100.000 Oppositioneller wurden nach amerikanischen Schätzungen in Konzentrationslager gebracht. Gleichzeitig machte Diem die Landreform rückgängig und gab den Großgrundbesitzern alles vom Vietminh enteignete Land zurück. Angesichts dieser Entwicklung wuchs unter den Bauern, den nationalen Minderheiten und den Kommunisten der Widerstand, 1960 schlossen sich die verstreuten Widerstandsgruppen zur Nationalen Befreiungsfront (FNL) zusammen, einer Volksfrontorganisation aus Vertretern verschiedener Klassen und politischer Richtungen, in der die revolutionäre Volkspartei entscheidendes Gewicht hatte. Seither ist die FNL die einzige politische Kraft, die den Widerstand gegen den US-Imperialismus und die südvietsnamische Marionettenregierung organisiert hat.

Die USA, die etwa seit 1949, als die Niederlagen der Franzosen häufiger wurden, die alte Kolonialmacht unterstützten und bereits 1953 fast 80 Prozent der französischen Kriegskosten übernommen hatten, drangen in den Jahren nach dem Genfer Abkommen immer offener in Vietnam vor. Sie waren nicht nur entschlossen, weder Wahlen und die Wiedervereinigung Vietnams zuzulassen, noch die im Genfer Abkommen festgelegte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Vietnams, Laos und Kambodschas zu respektieren, vielmehr bauten sie ihre Militärbasis sukzessive aus, statt – wie vereinbart – die Militärmissionen abzuziehen. Schon im Oktober 1954 versprach Präsident Eisenhower amerikanische Militärhilfe für den Süden,¹⁾ im Februar 1955, mehr als ein Jahr, bevor die letzten französischen Truppen Südvietsnam verlassen, trafen die ersten Militärberater aus den USA in Saigon ein. Im Mai 1961 entsendet Präsident Kennedy Spezialisten für den Dschungelkrieg sowie weitere Militärberater und befahl, durch den CIA ausgebildete südvietsnamische Spezialtruppen einen Untergrundkrieg gegen Nordvietsnam führen zu lassen. Bis zum Attentat auf Diem (1963) stieg die Zahl



der amerikanischen Militärberater auf 16.000.²⁾ Nachdem Präsident Johnson – durch die Tongking-Resolution des amerikanischen Kongresses nach einem angeblichen Angriff nordvietsnamischer Schnellboote auf US-Spionageschiffe pauschal ermächtigt – Südostasien vor Angriffen zu schützen“, begannen 1965 systematische Bombenangriffe auf Nordvietsnam. Die amerikanischen Streitkräfte wurden um 20.000 US-Soldaten verstärkt. Insgesamt stieg die Zahl der Asien stationierten amerikanischen Soldaten mit der Zeit auf 750.000. Sie verteilten sich auf Vietnam, Thailand, Korea, Japan, die Philippinen, Okinawa, Taiwan, Guam sowie auf die 7. Flotte vor der Küste Vietnams und die Pazifik-Flotte.³⁾ Allein in Vietnam waren 1969 540.000 Mann stationiert.

Ebensowenig wie Korea blieb Vietnam ein Einzelfall. Im Sommer 1970 überfallen südvietsnamische Einheiten, unterstützt von amerikanischen Militärberatern, Kambodscha. Amerikanische Kriegsschiffe verhängen eine Seeblockade über die kambodschanische Küste. Ende des gleichen Jahres startet Saigon eine neue Offensive. Im Februar 1971 marschieren südvietsnamische und amerikanische Verbände in Laos ein, das sich seit 1954 im permanenten Kriegszustand befindet. Im Jahr zuvor war bekannt geworden, daß der US-Geheimdienst eine Bürgerkriegsarmee ausgebildet hat und, daß amerikanische Flugzeuge seit 1968 ununterbrochen vom Pathet

Lao kontrollierte Gebiete in Laos bombardiert haben. Bei jedem Bombenstopp über Vietnam wurden die Bombenflüge gegen Laos und den Ho Chi Minh-Pfad in Kambodscha vervielfacht.

Die amerikanischen Militärbasen in Südostasien, vor allem in Thailand, auf den Philippinen, Okinawa, in Südkorea dienten den US-Soldaten als Flugzeugträger, ihre Ressourcen, besonders die Ölquellen wurden der Energieversorgung der Kriegsmaschinerie nutzbar gemacht, ihre Häfen waren Anlageplätze für amerikanische Flotten, Garagen und Reparaturwerkstätten für beschädigtes amerikanisches Kriegsmaterial. Ihre Arbeitskräfte und Ressourcen wurden für amerikanisches, europäisches und japanisches Kapital Quelle riesiger Extraprofite.⁴⁾ Doch nicht nur das. Die in den späten sechziger Jahren formulierte “Nixon-Doktrin von Guam” verfolgte die Einbeziehung asiatischer Marionettentruppen in die amerikanische Strategie. An den Interventionen der folgenden Jahre in Süd- und Nordvietsnam, in Laos und Kambodscha waren zunehmend Soldaten aus den verschiedenen südostasiatischen Ländern beteiligt, die zuvor in dort eingerichteten Anti-Guerilla-Schulen ausgebildet worden waren. Die erste Frucht der Nixon-Doktrin war das Programm der “Vietnamisierung” des Krieges, dem das Konzept zugrundelag, mit Hilfe der Bodentruppen Saigons und einem Maximum amerikanischer Bombenangriffe den Volkskrieg abzuwürgen. Und nun soll “Frieden” sein? Schon jetzt hat sich der als Friedensakt erklärte Rückzug aus Vietnam als reine Demagogie erwiesen.

Schon bevor sich die USA der Unmöglichkeit eines militärischen Sieges in Vietnam bewußt geworden waren, leiteten sie eine breite diplomatische Aktivität ein mit dem Ziel, trotz der Niederlage in Vietnam die ökonomischen Bedingungen der USA durchzusetzen. Der US-Plan firmierte als “multinationaler Wiederaufbau” zur Beseitigung der Kriegsfolgen. Als klar wurde, daß Nordvietsnam niemals ausländische Hilfe mit politischen Auflagen akzeptieren würde, versuchten die USA sich in einer breit angelegten diplomatischen Kampagne die Kooperation der UdSSR und der VR China zu sichern. Dieses Vorgehen ist nicht neu in der Geschichte des Imperialismus und hat sich in der Praxis der USA vielfach bewährt. War es den USA in der Vergangenheit stets gelungen, von einer Politik der direkten territorialen Aggression überzuleiten zu einer Politik des direkten

ökonomischen Drucks, Polizeiterror durch politische und diplomatische Manipulation abzulösen, so hatte Nixon im Falle Vietnams stets versucht, die politische und militärische Schwäche des südvietnamesischen Regimes durch die Präsenz starker amerikanischer Luftstreitkräfte zu kompensieren. So war es nur konsequent, daß die amerikanischen Streitkräfte noch einmal Mord und Zerstörung über Nordvietnam brachten, bevor sie abgezogen wurden, um ihre Marionette im Süden für den Tag des Waffenstillstandes militärisch so stark wie eben möglich zu machen. Die letzte Zerstörungswelle gegen nordvietnamesische Lebenszentren kündigte wie die Lieferung enormer Mengen militärischer Ausrüstungen für viele Millionen Dollar an Thieu die Fortsetzung der direkten US-Intervention an, bevor der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet war. Konsequenterweise war der Rückzug amerikanischer Truppen auch verbunden mit einer Ausweitung des Krieges in ganz Indochina, mit einer sofortigen Erhöhung der technischen Kriegsführung, mit weitestgehender Automatisierung des Krieges. Die Saigoner Bodentruppen wurden zahlenmäßig erhöht und Thieu Thieus Luftwaffe zur viertstärksten der Welt hochgepöppelt. Der Luftkrieg Amerikas gegen Laos und Kambodscha wurde intensiviert. Ein großer Teil der aus Vietnam abgezogenen Truppenverbände wurde nach Thailand und den Philippinen verlegt. Okinawa, das 1972 von den USA geräumt und an Japan zurückgegeben werden sollte, bleibt weiterhin eine der unaufgebaren Militärbasen der USA, obwohl die militärische Bedeutung dieses Inselstützpunktes mit der zunehmenden Flexibilität der Nuklearträger abgenommen hat.⁵⁾ Ohne die Militärbasen auf Okinawa, in Thailand, den Philippinen, auf Guam, Taiwan und Hawaii hätten die USA den Vietnamkrieg nicht führen können. Diese Stützpunkte bleiben auch nach dem Truppenrückzug aus Vietnam die wichtigsten Pfeiler der amerikanischen Hegemonie in Indochina. Das Pentagon hat zur Zeit 54.000 Mann in Thailand stationiert ("Amerikas Rückzug aus Vietnam (wird) mehr und mehr zu einem Umzug nach Thailand"⁵⁾, 60.000 auf den Schiffen der 7. Flotte vor der vietnamesischen Küste, in philippinischen Ausbildungslagern und Militärbasen, 14.000 auf Guam, der Startbahn für die B-52 Bomber, 6.000 in Taiwan, die direkt an den Interventionen beteiligt waren, 25.000 in den Militärbasen Hawaiis, die mit direkten militärischen Operationen und Spionageaufträgen be-

traut sind.⁶⁾ Damit ergibt sich eine amerikanische Truppenstärke in Indochina von über 177 Tausend. Hinzu kommen 75.000 Mann amerikanisches Militärpersonal in Japan und Okinawa. Unbekannt ist die Zahl der anonymen Berater, die im Laufe der vergangenen Jahres für "begrenzte Aufgaben" nach Vietnam und Thailand geschickt wurden, nach Schätzungen mehrere Zigtausend.⁷⁾

Entsprechend hatte Kissinger im vergangenen Jahr erklärt, daß ein Waffenstillstand in Vietnam den Entschluß der USA ihre Kontrolle über ganz Südostasien aufrechtzuerhalten nicht tangieren würde.⁸⁾ Und bereits 1970 mußte Nixons Vertrauter Agnew auf einer Südostasienreise "P" "plausibel machen, daß nach der Reduzierung der US-Truppenzahl durch den US-Atomschild und US-Rüstungshilfen die Sicherheit der Bündnispartner voll garantiert sei."⁹⁾

Nach dem Rückzug aus Vietnam haben sich die USA auf andere Formen der direkten Intervention eingestellt. Zunächst einmal hat das Pentagon, statt seine Militärstützpunkte in Südvietnam aufzulösen, sie samt Waffen und Einrichtungen der Saigoner Armee übergeben. Die vier wichtigsten Militärbasen wurden in amerikanische Generalkonsulate, mit je dem höchsten Personalbestand der Welt umgewandelt. Als Operationsbasen des State Department und des CIA sollen noch weitere US-Konsulate eingerichtet werden. Ferner wurde eine Serie "ziviler" "Hilfs"programme in Angriff genommen, die – neben dem Verbleib einer bestimmten Anzahl von Soldaten der Marine und der Landstreitkräfte – es erlauben, zivile "Berater" zu beschäftigen. 15.000 Militärexperten, die jetzt in "Zivil" offiziell bei großen Privatfirmen beschäftigt sind, sollen laut "US-News and World Report" Aufgaben erfüllen, die bisher von US-Soldaten erledigt wurden. Für die Entsendung von 10.000 Zivilisten, die je zwei Jahre in Vietnam bleiben müssen, stellte das Repräsentantenhaus jährlich 150 Millionen Dollar zur Verfügung.¹⁰⁾ Daneben gibt es Programme des A.I.D., die bereits 1000 Funktionäre für unbestimmte Zeit nach Vietnam geschickt haben, von denen 160 mit der politischen Polizei arbeiten.¹¹⁾

Bombenhagel und Soldatenterror sollen aber auch durch eine internationale Marshallplan ähnliche Aktion, durch harte Dollars für den Wiederaufbau, man spricht von 7,5 Milliarden, ersetzt werden. Ausländischen Konzernen winken gute Profite, da "hier die Löhne noch fast um die Hälfte

te niedriger sind als in Singapur und Hongkong."¹²⁾ Die BRD, die angeblich mit Vietnam nie etwas zu tun hatte, die aber bis 1971 fast 2 Milliarden DM allein an Kapitalhilfen überwiegend für Projekte der militärischen Infrastruktur für Kambodscha (Eisenbahnlinie), für Thailand (Richtfunkanlagen, Energieversorgung und Eisenbahnen), Indonesien und Philippinen (1 Milliarde DM Entwicklungshilfe für die elektronische Ausrüstung mehrerer Flughäfen, für Fernmeldeanlagen und das Transportwesen) gewährt hatte,¹³⁾ beilegte sich mit 50 Millionen DM Soforthilfe für Vietnam und mit der Ankündigung von 100 Millionen DM Kapitalhilfe,¹⁴⁾ die projektgebunden auf die verschiedenen Länder Indochinas verteilt werden sollten.

Da Nordvietnam die Aufbauhilfe zu US-Bedingungen niemals akzeptieren wird, soll zumindest der Süden des Landes fest an das kapitalistische System gebunden werden. Schon preisen westliche Wirtschaftszeitungen die außerordentlich guten Voraussetzungen für eine rasche wirtschaftliche Entwicklung, zumal der Krieg dem Lande eine Infrastruktur hinterlassen habe (die USA bauten für ihre Kriegsführung Straßen, Brücken, Häfen und Flugplätze), auf die viele andere südostasiatische Länder neidisch sein könnten). Zudem hätten die Vietnamesen durch ihre Dienste bei den Amerikanern praktisch verwertbare technische Kenntnisse erworben. Militärische Stärke und ökonomische Stabilität sollen die Spaltung Vietnams verewigen und das Saigoner Regime in die Lage versetzen, jede innere Opposition zu unterdrücken (aus amerikanischen Hilfsfonds wurden bereits die Gefängnisse für politische Gefangene gebaut¹⁵⁾), denn "unbedingte Voraussetzung für einen erfolgreichen Wiederaufbau sind stabile politische Verhältnisse".¹⁶⁾

Brigitte Heinrich

1) Vgl. Die Zeit, 2.2.1973

2) ebd.

3) Vgl. Der Spiegel, Nr. 15, 1970

4) Vgl. FAZ 15.6.1971

5) Der Spiegel, Nr. 28, 1972

6) Vgl. Le Monde diplomatique, März 1973

7) ebd.

8) ebd.

9) FAZ 9.9.1970

10) Vgl. Le Monde diplomatique, März 1973

11) ebd.

12) Süddeutsche Zeitung 6.3.1973

13) Vgl. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Geschäftsberichte, 1966, 1968, 1969, 1970, 1971.

14) Vgl. FAZ 1.2.1973

15) Vgl. Le Monde diplomatique, a.a.O.

16) Süddeutsche Zeitung 6.3.1973

Mietstreiks in Italien.

In allen großen Städten Italiens, in Rom, Mailand, Neapel und Turin herrscht erheblicher Häusermangel. Die Wohnungsnot ist überall groß. Im Süden, beispielsweise in der sizilianischen Hauptstadt Palermo, gibt es Fälle, in denen zehn bis zwölf Personen in einem einzigen Raum leben müssen. In den Industriestädten Norditaliens, in welchen innerhalb weniger Jahre eine Vielzahl von Bauern aus dem Süden und aus den ärmeren ländlichen Gebieten des Nordens abgewandert sind, ist die Situation noch explosiver und – vom Standpunkt der Unternehmer und Vermieter betrachtet – politisch "gefährlicher".

In Turin beispielsweise werden abends in der Bahnhofsgegend die öffentlichen Bänke als Schlafstellen benutzt. Ein Bett kostet 20.000 Lire monatlich, selbst wenn es in einem Raum steht, der derart überfüllt ist, daß jeweils der zuerst heimkehrende Mieter das der Wand am nächsten stehende Bett belegen muß. In Mailand ist die Situation nicht viel besser.

Ein Hilfsarbeiter verdient zumeist nicht mehr als 90 bis 100.000 Lire im Monat, und es ist kaum möglich, eine Wohnung, wenn auch klein und fern von der Stadtmitte für weniger als 30.000 Lire pro Monat zu finden.

Süditaliener, die Mehrzahl dieser Arbeitergruppe sind im allgemeinen kinderreiche Familien. Daher kann die Frau selten arbeiten gehen. Deshalb besteht für Tausende von Arbeitern immer das Dilemma, entweder genügend zu essen zu haben oder regelmäßig die Miete zu bezahlen. Seit Jahren schon kämpfen diese Süditaliener in Mailand gegen die Vermieter auf individuelle Art: Nachts, bevor die gerichtlichen Räumungen stattzufinden pflegen, verschwinden sie einfach mit ihrem spärlichen Hausrat. Diese individuelle Art zu kämpfen hat sich allmählich mit den kollektiv-organisierten Kampfgewohnheiten des norditalienischen Proletariats verschmolzen. Die erste Gelegenheit hierzu bot sich 1968 bei einer versuchten Mieterhöhung des größten Vermieters Mailands, des sogenannten Instituto Autonomo Case Popolari (Städtischer Sozialer Wohnungsbau und Verwaltung). Dieser teilte seinen hunderttausend Mietern mit, daß für den 1. Januar 1968 die Mieten um 2000 bis 3000 Lire pro Monat erhöht werden sollten. Der traditionellen Mieterorganisation gelang es diesmal nicht, die daraufhin erfolgende spontane Revolte der Mieter unter Kontrolle zu bringen – trotz aller Bemühungen der großen Parteien, angefangen von der Democrazia Cristiana bis zur PCI,

die sowohl großen Einfluß in der Verwaltung des Instituto Autonomo Case Popolari als auch die Kontrolle der traditionellen Mieterorganisation haben. Die Empörung der Mieter war allenthalben zu groß, um sich einfach, wie es viele Male geschehen war, mit demagogischen Tricks ersticken zu lassen. Eine kleine Gruppe der italienischen außerparlamentarischen Opposition (Marxisten/Leninisten) begann sich für diese Probleme zu engagieren. Sie bestand hauptsächlich aus Arbeitern, einigen Mietern beim Instituto Autonomo Case Popolari im mailändischen Stadtviertel Quarto Oggiaro und wenigen Studenten. In diesem Stadtviertel liegt der Ursprung der neuen Kampfmethodik gegen die Vermieter: die gemeinsame Weigerung Miete zu bezahlen (Mietstreik), solange es nicht zu einer kollektiven Vereinbarung kommt, die zu einer Herabsetzung der Miete führt.

Nach einem Jahr kontinuierlicher und intensiver Arbeit (Versammlungen, Propaganda von Tür zu Tür, wöchentlicher Druck von Flugblättern) befanden sich etwa 10.000 Familien hauptsächlich aus dem Stadtviertel Quarto Oggiaro, im Streik. Die Zahl der Teilnehmer des Mietstreiks ist inzwischen auf 35.000 gestiegen. Darunter sind auch viele Mieter, die Wohnungen auf dem privaten Wohnungsmarkt gemietet haben. Die Reaktion der Vermieter begann jetzt heftiger zu werden. Zu Anfang konnte man noch glauben, daß eine so ungewöhnliche Aktion wie der Mieterstreik, der weitgehend ohne Unterstützung von Gewerkschaften und Parteien durchgeführt wurde, bald aufgegeben werden mußte. Als aber klar wurde, daß trotz des totalen Boykotts der Presse und anderer Informationsmedien immer mehr Mieter es sich zur Gewohnheit machten, keine Miete mehr zu zahlen, entschieden die Vermieter, die ganze Macht des auf ihrer Seite stehenden Gesetzes auszunutzen.

Bis März 1970 wurde die Polizei nur selten gegen die Mieter eingesetzt, und wenn dies geschah, zeigte sich, daß wenige Polizisten, nicht einmal einige Dutzend, ausreichten, um den Widerstand der Mieter zu brechen. Die mailändische Behörde hat lange Zeit gezögert, dann aber schließlich entschieden, das "Nest" der Streikenden direkt anzugreifen. Eines Tages, vor Tagesanbruch, wurde das gesamte Stadtviertel Quarto Oggiaro von 500 Polizisten abgeriegelt und die Wohnung einer einzelnen streikenden Familie geräumt und unter polizeiliche Aufsicht gestellt.

Die neugegründete Mieterorganisation, von der der Kampf ausging (Unione Inqui-

lini), konnte nichts gegen diesen massiven Polizeiangriff direkt unternehmen, aber ihre Antwort ließ nicht lange auf sich warten: Es begann eine Welle von Hausbesetzungen. Ab und zu kommt immer noch die Polizei und beginnt eine gezielte Säuberung. Aber es ist klar, daß es ihr nicht gelingen kann, überall einzudringen, um die stark mit dem Volke verbundenen aussergesetzlichen Besetzer zu verjagen. "Überall, wo Ausbeutung ist, da ist auch Rebellion", erklärt Unione Inquilini. Früher waren die Mieter ängstlich und unwissend. Nach der ersten Räumung glaubten viele, daß alles verloren sei, aber das Gegenteil war der Fall: die Gewalttat der Vermieter gab einigen Proletariern den Mut, mit den Häuserbesetzungen anzufangen.

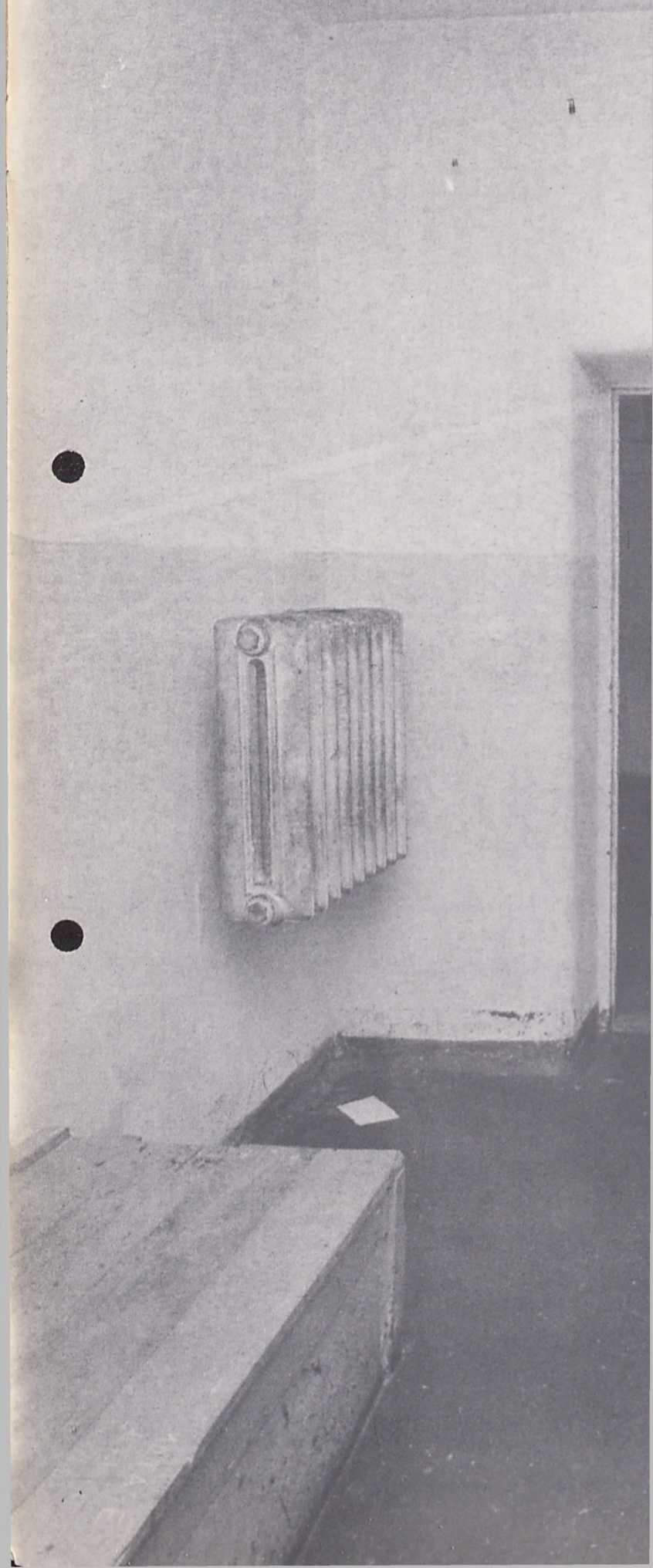
In Mailand gibt es seit Jahren aufgrund von Mietwucher mehr als 20.000 Wohnungen, die in der Erwartung, höhere Mieten durchsetzen zu können, leerstehen. Diese enorme Wohnraumreserve kann durch eine intensive, gut organisierte politische Arbeit aus einem Mittel der Erpressung gegen einzelne Mieter in einen konkreten Ansatz für die Bewegung der organisierten Mieter verwandelt werden.

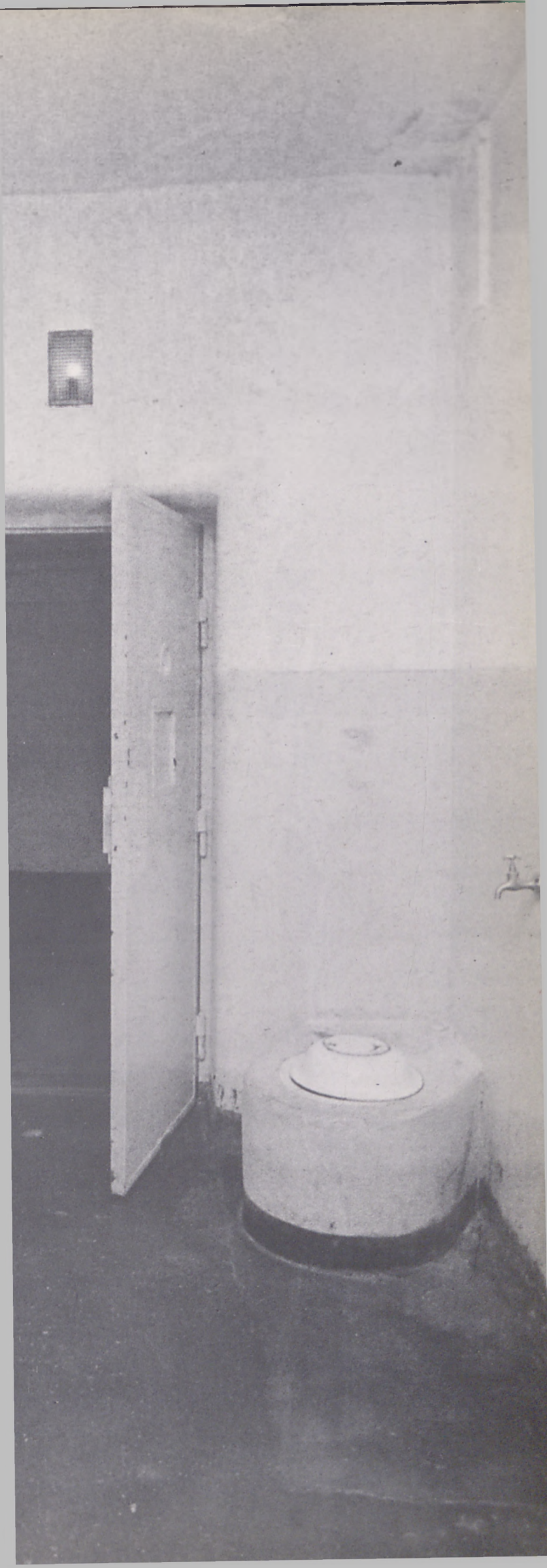
"Il Tetto", die monatliche Zeitschrift des Instituto Autonomo Case Popolari, das bis jetzt schon einen Verlust von mehreren Milliarden Lire erlitten hat, schreibt, daß die Politik der "Maoisten von Unione Inquilini" kindisch und unverantwortlich sei. Denn wenn diese Pseudorevolutionäre Erfolg hätten, ergäbe sich langfristig daraus, daß der Vermieter keine Einnahmen mehr habe und auch keine neuen Häuser bauen könne. Das würde genau die Folgen haben, die von den Organisatoren der Mietstreiks nicht beabsichtigt seien. Aber die Mitglieder von Unione Inquilini sehen das anders. Sie sind davon überzeugt, daß sie, wenn der Mieterstreik siegen wird, nicht nur keine Baukrise erleben werden, sondern daß im Gegenteil der Boden endlich billiger wird oder die Stadt sich gezwungen sieht, direkt für den Bau neuer Häuser einzutreten.

Bis jetzt, nach fünf Mietstreiks und aktivem Widerstand, konnte das Instituto Autonomo Case Popolari als Vermieter nur eine einzige Familie von Quarto Oggiaro vertreiben. Das Ziel der Unione Inquilini ist klar: Der Mieterstreik soll so lange dauern, bis die Miete auf maximal 10 Prozent des Einkommens des Familienoberhauptes für eine passende Wohnung herabgesetzt wird. Der Kampf geht weiter und wird schärfer.

Unione Inquilini

Foltermethoden im Strafvollzug: Einzel-Normalzelle
im Untersuchungsgefängnis Hamburg.





Miss Belinda Green, 20 wurde in der Royal Albert Hall, in London, zur Miss World 1972 gewählt.

Dieses Geschäft, das in der BRD von dem Show-Manager Beierlein betrieben wird, ist Ausdruck der Unterdrückung der Frau in unserer Gesellschaft.

Bürgerliche Sexmoral und Leistungsethik brachten Perversionen wie Miss-Wahlen hervor,

die Ausdruck eines gesellschaftlichen Voyeurismus sind, der die Stabilisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die Erzeugung von Aggressionen, die als egoistisches Leistungs- und Karrieredenken ausgebeutet werden können, bewirkt.

Dieser Voyeurismus macht die Frau zum Objekt männlicher Willkür, weil sie gezwungen wird, dem Mann zu gefallen. Sie ist

Accessoir zur Stabilisierung des Sozialprestiges des Mannes.

Die Frau muß sich den Bedürfnissen des Mannes unterordnen, um die Bedingungen ihrer Existenz erträglich zu gestalten.

Ihre Fähigkeiten sind lediglich Mittel, die Anerkennung durch den Mann zu erheischen und sich gegenüber der Konkurrenz ihrer Mitbewerberinnen behaupten zu können.

Willkürlich postulierte Schönheitsideale sind ein Mittel, die Unterdrückung und Ausbeutung der Frau aufrecht zu erhalten.

pervers

